

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HANS ROTHFELS

Zum Vermächtnis des Widerstands

ERWIN FAUL

Hitlers Über-Machiavellismus

HENRI BRUNSCHWIG

Generationenfolge in Frankreich und Deutschland

HERMANN LUTZ

Fälschungen zur Auslandsfinanzierung Hitlers

DOKUMENTATION

Zur Geschichte der Reichswehr 1950—1953

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel,

Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Hans Rothfels* Das politische Vermächtnis des deutschen
Widerstands 329
- Erwin Faul* Hitlers Über-Machiavellismus 344
- Henri Brunschwig* . . Die historischen Generationen in Frankreich
und Deutschland 375

MISZELLE

- Hermann Lutz* Fälschungen zur Auslandsfinanzierung
Hitlers 386

DOKUMENTATION

- Neue Dokumente zur Geschichte der Reichs-
wehr 1930—1933 (*Thilo Vogelsang*) . . 397

BIBLIOGRAPHIE 187

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15/9 23 32 —
Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement
(4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Der diesem Heft beiliegende Prospekt zeigt als Neuerscheinung des Droste Verlags, Düssel-
dorf, an: *Aus Geschichte und Politik*. Festschrift zum 70. Geburtstag von Professor
Dr. Ludwig Bergsträsser; ferner liegt diesem Heft ein Prospekt „*Geschichte der Re-
publik Österreich*“ des Verlages R. Oldenbourg, München, bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

2. Jahrgang 1954

4. Heft / Oktober

HANS ROTHFELS

DAS POLITISCHE VERMÄCHTNIS DES DEUTSCHEN WIDERSTANDS*

Es mag naheliegen, die geschichtliche Besinnung, um die es uns in diesen Tagen geht, anzuknüpfen an einen anderen Anlaß ernstesten Gedenkens, der nur wenige Wochen zurückliegt: der 17. Juni und der 20. Juli sind eigentümlich zugeordnete Daten. Beide Male hat es sich um Auflehnung gegen angemäßte Gewalt gehandelt, was immer ihre legalistischen Verkleidungen oder fiktiven Legitimierungen gewesen sein mögen oder sind, im äußeren — bei aller Verschiedenheit der Ausdrucksformen — um das gleiche entschlossene und auf alle Konsequenzen gefaßte Angehen gegen ein System, das man als feindliche Besatzung charakterisieren kann, auch wenn es von Menschen des eigenen Volkes ausgeübt wurde oder wird. Beide Male aber ging es darüber hinaus und im innerlichsten Kern um die Selbstbehauptung der Freiheit und Würde des Menschen im Konflikt mit einer entmenslichenden und entwürdigenden Machtapparatur, um Gewissensprotest oder um den Durchbruch eines Unbedingten, das nicht an der Chance des Erfolges mißt oder zu messen ist. Es ging um die Grenze des Zumutbaren, an der sich zeigt, daß — was immer der Anschein des Gegenteils — totalitäre Regime neben der äußeren auch starke innere, durch keinen Terror abschreckbare Fronten gegen sich auf den Plan rufen — selbst wenn sie mit populären Winden oder als Nutznießer großer Zusammenbrüche zu segeln scheinen —, Fronten über Landesgrenzen, erst recht über künstliche Zweiteilungen eines Landes hin. Schon aus diesem flüchtigen Vergleich wird deutlich werden — mindestens an einem zentralen Aspekt, daß die Besinnung auf den 20. Juli und seine geschichtliche Bedeutung nicht nur Ausdruck einer rückwärtsgewandten Pietätspflicht der Erinnerung an edle und opferbereite Menschen ist — so sehr sie gewiß auch das einschließt und aufs nachdrücklichste einschließen soll —, sondern zugleich dem Heute und Morgen gilt, d. h. Problemen, die in der einen oder anderen Form noch mit uns sind und nach dem Charakter unserer Epoche mit uns bleiben werden. Ja sie gilt Problemen, die an das Zeitlose rühren, wemgleich sie zeitweise in Perioden scheinbarer Normalität und Sekurität, eines

* Nach einem Vortrag, der aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944 auf einer Wochenendtagung der Evangelischen Akademie Berlin und an der Universität Tübingen gehalten wurde. — Einen Anmerkungsapparat hinzuzufügen erschien nicht erforderlich. Nur in einzelnen Fällen, in denen es sich um Bezugnahme auf weniger bekannte oder nicht allgemein zugängliche Belegstellen handelt, sind diese angeführt worden.

noch unerschütterten nationalstaatlichen Aufbaus und einer noch unerschütterten bürgerlichen Gesellschaftsordnung, überdeckt gewesen sein mögen oder in Perioden der Restauration von neuer Selbstzufriedenheit und Scheinsicherheit aus dem Bewußtsein verdrängt zu werden drohen.

Damit ist dann freilich auch gesagt, daß in der Linie dieser Besinnung mehr liegt als eine kurzfristige und willkürlich aktualisierende Anwendung nur auf Verhältnisse der Sowjetzone oder die jenseits des Vorhangs; — das würde aus dem Vermächtnis des 20. Juli uns allzuleicht entlassen und eine Warnung wegnehmen gegen so manche Erscheinung unseres eigenen täglichen Daseins. Und doch wird man in einer Vorbetrachtung dem Vergleich mit dem 17. Juni vielleicht noch ein Stück weiter nachgehen dürfen. Es ist mit Recht gesagt worden¹, daß es sich an diesem und den folgenden Tagen — wohl zum ersten Mal in der Geschichte — um einen Aufstand von disziplinierten und gewerkschaftlich geschulten Arbeitern gegen ein System gehandelt hat, das seinen Anspruch auf weltweite Gültigkeit aus einer Revolution eben der Arbeiter herzuleiten behauptete, — um einen Aufstand von Sozialisten gegen die Pervertierungen des Sozialismus. Bei der Herabreißung von Sowjet-Emblemen und von Bildern der eigenen und der fremden Machthaber, wie sie in vielen Städten Mitteldeutschlands geschah, blieben bezeichnenderweise die Bilder von Karl Marx unberührt. Hält man sich an das Grundsätzliche, so wäre vom 20. Juli, oder besser von den Bewegungen, für die dieses Datum stellvertretend steht, ebenso zu sagen, daß sie nicht von professionellen „Widerständlern“ oder gar von asozialen oder anarchistischen Elementen getragen waren, sondern weit- hin von Gruppen von Menschen, die in den Traditionen, vielleicht sogar den Konventionen, staatlicher und nationaler Bindung besonders stark verwurzelt waren, von Beamten und Offizieren zumal, übrigens auch von überzeugten Sozialisten und bekennenden Christen, die nichts weniger als der Brüderlichkeit entfremdet waren. Sie alle wandten sich, indem sie die sozusagen normalen und nächstliegenden Loyalitäten durchbrachen, im Grunde gegen jene verhängnisvollen Pervertierungen, die jede Form politischen und sozialen Gemeinschaftslebens unter der verführerischen Doppelparole eines „nationalen Sozialismus“ erfahren hatte. Auch dabei blieben die echten Bilder unberührt.

Indem die äußere Zuordnung der beiden Daten solche vergleichenden Betrachtungen nahelegt, wird man freilich die tiefen Unterschiede, die hier doch bestehen, keinen Augenblick übersehen wollen und von da aus auf andere, wesentliche und spezifischere Aspekte im Vermächtnis des deutschen Widerstands hingeführt werden. Schon die Worte, die wir gebrauchen, sind bezeichnend für das Andersartige und Einmalige der jeweiligen geschichtlichen Wirklichkeit. Der 17. Juni war ein Aufstand, der ausbrach, spontan ausbrach, wie wir mit Sicherheit sagen können; Widerstand hingegen ereignet sich oder wird geleistet. Ein Aufstand, so ist mit Recht bemerkt worden², vollzieht sich im elementaren Bereich der Politik, der

¹ Bezugnahme auf einen von Hermann Heimpel zum Gedenken des 17. Juni in der Aula der Tübinger Universität gehaltenen Vortrag.

² „Christ und Welt“, VII, Nr. 25 (24. Juni 1954).

Widerstand vielmehr im sittlichen und religiösen Bereich. Oder, wie Ernst Jünger aus der Kenntnis vieler Beteiligten im Frühjahr 44 in sein Tagebuch schrieb: „Man sieht dann auch, daß die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.“ Damit soll in keiner Weise gesagt sein, daß es der Erhebung des 17. Juni an ethischen Motiven, an den sittlichen Grundkräften des Menschlichen gefehlt habe, noch auch, daß der Widerstand gegen Hitler frei gewesen sei vom Elementaren und Politischen. Politisch war zunächst ohne Zweifel die Opposition, die 1933 und in den ersten Jahren darnach von Anhängern jener Parteien wesentlich getragen wurde, die auch vorher schon die eigentlichen Verteidiger der Republik von Weimar gewesen waren. Aber ihre aktivsten Führer verschwanden hinter Zuchthausmauern und Stacheldraht oder mußten über die Grenze weichen. An Versuchen der Exilsgruppen — vom Ausland her und mit den Mitteln unterirdischer Propaganda — den Kampf fortzusetzen, hat es nicht gefehlt. Die Entdeckung indessen ließ in aller Regel nicht lange auf sich warten, und die Opfer waren schwer. So kam diese Art der Agitation und damit der direkte politische Angriff zum Erliegen. An die Stelle trat etwa seit 1935 eine Cadrebildung, bestimmt die Zellen des Widerstands besonders in der Arbeiterbewegung zu retten und zu schulen, vor allem von alten Gewerkschaftlern getragen, mit Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser an ihrer Spitze. Es waren das Formen politisch-oppositioneller Organisation, die mehr in die Breite und Tiefe drangen, als man gemeinhin wahrhaben will, wenn man je nach Standpunkt von der „Elite“ des Widerstands oder seinem beschränkten und „exklusiven“ Gruppencharakter spricht. Aber ein solches Bereitstehen für den Tag der Abrechnung reicht allerdings nicht ins Elementare hinein und konnte es nach allen Voraussetzungen des totalen Staates nicht tun. Es galt schon lange vor dem Krieg, was Leuschner bei seinem Ausbruch an einen englischen Gewerkschaftler übermitteln ließ: „Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genau so Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwer bewaffneten Aufseher erheben würden.“

Und dennoch ist es, wie wir wissen, zu elementaren Ausbrüchen gekommen, unter jungen Menschen zumal, die ihrer Empörung Worte verliehen oder Kompromisse verwarfen. Die Witwe Julius Lebers — selbst eines elementar-politischen Menschen — hat in dem schönen Buch, das unter dem Titel „Das Gewissen steht auf“ zum 10jährigen Gedenktag des 20. Juli erschienen ist, einige Beispiele dieser Art festgehalten, in ergreifenden Zeugnissen wie im Bild menschlicher Antlitze. Auch die Geschwister Scholl und ihre Freunde gehören hierher. Die Münchner Studenten werden schwerlich angenommen haben, daß ein spontaner Aufstand von ihrer Seite allein den Lauf der Dinge ändern werde, sie folgten einem inneren Gesetz, das ihnen nicht erlaubte, die Hände in den Schoß zu legen. „Der deutsche Name“, so hieß es im letzten Flugblatt der „Weißen Rose“, „bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.“ Kein Gedenken des 20. Juli wird an diesem Aufbruch junger Menschen vorübergehen wollen, der spontan war und sich ganz unmittelbar zum Ziele streckte, mit

instinktsicherer Ablehnung menschlicher Entwürdigung und in der Empörung, nur als Mittel verbraucht zu werden. Hier greift man etwas von dem Urgestein des Elementaren, das doch auch in jedem Entschluß zum Widerstand steckt. Gewiß haben auf diesen Entschluß ältere Menschen Einfluß geübt, das Elternhaus, die Worte mutiger Männer wie die Predigten des Bischofs von Galen; an der Münchner Universität dann vor allem Professor Huber, der einer der Hingerichteten gewesen ist. In seinem letzten Brief hat er geschrieben, daß der Tod die „Reinschrift“ seines Lebens sei. Es ist das eine Haltung, die man heute existentialistisch nennen würde. Auch in den Flugblättern, die Hans Scholl und seine Freunde verfaßten und vervielfältigten, finden sich solche hintergründigen metaphysischen Töne. „Überall und zu allen Zeiten“, heißt es da, „haben die Dämonen im Dunklen gelauert auf die Stunde, da der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im ordo eigenmächtig verläßt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung loslöst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird, mit rasender Geschwindigkeit.“ Aber diese jungen Menschen, die mit der gleichen Hingabe wanderten und sangen, lasen und spielten, mit der sie zum Opfer bereit waren, sie werden nicht geglaubt haben, daß das Leben ein dem Tode Vorauslaufen sei und erst durch ihn Wirklichkeit werde. Sie handelten aus dem Ganzen des ihnen grade sich entfaltenden Lebens und um seiner Heiligkeit willen. Sie waren weder Fanatiker noch Sektierer: mit einer freudigen Aufgeschlossenheit zu allem Guten und Schönen und doch in einer unerschütterlichen Gradlinigkeit sind sie ihren Weg gegangen — durch lauernde Gefahr und schwere Erprobung — bis in einen gefaßten, ja frohgemuten Tod hinein, — „als schaue sie in die Sonne“, wie es von Sophie, — „ohne Haß — mit allem, allem unter sich“, wie es von Hans Scholl bezeugt ist.

Man wird in solcher Haltung durchaus ein politisches Vermächtnis erblicken dürfen, so sehr sie aus der Ebene sogenannter realpolitischer Betrachtung herausfällt. Sie wiederholt sich im Prinzipiellen in vielen Männern des Widerstands aus der mittleren und der älteren Generation: sowohl im Gedanken stellvertretender Reinigung und Sühnung, den Persönlichkeiten so verschiedener Art wie v. Hassell, und v. Tresckow, Planck und Goerdeler in fast gleichlautenden Worten ausgesprochen haben wie auch in der Transzendenz der Todesstunde. Daß so gestorben wurde, wie es etwa Graf Lehndorff-Steinort in dem Abschiedsbrief an seine Frau ausgedrückt hat, nachdem „alles Alte gewaltsam von uns gerissen“ sei, damit man eine „neue Kreatur“ werde, oder indem nach den Worten Halems der „Vordergrund des Ich so schattenhaft zu werden beginnt“, nach Überwindung „der letzten kleinen Unruhe“, die „den Baumwipfel erfaßt, ehe er stürzt“, — weiterhin daß gehandelt wurde, in einem Moment, als noch einige Aussicht zu bestehen schien, das Äußerste für Deutschland und Europa zu vermeiden, und doch gehandelt wurde vor allem, um unter Beweis zu stellen, daß das deutsche Volk sich selbst zu befreien und sich von Verbrechen loszusagen wünsche, die täglich und stündlich in seinem Namen begangen wurden, — all das sind nicht nur menschlich ergreifende Züge des deut-

schen Widerstands gewesen, sondern war auch ein echtes politisches Aktikum, vielleicht das eigentliche „deutsche Wunder“, das über dem äußerer Wiederherstellung nur zu leicht in Vergessenheit gerät.

In der Tat haben nicht Fußballsiege und Mercedeswagen, sondern das Handeln und Sterben der Männer des 20. Juli die „Ehre des Landes“ wiederhergestellt. Um das zu ermessen, wird man sich noch einmal vergegenwärtigen müssen, wie damals Deutschland gesehen wurde, in den Ländern der Kriegsgegner, aber auch der Neutralen: als der monolithische Block, den Hitler zusammengeschweißt zu haben vorgab³. Noch Anfang Juni 1944 schrieb die „Berner Tagwacht“: „... Die ‚zwei Deutschland‘ existieren nur in den Wunschträumen unverbesserlicher ‚Weimarer‘, die selbst zu tief im Nationalsozialismus drinstecken, . . . um sehen zu können, daß Hitler die grade Fortsetzung der Linie Friedrich II -- Bismarck -- Wilhelm II ist.“ Und fünf Tage vor dem 20. Juli stellte die „Basler Nationalzeitung“ fest: „Es scheint der nationalsozialistischen Propaganda tatsächlich gelungen zu sein, sämtliche Schichten des deutschen Volkes zu einer festen Einheit zusammenzuschmieden.“ Es fällt für unsere Betrachtung nicht ins Gewicht, daß man es besser hätte wissen können und daß auf Grund zahlreicher Kontakte insbesondere in verantwortlichen Kreisen der angelsächsischen Länder eine sehr genaue Kenntnis des „anderen Deutschland“ bestand, die man nur nicht wahrhaben wollte. Es können ebenso die vielfältigen Ursachen beiseite bleiben, weshalb man offiziell an der Fiktion der Identität zwischen Deutschen und Nationalsozialisten, also an Hitlers eigener These wie auch später dann an seinem Verdammungsurteil über „die kleine reaktionäre Clique“, so zäh festgehalten hat. Tatsächlich haben erst der 20. Juli und die auf ihn folgenden Prozesse diese Gespinste zerrissen, — auch das nur teilhaft und mit wiederholten Rückschlägen auf lange hinaus. Erst 1947 sagte Churchill in einer Rede im Unterhaus mit verspäteter Einsicht von der deutschen Opposition, daß sie „zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde . . .“ Und es hat 8 Jahre gedauert, bis die „Neue Zürcher Zeitung“, nunmehr in fast völliger Umkehr ihres früheren Urteils über die Unerheblichkeit des deutschen Widerstands⁴ — die Art und Weise, wie sich das gegenwärtige Deutschland mit dem 20. Juli auseinandersetze — übrigens nicht unberechtigt — zum Maß für den Reifegrad seiner politischen Einsicht erhob.

Wir werden weder in der einen noch in der anderen Richtung unsere Würdigung vom ausländischen Urteil abhängig machen wollen, ganz gewiß nicht von einem, das durch keine vergleichbaren Erprobungen hindurchgegangen ist. Aber wer sich den Blick auf die offenbarste Wirklichkeit dessen, was im Dritten Reich geschehen ist, nicht durch Ressentiments und enge Selbstgerechtigkeit oder durch die Gegenbilanzen wie die Ablenkungsmanöver eines Salomonschen „Fragebogens“ oder

³ Die im folgenden zitierten Schweizer Presse-Äußerungen nach einer vor dem Abschluß stehenden Tübinger Dissertation von Ernst Otto Maetzke.

⁴ Immerhin sei nicht vergessen, daß die N.Z.Z. trotz ihrer bisherigen Haltung schon im Juni 1945 (Nr. 979 u. 983) ihre Spalten für 2 Artikel eines Überlebenden des 20. Juli (Eugen Gerstenmaier) öffnete.

eines Kleistschen „Auch Du warst dabei“ verstellen läßt, wird anerkennen müssen, daß im internationalen Zusammenhang zunächst eine deutsche Rehabilitierungsaufgabe bestand und besteht, so wie die Männer und Frauen des deutschen Widerstands sie sahen. Ihre eigene Haltung ist für uns allein schon um dieses Zusammenhangs willen, und zwar in den Motiven des Handelns wie in der Art des Sterbens, im Grunde ein innerlich wesentlicherer Aktivposten, als es die — gewiß auch wichtige — äußere Wiedergutmachung oder politische Stabilisierung und wirtschaftliche Prosperität je zu sein vermögen werden. Dem Vansittartschen und Morgenthauischen Bild des „ewigen Deutschen“ kann ein anderes entgegengestellt werden, wirklich im Ewigen verwurzelt und im Martyrium bezeugt. Zu einem solchen Vermächtnis des Menschentums in extremis sollten wir uns rückhaltlos bekennen, so wenig es in der wieder „normal“ gewordenen Alltäglichkeit des Lebens Platz zu haben scheint. In der Tat wirkt es nicht nur in Fragen der deutschen Zukunft unübersehbar hinein, sondern kann mit weiten Perspektiven über Europa und Asien hin sich verknüpfen. Indem er auf den Grafen Moltke und sein bezeichnendes Wort von der „Wiederaufrichtung des Menschenbildes“ als des eigentlichen Anliegens des deutschen Widerstands exemplifiziert, schreibt George F. Kennan in seinem Buch über amerikanische Diplomatie, es werde von Männern dieser Art abhängen, ob die Zukunft der Länder „von der Elbe bis zur Behringstraße“ je wieder eine glücklichere sein würde.

Freilich die letzten moralischen Positionen, von denen bisher die Rede war, sind oft erst langsam und mühsam errungen worden, — auf einem Weg, der durch Bedenken mancherlei Art und einen Konflikt der Pflichten hindurchgeführt hat. Mit Bezug darauf wird sich die Frage mangelnder Elementarität in der Tat stellen lassen. Auch da liegt indessen die Gefahr eines Verkennens nahe genug. So hat der britische Autor Wheeler-Bennett noch in seinem Buch von 1953 über das Verhältnis zwischen Wehrmacht und Politik bemängelt⁵, daß etwa bei der durch Oberst Hoßbach überlieferten Besprechung des 5. November 1937, in der Hitler zuerst seine Angriffspläne enthüllte, die anwesenden Führer des Heeres und der Marine, wie auch Herr v. Neurath, ihre Einwendungen nur technisch-ressorthaft, also politisch-militärisch, nicht aber moralisch begründeten. Das gleiche glaubt er bei Beck, der den Wortlaut der Hoßbach-Aufzeichnung erst später kennenlernte, feststellen zu müssen. Man kann die konkrete Situation wohl nicht stärker mißverstehen, als wenn man den Ausbruch sittlicher Empörung in einer „Führerbesprechung“ vermißt, und wer will sich anmaßen, in das Innere schweigsamer Menschen hineinzusehen oder in Becks grade damals gezogener Folgerung über die „Grenze des soldatischen Gehorsams“ neben der unbestechlichen Einsicht in das Frivol-Abenteuerliche das Moment des elementaren Durchbruchs zu verkennen?

In der Tat wird man bei jeder näheren Untersuchung der echten Widerstandsbewegungen, irgendwie und irgendwann, früher oder später, auf moralische Auflehnung gegen das Böse schlechthin, auf Empörung gegen das Unmenschliche, als

⁵ Vgl. John W. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power. The German Army in Politics. 1918—1945.* (London 1954), S. 361, 392.

Grundmotiv stoßen und damit in allen wesentlichen Fällen eben doch auf mehr als ressorthaften, d. h. auf totalen Widerstand gegen ein totales System. Das gilt in gewissem Sinne schon von allen denen, die sich persönlich integer hielten; deutlicher noch von den an Zahl nicht geringen Einzelnen oder locker organisierten Gruppen, die sich unschuldig Verfolgter annahmen oder Verfermten Menschlichkeit bezeugten. Sie taten nichts Sensationelles, so sehr es etwas Gefährliches war, nichts, was das Regime unmittelbar angriff; sie hatten kein politisches Ziel außer dem, den ununterdrückbaren Forderungen der Humanität nachzuleben, aber eben damit richtete sich ihre oppositionelle Tätigkeit gegen den zynischen und menschenverachtenden Kernbestand der herrschenden Doktrin. Es gilt ebenso von den Mitgliedern wissenschaftlicher und künstlerischer Kreise, die sich der Sprachregelung nicht unterwarfen und deren Widerstand nach der Natur alles Geistigen auf die tief demoralisierende Wirkung der Tyrannei gerichtet sein mußte. So beschwor Ernst Wiechert in einer Ansprache an die deutsche Jugend, die er 1935 an der Münchener Universität hielt, seine Zuhörer, nicht zu schweigen, wenn das Gewissen zu reden befiehlt, weil „nichts das Mark eines Mannes so zerfrißt wie die Feigheit“. Es gilt erst recht von den breiten Schichten der Ergriffenen innerhalb beider Kirchen, bei deren Opposition ganz offenbar die Verteidigung des eigensten Bereichs, also des Evangeliums, gegen den Einbruch des Neuheidentums voranstand, die dann aber fortschritten über den Angriff auf die rassendogmatische Umdeutung des Christentums zum Angriff auf die wesenhaften Züge des Systems im ganzen: auf die Vergöttlichung eines sterblichen Mannes, auf die Mißachtung der Heiligkeit persönlichen Lebens und die Verspottung elementarer Rechtsbegriffe. Mit gutem Grunde betonte ein Hirtenbrief der deutschen Bischöfe, daß sie nicht nur für religiöse und kirchliche Rechte einträten, sondern auch „für menschliche Rechte schlechthin“.

So sehr man Ursache hat, im geschichtlichen Rückblick immer wieder dies zentrale Motiv zu betonen, und so sehr es grade für das Bleibende und Gültige im Vermächtnis des religiösen Widerstandes spricht, daß er nicht unmittelbar politisch war, sondern vom innerlichsten Anliegen her fast ungewollt, jedenfalls untendenziös, in das Ganze des staatlichen und gesellschaftlichen Gefüges hineingriff, so wenig wird man bestreiten wollen, daß es Lauheiten und Halbheiten gab — auch im Kirchenkampf, daß es dem Blutbad des 30. Juni 34 oder dem Empörenden in der Intrige gegen den Generaloberst Fritsch oder den Novemberpogromen des Jahres 38 an elementarer Antwort durchaus gefehlt hat und daß es bei einem bestimmten Typus des Widerstands sich allerdings um den des Fachmanns handelte, sei es daß er sich gegen eine unsinnige Finanzierungspolitik oder eine friedensgefährdende, illusionistische Diplomatie oder eine dilettantische Kriegsführung richtete. Von einer so teilhaften Opposition war es schwer, zum Entscheidenden und Ganzen vorzustoßen. Das galt von manchen Kreisen, die dem staatlichen und militärischen Machtapparat besonders nahestanden und auf deren Haltung daher besonders viel ankommen mußte. Sie waren weithin oppositionell, voller Kritik an verbrecherischen Mißgriffen im eigenen Ressort, ohne doch gegen das Prinzip des

Verbrecherischen selbst anzugehen und darin den Grund zum Handeln zu finden. Aber daß es Fälle gab, in denen es — wenn auch spät — zu diesem Durchstoß kam wie etwa bei Rommel, ja in denen die Opposition des Fachmanns erst geschichtliche Tragweite erlangte auf der Grundlage einer vorherigen, tiefen und allgemeinen Erschütterung gewohnter Vorstellungen, wird ebensowenig zu bestreiten sein. Ein gutes Beispiel dafür bieten die erst kürzlich bekannt gewordenen Briefe des Generalmajors Stieff⁶. Er schloß sich der Verschwörung erst im Sommer 42 an, sein Entschluß erwuchs zum Teil aus der Erfahrung in leitender Stellung an der russischen Front, als Ia bei der vierten Armee im Winter 41/42, also aus der Empörung über unverantwortbares militärisches Handeln. Aber dem ging eine andere Erfahrung voraus, gleich zu Beginn des Polenfeldzugs und im Anblick verbrecherischen Menschentums. Sie preßte ihm den Satz in die Feder: „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.“

Es sind das Worte, die viele heute nicht gern mehr hören mögen, und niemand wird wünschen, unnötig in Wunden zu wühlen. Aber wenn es eine Voraussetzung seelischer Gesundheit ist, sich auch peinlichen Wahrheiten zu stellen, und wenn der nationalpolitische Wert geschichtlicher Besinnung sich mit an der Bereitschaft bemißt, Unangenehmes zu sagen oder dem Vergessenwerden zu entreißen, so gehört dieser Ausbruch der Scham bei einem höheren Offizier mitten im Siege allerdings auch zum politischen Vermächtnis des deutschen Widerstands. — Zudem knüpfen sich hieran andere Erwägungen allgemeinerer Art. Man hat oft gesagt, insbesondere im außerdeutschen Schrifttum, daß die deutsche Generalität bereitwillig mit dem Regime gegangen sei, solange die Aufrüstung große berufliche Aussichten eröffnete und insbesondere solange Siege geerntet wurden oder der Endsieg zu winken schien. Das trifft auf viele Einzelfälle ohne Zweifel zu; auch ist einzuräumen, daß es schwer sein mußte und in der kämpfenden Truppe kaum Resonanz finden konnte, wenn eine Offiziersopposition sich den zunächst ja atemberaubenden Erfolgen des Führers entgegenstellte — auf einem Weg noch dazu, der mindestens zu Anfang als Revision gewisser Fehlentscheidungen von 1919 gelten konnte. Eine vielfältige Schicht von Motiven sehr verschiedener Art und Wertigkeit mochte sich hier querlegen.⁷ Man kennt die Kritik an den Karrieremachern und Ordenssternjägern oder auch denen, die prinzipiell bereit, aber aus an sich pflichtmäßigen Erwägungen nicht entschieden waren, eine Kritik, wie sie grade von Seite der deutschen Opposition in Schlabrendorffs Buch und Goerdelers Briefen, in den Aufzeichnungen v. Hassells oder Ludwig Kaisers so schneidend geübt worden ist. Im Siege könne man nicht Revolution machen, so ist wohl gesagt worden, man müsse den Umschwung abwarten, womit dann freilich ein anderes und schwereres Dilemma sich ergeben sollte.

⁶ Vgl. Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, II, 3, S. 290 ff., insbes. S. 500.

⁷ Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Geschichte der Widerstandsbewegung in der Phase zwischen dem Polenfeldzug und dem Angriff im Westen. Vgl. dazu die kürzlich veröffentlichte Dissertation von Erich Kosthorst (Beil. z. Wochenzeitung „Das Parlament“, B XXVI u. XXVII, 7. u. 14. Juli 1954).

Ehe auf das Problem von „Widerstand und Niederlage“ einzugehen ist, wird eines indessen festzustellen sein, was auch Teil des Vermächtnisses ist und in Zukunfts-Entscheidungen über die „Grenze des soldatischen Gehorsams“ einmal wieder bedeutsam sein mag. Es gab grade in der höheren militärischen Führung der Männer genug, die abseits aller Opportunität auf einem Standpunkt standen oder früh sich zu ihm durchgerungen hatten, auf dem nur noch die Stimme des eigenen Gewissens Richter war: die Beck und Stülpnagel, die Witzleben und Hoepner, die Falkenhausen und Tresckow, die Canaris und Oster, die Hofacker und Stauffenberg. Sie haben zum Teil schon den Weg zum Kriege bekämpft oder durch eine innere Erhebung abzufangen gesucht, und zwar nicht nur, weil er nach ihrer besseren Einsicht zur Niederlage Deutschlands führen werde; auch setzte ihrer aller Widerstand und der vieler anderer nicht erst ein, als die Phase des Erfolges abgelaufen war. Sie haben sich dem Verbrecherischen, das dieser Politik wie dieser Kriegführung im ganzen eigen war, entgegengestellt.

Entsprechendes wäre von der diplomatischen Opposition zu sagen, der vor allem der englische Historiker Namier in seiner übertriebenen und pharisäischen Kritik an den im Dienst Gebliebenen Unentschlossenheit und Zweideutigkeit vorgeworfen hat⁸. Gewiß, Herr v. Weizsäcker und die Männer der Wilhelmstraße, die ihm nahestanden, sind aus einer Politik, die sie mißbilligten, nicht frontal ausgebrochen. Sie suchten in ihrem Rahmen den Frieden zu wahren oder mindestens als „Bremsen“ den Ausbruch des Krieges herauszuschieben, wozu das Hereinbringen von Einzelerfolgen und die Auflösung festgefahrener Situationen mit den konventionellen Mitteln der Diplomatie durchaus gehörte. Aber daneben läuft eine andere sehr unkonventionelle Linie. Sie beginnt während der tschechischen Krise im August/September 38, als auf eine Vorsondierung durch Herrn v. Kleist-Schmenzin in London⁹ eine Aktion Weizsäckers folgte, die im Einvernehmen mit Beck und Canaris unternommen war und durch die Erwirkung einer entscheidenden englischen Stellungnahme und damit durch das Klarstellen der Kriegsgefahr die Voraussetzung für den inneren Staatsstreich schaffen sollte. Diese Art indirekten Handelns setzt sich fort bis zum Kriegsausbruch hin. Sie hat im entscheidungsvollen März 39 durch Warnungen aus Berlin die „letzte Unze“, wie man wohl gesagt hat, beigegetragen zum englischen Entschluß der Garantie an Polen, von der die deutsche Opposition eine Abschreckung Hitlers hoffte. Und sie hat durch bewußte Indiskretionen den Vollzug des deutsch-sowjetischen Pakts zu hintertreiben gesucht, mit dem der Janustempel ja in der Tat sich öffnete. Es braucht hier nicht erörtert zu werden, warum und woran all dies scheiterte. Entscheidend ist doch auch hier, daß ein Durchbruch durch traditionelle nationalstaatliche und beamtenmäßige Bin-

⁸ So insbesondere in dem Buch: *In the Nazi Era* (London 1952), Part I: „Men who served Hitler“. – Eine eingehendere Stellungnahme hierzu wie überhaupt zur Kritik einer Gruppe englischer Historiker am deutschen Widerstand muß vorbehalten bleiben. Vgl. auch Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte I, 4, S. 452.

⁹ *Documents on British Foreign Policy, Series III*, (II, 683 ff.) – Über Kleists Beteiligung bei der Warnung durch Beck und Oster Ende März 39 (die „letzte Unze“) vgl. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 437.

dungen geschah, daß eine Diplomatie gegen ihre eigene Regierung und für die Erhaltung des Friedens kämpfte, weiterhin daß sie es tat, nicht nur weil sie vom Angriff eine Katastrophe Deutschlands erwartete, sondern um einer menschenwürdigen Ordnung zwischen den Völkern willen, im Sinn europäischer Verantwortung und mit dem für uns wieder so aktuell gewordenen Wunsch nach einer internationalen Friedensfront gegen das drohende Chaos. Dies Hinübergreifen über Grenzen war ein durchaus neuer und bedeutsamer Ansatz, ein Vorspiel — mehr vielleicht noch zum „Morgen“ als zum „Heute“. Wie Adam v. Trott zu Solz es im Winter 59 in einem noch unveröffentlichten Brief an einen englischen Freund voraussah: Unser Kampf . . . „ist eine elementare Notwendigkeit geworden für das Leben Europas als eines Ganzen, wenn anders unsere Einzelländer und was an ihnen erhaltenswert erscheint, überleben sollen“.

Hier rühren wir noch einmal an das Problem des Elementaren. Man kann gewiß fragen, ob bei den Führern des militärischen wie des diplomatisch-politischen Widerstands der Klarheit der Einsicht und der moralischen Unantastbarkeit die Kraft und Massivität des Willens entsprach. Es waren das ja Männer, denen keine andere Rolle von Haus aus so wenig lag und so wenig an der Wiege gesungen worden war wie die des Revolutionärs und Verschwörers. An brutaler Vitalität war ihnen der innere Gegner gewiß überlegen. Man braucht nur die Rede Himmlers an die Gauleiter zum 20. Juli zu lesen, um dessen gewahr zu werden, auf wie verschiedenen Ebenen nicht nur des Menschentums, sondern auch fanatischer Entschlossenheit, sich dieser Kampf abgespielt hat. Aber für die Männer der mittleren Generation, die Leber und Mierendorff, die Reichwein und Haubach, die Oster und Dohnanyi, die Trott und Haefen, die Schulenburg und Schwerin-Schwananfeld, die Yorck und Stauffenberg — für Sozialisten, Konservative und Christen, wenn nicht fanatischer so doch radikaler Art, würde der Abstand schon etwas anders zu formulieren sein. Nicht an Bedenklichkeit jedenfalls und Mangel an Einsatz oder an technischen Fehlern dilettantischer Verschwörer, wie man wohl lesen kann, und nicht am Widerstand gegen den Widerstand ist die Reihe der Anschläge bis zum 20. Juli und der dieses Tages selbst gescheitert. Auch da ist noch mancher Irrtum zu bereinigen. Mit Recht hat Eberhard Zeller in seinem Buch „Geist der Freiheit“ den Einwand abgewehrt, Stauffenberg habe, statt andere zu opfern, sich selbst mit in die Luft sprengen und so den Erfolg sicherstellen sollen. Es gibt, so möchte man sagen, auch eine Elementarität des Sich-Leichter-Machens im Sinne dessen, was man militärisch die Desertion nach vorwärts nennt.

Überhaupt aber öffnet sich mit dem Gedankenschweren, dem Durchlebten und Durchdachten, das auch den zur Tat entschlossensten Männern anhaftete, eine andere Dimension, in der wir das Vermächtnis des Widerstands noch aufzusuchen haben. Es ging ja nicht nur um die unmittelbare Reinigungstat — so sehr sie zentral blieb —, es ging auch um die Frage, wie der Bürgerkrieg zu vermeiden und doch dem Weißbluten ein Ende zu machen sei, und es ging nicht zum wenigsten darum, was an die Stelle des gestürzten Regimes treten solle, für welches Zukunftsbild Deutschlands und Europas die Tat geschehe.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Besinnungsstunde sein, einen systematischen Aufriß des politischen und sozialen Gedankenguts der Opposition, ihres Regierungsprogramms gleichsam, zu geben. Wenige Worte müssen genügen, um auch hier an das „Heute und Morgen“ zu rühren. Es sind ja nicht nur beste Köpfe zweier Generationen, die an bestimmte Reformideen ihre Kräfte zu setzen bereit und höchst befähigt waren, uns entrissen, sondern auch ihr Ansatz ist mannigfach umgebrochen worden und insoweit „Vermächtnis“ geblieben. Das gilt von dem entschlossenen Hineindenken eines deutsch-föderativen Aufbaus in eine europäische Föderation, es gilt von gewissen Leitgedanken in den Verfassungs- und Verwaltungsentwürfen der Goerdeler¹⁰, Popitz und Jessen, und es gilt vor allem von der geistigen Vorbereitungsarbeit, die im Kreisauer Kreis geleistet worden ist. Die Männer, die hier zusammenwirkten, entschiedene Konservative und Sozialisten mit ebenso entschiedenen Anhängern beider Konfessionen, waren im Prinzip sich dahin einig, daß kein Aufstand an und für sich das tief eingefressene Übel heilen könne. Sie sahen es als ihre Aufgabe, die Grundlagen eines nach-nationalsozialistischen Deutschland und eines nach-nationalsozialistischen Europa zu durchdenken. Aus dieser Arbeit gingen eine Reihe höchst bemerkenswerter und im einzelnen durchaus konkreter Entwürfe hervor. Was dabei besonders hervortritt, ist zweierlei von programmatischem Charakter. Das eine liegt in der Betonung der „Würde des Menschen“ als eines Zentralthemas des zu erneuernden Europa, in der Betonung sittlicher Beziehungen innerhalb der staatlichen wie der Völkergemeinschaft, in der Forderung namentlich nach der Wiederherstellung der „Majestät des Rechts“. Moltke insbesondere hat diese Forderung auf das Problem der Kriegsverbrechen mit einer adligen Strenge und Sauberkeit angewandt, von der man im Nürnberger Verfahren gern einen Hauch verspürt hätte, und auch heute verdienen seine Gedanken zur Idee und Praxis des Rechtsstaats zweifellos noch immer stärkste Beachtung. Das andere Leitmotiv war das soziale, das gewiß auch bei Goerdeler sehr stark zur Geltung kam, das aber bei den Kreisauern ganz anders und in einer spezifischen Sicht in den Mittelpunkt trat. Auch hier ging es um die „Würde des Menschen“, um die christliche Auffassung des Besitzes wie des Erwerbs als Verantwortung, also um Grundpositionen abendländischer Gesittung, aber es ging auch um eine produktive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Lebensformen, die von Osten herandrängten. Es handelte sich bei diesem „Ernstnehmen“ nicht um nationalbolschewistische Tendenzen, wie man höchst irrtümlich interpretiert hat, wohl aber um die Behauptung Deutschlands in der Mitte. Trott pflegte das so auszudrücken, es gelte, „das Realprinzip des Ostens mit dem Personalprinzip des Westens zu vereinen“. In einfacheren Worten, die in den Tagen von Casablanca an die amerikanische Adresse gerichtet waren, aber in der heutigen Krise westlicher Verteidigung erst ihren vollen Klang erhalten, hat er das Vermächtnis des Kreises dahin präzisiert:

¹⁰ Für Goerdeler sei zu dem, was schon früher bekannt war, hinzu noch auf den Gedenkartikel von Gerhard Ritter verwiesen. (Frankf. Allg. Ztg., 17. Juli 1954, Nr. 163). Die von ihm vorbereitete Biographie G.s. wird das Herauswachsen der Reformideen aus den Traditionen der Selbstverwaltung näher erörtern.

„Die Opposition glaubt, daß die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem, nicht auf militärischem Gebiet stattfinden wird.“

Es bleibt schließlich noch die Frage zu stellen, wie Männer, die so hoch vom Rechte dachten, die so stark religiös und sozial-ethisch-gebunden waren, den Entschluß zur Gewaltanwendung, zum Tyrannenmord, zum Herausbrechen aus der Frontgemeinschaft fanden. In der Tat neigte Moltke zu der Auffassung, daß man dem Unheil nicht in den Weg treten dürfe und daß eine innere Revolte die Probleme nur verwirren würde. Aber weder verhärtete sich diese Ansicht bei ihm zu einem Dogma des passiven Widerstands, noch wurde sie von anderen Mitgliedern des Kreises geteilt; sie nahmen vielmehr an der Vorbereitung wie an der Tat selbst aktiven, ja führenden Anteil. Und doch ist keinem von ihnen die quälende Frage erspart geblieben, ob Gewalt ein Heilmittel sein konnte. Erst recht in der älteren Generation war für viele, wie schon gesagt worden ist, der Weg zum Entschluß ein mühsamer und langsamer. Indem man das anerkennt, sollte man nicht für einen Augenblick die Achtung vergessen gegenüber dem Gewissenskampf, mit dem hier um das religiöse Problem des politischen Mordes und das des Treueids gerungen worden ist. Gerade daß man diese Fragen nicht leicht nahm, macht zu seinem Teil das sittliche Gewicht einer Entscheidung aus, die alle Hemmnisse überwand und die auch vor dem vollen Austrag des Dilemmas zwischen Beamten- oder Offizierspflicht und Menschenpflicht, zwischen den üblichen Geboten nationaler Disziplin und denen einer höheren Vaterlandsiebe, nicht zurückgescheut ist. Daß Deutschland, wenn es einem neuen Regime gelinge, den Krieg vor völligem Ausbluten zu beenden, schwere Opfer nicht vermeiden könne, davon überzeugte man sich freilich bald. Als Trott im Winter 39/40 in Washington über die damals noch neutralen Vereinigten Staaten hin versuchte, eine feindliche Kriegszielerklärung zu erwirken, die Hitlers Propagandatrumpf des Vernichtungskampfes gegen das deutsche Volk den Boden entziehe und damit der Opposition eine bessere Chance gebe, hoffte er noch auf Erhaltung der Grenzen von 1937. Als die beiden deutschen Pastoren Schönfeld und Bonhoeffer 1942 mit dem Bischof von Chichester in Stockholm sich trafen, mußten sie die Besetzung Berlins durch die alliierten Mächte schon als Vorbedingung des versuchten Friedensfühlers annehmen.

Für jeden, der sehen will, dürfte eindeutig klar sein, daß es bei diesem und so manchen anderen Auslandskontakten, dem der Joseph Müller und Canaris, der Goerdeler und v. Hassell, um das Ziel einer Bewahrung Deutschlands und Europas vor dem drohenden Chaos, vor dem Vakuum in der Mitte des Kontinents ging. Keine der Gruppen und keiner der Männer, die an solchen Aktionen teilnahmen, standen unter fremdem Auftrag, — mit Ausnahme etwa der Roten Kapelle, und auch da dürfte ein summarisches Urteil fehl am Platze sein. Im einzelnen richteten sich die Kontakte in den verschiedenen Phasen des Krieges auf Zwecke verschieden abgestufter Art, vor dem Westfeldzug etwa auf die Garantie einer Atempause, d. h. auf die Zusage der Feindmächte, den deutschen Schwächemoment nicht auszunutzen und so den inneren Umsturz möglich zu machen. Später hoffte man, den Schwächemoment, erst recht den Bürgerkrieg, überhaupt vermeiden zu können

durch die militärische Blitzrevolution in Form der Walkürebefehle, wie sie in Paris am 20. Juli tatsächlich vor sich ging. Im Auslandskontakt kam es dann darauf an, daß eine nachhitlerische Regierung als Partner anerkannt und daß ein gewisses Minimum deutscher Lebensmöglichkeiten gesichert wurde, was als Argument vor allem in Hinblick auf noch abwartende militärische Kreise wichtig war. In der letzten Phase galt, wenn es zum Zusammenbruch kam, wenigstens der westlichen Besetzung nach Möglichkeit die Vorhand zu geben.

Man kann all das mit Fug und Recht anführen, ohne doch damit an den zentralen Nervenstrang zu rühren. Zunächst einmal war für alle Auslandsbeziehungen die entschiedenste Absetzung vom innerdeutschen Regime und seinen Verbrechen die selbstverständliche Voraussetzung. Man durfte — wie vergeblich es auch immer sein mochte — nicht im leisesten dem Verdacht Vorschub leisten, daß es nur darum gehe, mit einem blauen Auge aus dem verlorenen Krieg herauszukommen und nicht um eine radikale Wendung gegen Hitlers Krieg und sein System als gleichermaßen sündhaft. Das Entscheidende ist doch wohl, daß diese Haltung des Protests nicht durch irgendwelche Erfolgsaussichten hervorgehoben, sondern tief erlebte Wirklichkeit im Denken und Handeln der deutschen Opposition gewesen ist: ein Durchbruch „ins Freie“, wie er keinem anderen Widerstand, der sich bloß gegen einen fremden Eroberer und im üblichen Sinn „nationalen“ Feind zu kehren brauchte, aufgegeben war und wie er Menschen aller Stände, Richtungen und Konfessionen in einer unter Deutschen seltenen Einmütigkeit zusammenführte, die gewiß auch ein Teil des Vermächtnisses ist, den man heute anrufen möchte.

Aber bedeutete der Kampf gegen die eigene Regierung mitten im Krieg nicht zugleich ein Sichabsetzen von der Frontgemeinschaft, — um so belastender, je schärfer sie unter Druck gestellt, je hoffnungsloser sie im besonderen in der Abwehr der bolschewistischen Drohung verstrickt war? Die Männer des deutschen militärischen Widerstands, in Heimatstäben wie in leitenden Kommandostellen in Ost und West, wären gewiß die letzten gewesen, der opferreichen Kameradschaftsgesinnung, in der ihre Söhne, Verwandten und Freunde lebten, und der verbissenen, illusionslosen Härte der Pflichterfüllung, wie sie tagaus tagein an der Front geübt wurden, die hohe Achtung zu versagen, die ihnen für immer gebührt. Aber sie mußten für sich selbst eine schwerere Pflicht und eine höhere Verantwortung auf sich nehmen, indem sie einer Führung in den Arm fielen, die jene Opfer zu unmenschlichen Zielen eines barbarischen Großreichs verbrauchte und zuletzt in einem Götterdämmerungswahn versank, der in den eigenen Untergang ein ganzes Volk mit herabzureißen gedachte. Diejenigen, die am tiefsten loteten, wie etwa Oster, waren von Anfang an überzeugt, daß man unter dem gegebenen Regime einen deutschen Sieg nicht einmal wünschen dürfe, daß es der Sieg des Antichrist, des Tiers aus dem Abgrund, sein würde, — und handelten darnach. Sie mochten bekennen, wie es Dietrich Bonhoeffer für sich in schärfster Herausstellung des Dilemmas formuliert hat: „Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes. Nur durch Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben.“

Es ist bekannt, welche Mißdeutungen hier angesetzt haben. Zum Teil handelt es sich dabei um Fälschungen krasser Art, um grobe Dolchstoßlegenden bis zu dem Punkte hin, daß nicht nur der Zusammenbruch von 1945 durch den „eklen Wurm deutscher Zwietracht“ verursacht worden sei, sondern auch unter anderem der Eintritt Englands in den Krieg, — dies nämlich durch das Wissen um die Existenz einer deutschen Opposition, wie Herrn v. Ribbentrops nachgelassene Memoiren uns glauben machen wollen. Die einzige „Sünde“ Hitlers war dann, daß er in unbegreiflicher Langmut den Kopf dieser Hydra erst nach dem 20. Juli zertrat.

Aber noch bedenklicher vielleicht als solch plumpe Tendenz, die am einfachsten Tatsachenwissen sich widerlegt, ist der Nebel von Halbwahrheiten und moralischen Zweideutigkeiten, der sich auf einer Bewegung niederzulassen beginnt, die in der Auflehnung gegen das Gift der Lüge und im Durchbruch eines sittlich Unbedingten ihr stärkstes Widerlager hatte. Wenn man sich den Blick für diese innersten Kräfte offen halten will, wird man den Konflikt der Pflichten, der bis zur äußersten Zuspitzung hin dem deutschen Widerstand auferlegt war, nicht bagatellisieren dürfen. Es genügt nicht, vom Unrechtscharakter des Regimes zu sprechen, dem gegenüber man nicht habe Unrecht tun können — wie wohlthuend immer diese Auffassung sich von der des juristischen Positivismus unterscheidet¹¹ —, oder vom erschlichenen Eid, der in der Tat im Sinn eines zweiseitigen Treueverhältnisses schon längst von dem aufgelöst war, dem man ihm geleistet hatte. Auch sollte man sich durch die auf schiefer Front vorgetragene Legenden nicht zu einer zu niedrig gegriffenen Abwehr verführen lassen. Sabotage irgend erheblicher Art sei nicht geübt worden, sicherlich nicht von den Männern des Widerstandes, Osterns Mitteilungen an den holländischen Militärattaché hätten angesichts des Unglaubens der Gegenseite keinen Schaden getan, vor allem aber der Krieg sei sowieso verloren gewesen, lange schon, ehe auch Speer diese Erkenntnis kam, — so wird dann wohl gesagt. Empirisch ist das alles völlig richtig und von Sachverständigen für die verschiedensten Teilfragen (Brennstofflage, Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte u.s.w.) gründlich erwiesen worden. Aber solch „entlastende“ Beweisführung ist geeignet, den Kern des Problems zu verhüllen, den politischen wie den sittlichen. Politisch geht es, wenn wir das Vermächtnis des 20. Juli in seinem vollen Gewicht anrufen, nicht um irgendwelche Defensive, sondern um Angriff gegen jedes System, das des Menschen Gewissen zu vergewaltigen und ein ganzes Volk in Verbrechen zu verstricken unternimmt. Sittlich geht es um letzte prinzipielle Entscheidungen in der Grenzsituation, in der die Rangordnung traditioneller Werte sich zurechtrückt und ordinäre Maßstäbe versagen.

Sieht man von da aus noch einmal auf das Heute und Morgen, so wird gewiß niemand sagen wollen, daß die Grenzsituation ein Modellfall ist für alle Zukunft oder daß im Extrem die Regel des täglichen Handelns gefunden werden kann. Die gleichen außerordentlichen Umstände kehren nicht wieder, und das Gesetz in die eigene Hand zu nehmen, ist nicht eine Aufgabe für jedermann oder in jedem ge-

¹¹ Dies gilt namentlich von dem Plaidoyer des Generalstaatsanwalts Dr. Bauer im Remer-Prozeß. Zum folgenden auch die daselbst erstatteten Fachgutachten.

gebenen Moment. Und doch hat der Durchbruch ins Freie, für den der 20. Juli Symbol ist, eine wegweisende Bedeutung. Es sind damals in der Grenzsituation Möglichkeiten und Umwertungen vorgelebt und vorgestorben worden, die potentiell zum Wesen der Zeit gehören, in der wir existieren. Es sind das die Möglichkeiten und Umwertungen internationaler Art im Sinne einer Frontbildung des Menschlichen gegen das Unmenschliche, von der einleitend die Rede war und die eine gewisse Aktualität schon heute hat. Aber auch der innerstaatliche Bereich sollte über dem äußeren Bild wiederhergestellter Rechtlichkeit, hinter dem doch immer die Drohung des Anonymen und Kollektiven steht, nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Konkret gesprochen heißt das etwa, es dürfen keine Lagen eintreten, in denen noch einmal deutsche Offiziere gezwungen werden könnten, gegen ihren Eid zu handeln oder aus einer mißbrauchten Verteidigungsgemeinschaft auszuweichen. Dies ist indessen nur der zugespitzte Einzelfall. In allgemeinerer Sicht wird man die latente Gefahr so umschreiben dürfen, wie sie Graf Yorck vor dem Volksgerichtshof in aller Klarheit und Schlichtheit herausgestellt hat: „Das Wesentliche ist der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen vor Gott.“ Es ist damit von den Männern, die so dachten, so handelten und starben, zugleich auch auf der Ebene des Täglichen und Stündlichen eine Wachheit des Gewissens und der Mitverantwortung dem Einzelnen eingeschärft worden, der es an Erprobungen nach der Natur des modernen gesellschaftlichen Mechanismus nicht fehlen kann und ohne die doch eine freie Welt nicht zu bestehen vermag. Indem Bonhoeffer, um ihn noch einmal und zwar zum unmittelbar Politischen und spezifisch uns Angehenden des Vermächtnisses zu zitieren, in einer Aufzeichnung von der Jahreswende 1942/43 den traditionellen Freiheitsbegriff des Deutschen und die schmachliche Ausnutzung seiner Bereitschaft zu Gehorsam und Lebenseinsatz erörtert, fährt er fort: „Es mußte sich herausstellen, daß eine entscheidende Grunderkenntnis dem Deutschen noch fehlte: die von der Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag.“

ERWIN FAUL

HITLERS ÜBER-MACHIAVELLISMUS

Vorbemerkung des Herausgebers: Der hier abgedruckte Artikel – ein verkürzter und aus neueren Quellen ergänzter Abschnitt aus einer größeren Untersuchung über „Die Situation des modernen Machiavellismus“ (Heidelberger Diss. 1952) – schließt sich in sehr eigener Weise an die Abwehr der Deutung an, daß Hitler mehr der „Getriebene als der Treibende“ gewesen sei – eine Abwehr, wie sie für andere Themenbereiche in den letzten Heften der Zeitschrift mehrfach zu Worte gekommen ist. Der Verfasser setzt sich weiter sehr deutlich und mit sicherem Recht von der Überschätzung der Parteiprogrammatik ab. Er sieht – darin vor allem auf Rauschning sich stützend – in Hitler den radikalen Techniker der Macht, den nihilistischen Revolutionär, weitgehend voraussetzungslos und der inhaltlichen Bezüge entleert. Ob der Quellenwert von Rauschning bzw. der Hitlerschen Selbstbekundungen für diese Deutung ausreichend ist und ob der Begriff der Voraussetzungslosigkeit nicht weiterer Einschränkung bedarf, mag fraglich sein. Auch der Verfasser kommt in seiner Studie zur Herausarbeitung mindestens einer „fixen Idee“, an die Hitler selbst geglaubt habe, und betont stark den sozialen Darwinismus als bleibenden, nicht nur in einer „absoluten Kampfsituation“ bedingten Bestand von Hitlers Denken. Diesen Fragen wird in weiteren Studien nachzugehen sein, wie man denn den Eingriff Hitlers in das Geschehen und die Art seiner Motivationen und Triebkräfte wohl nicht ernst genug nehmen kann. Der Beitrag, den der vorliegende Aufsatz zur Analyse seiner innersten Vorstellungswelt leistet, die als „neomachiavellistisches Handlungswissen“ gefaßt wird, scheint uns von großem Interesse; er führt auf universalgeschichtliche Perspektiven hin und zugleich auf gemeineuropäische Zusammenhänge zurück, die freilich einer erläuternden Einleitung bedürfen. Sie geht im folgenden – in den Worten des Verfassers, wenn auch aus Raumgründen in Kleindruck – dem eigentlichen Thema voraus.

H. R.

Machiavelli selbst hatte sich in der wirren, krisenhaften Zeit der Renaissance, als die mittelalterliche Staatsidee in Italien ihren Glanz bereits verloren und der neue Nationalstaat den seinen noch nicht gewonnen hatte, die Aufgabe gesetzt, die rein machtmäßigen Grundlagen der Politik zu studieren. Er zog damit das Fazit aus einer für die damalige Lebenswelt revolutionär anmutenden Epoche. Sie hatte mit der teilweise sehr stürmischen pseudo-demokratischen Stadtstaatenentwicklung schließlich zu einer ständigen Bürgerkriegssituation geführt, aus der allerorten neuartige illegitime Herrschaften rein faktischer Natur hervorgetreten waren. Der alte feudale Rechtskonservatismus war in diesen Republiken und „neuen Fürstentümern“ dem voraussetzungslosen Kampf um die Macht gewichen. Gleichzeitig waren die führenden Schichten aus der alten Glaubenseinbettung und der Anerkennung einer für alle verbindlichen Moral herausgetreten und huldigten einer neuen, durch den Kult der Antike überhöhten „natürlichen Weltsicht“. Dieser Zeit bot Machiavelli die Grundsätze einer im Wesen schon ganz modernen technischen Lebensorientierung. Der „Stoff“ (materia) der politischen Handlung sind für ihn die menschlichen Leidenschaften, denn die Welt werde nicht von Vernunft und Einsicht, sondern von Trieb und Interesse bewegt. Deshalb kann es sich für ihn auch nur darum handeln, diese Leidenschaften zu nutzen und zu beherrschen. Sachgerechtigkeit und Dilettantismus, nicht Gut und Böse, werden bei dieser politischen Technik die Kriterien für Lob und Tadel. Wer ein Ziel erreichen will, muß auch die dazu führenden Mittel in Kauf nehmen, und seien sie schlimmster

Art. Den Konsequenzen auszuweichen, vor der Unerbittlichkeit der technisch vorgezeichneten Wege zurückzuschrecken und dennoch mit untauglichen Mitteln eine Sache zu versuchen, erscheint Machiavelli als die eigentliche Todsünde wider den Geist der politischen Ratio. Denn mit diesen halben Entschlüssen überliefert man sich dem Ungefähr, sie führen nach seiner Überzeugung mit Sicherheit zum politischen Ruin. So erscheint ihm das politische Tun als ein ständiger Kampf von *virtù* und *fortuna*, von berechenbarer herrschender Macht und wirrem Ungefähr der Welt. Sicher ist immer nur die berechenbare Macht; deshalb erscheint es auch besser – wenn schon beides nicht zu erreichen ist –, sich auf die Furcht der Untertanen zu stützen, die beliebig hervorgerufen werden kann, als auf die Liebe, die zu erwecken technisches Vermögen nicht ausreicht. Aber die Gewalt ist nur die eine Grundlage der Herrschaftstechnik, die andere ist die Täuschung; im Kleinen wie im Großen. Denn auch die Religion gehört für ihn dazu. Was immer er Lobendes über ihre Wirkung sagt, sie ist nur Herrschaftsinstrument. Je weniger man selber glaubt, desto besser kann man sie nutzen. Denn es ist ja nur nötig, den Anschein der Frömmigkeit und Ehrbarkeit zu haben. Nicht allein vom Ziel her werden die vorurteilslosen Mittel geheiligt, sondern sie sind für Machiavelli einfach das einzig „sachgerechte“ Verfahren einer Menge gegenüber, „die sich vom Schein hinreißen läßt und vom Ausgang der Sache“.

Schon der immense Abstand zwischen dem leidenschafts- und triebbewegten „Material“ der Politik und der nur nach rationaler Zweckmäßigkeit orientierten politischen Technik zeigt, daß der Machiavellismus ohne eine tiefgreifende Spaltung zwischen den Wissenden und Getäuschten, zwischen den „Wenigen“ und den „Vielen“ nicht existieren kann. Er wurde somit zu einem Urbild aller pragmatischen »Elitenlehren«. Schein und Wirklichkeit der Politik fallen weit auseinander. Der Machiavellismus vollzieht so immerfort das Geschäft einer „Demaskierung“, Religion, Recht und Moral fallen ihr zum Opfer. Im Hintergrund dieser „Täuschungen“ bleiben als „wahre“ Kräfte der Trieb und die nackte Rechnung. Da aber die „Täuschung“ zugleich als eine politische Notwendigkeit ersten Ranges angesehen wird, so hat der Machiavellismus immer den zwiesichtigen Charakter eines Wechselspiels von Entschleierung (für sich selber) und Verschleierung (für die anderen).

Die „Staatsraison“, nach der die neuen Territorial- und Nationalstaaten seit dem Ende der Renaissance sich aufbauten und handelten, ist ein legitimes Kind des Machiavellismus. Sie sollte für den privilegierten Fürsten und seine Gehilfen eine über die Individualethik erhabene Staatsmoral in Anspruch nehmen. So dachte Machiavelli nicht. Er kannte nur eine „Machtraison“, die sich jeder zu eigen machen kann, sei es nun, um eine Herrschaft zu verteidigen oder zu stürzen. Mit der „Staatsraison“ verlangte die Macht im Zeitalter der Rearistokratisierung und Redogmatisierung nach einem moralischen oder gar frommen Gewissen. Trotzdem gelang es auch in den folgenden Jahrhunderten nicht, den Staat zu ethisieren. Der moderne europäische Staat blieb wie auch der später dazutretende Kapitalismus im Grunde immer ein Macht- und Expansionsgebilde. Die Macht wurde aber in mildere Formen gekleidet. Man kann dabei im großen zwei Epochen unterscheiden. Die erste, die Periode des frühen Absolutismus oder der Glaubenskriege, währt bis etwa zum Westfälischen Frieden. Für sie ist charakteristisch, daß der absolutistische Staat im Innern noch nicht gefestigt ist, daß er sowohl durch die alten Feudalmächte wie durch die dissentierenden Religionsgemeinschaften noch Widerstand erfährt und daß fremde Staaten diese frondierenden Gruppen jeweils für ihre Politik ausnützen. Machiavellistische Praktiken sind in diesem Doppelkampf mit inneren und äußeren Gegnern in verborgener und verklausulierter Form als temperierte Geheimlehre (*arcana*) durchaus gegenwärtig; von oben und unten übrigens, wie die in Rechtsüberlegungen gekleideten Lehren von der Mordbefugnis der Obrigkeit einerseits und vom Tyrannen-

mord andererseits zeigen. Unter dem Einfluß besonders der französischen „Staatsraison“ ist dann aber der Absolutismus mehr und mehr aus der Rolle einer religiösen Kampfpartei in die einer neutralen Ordnungsmacht eines inneren Friedensstifters hineingewachsen, er hat seine alle althergebrachten Rechte wegräumende Universalkompetenz und Allmacht in dem Begriff der „Souveränität“ zusammengefaßt.

Dies führt in die wesentlich veränderte Situation des reifen, aufgeklärten Absolutismus hinüber. Hier ist vollständige innere Befriedung erreicht. Stehendes Heer und bürokratischer Zentralismus bürgen für die staatliche Ordnung. Trotzdem die Spannungen zwischen den Staaten keineswegs nachlassen, sucht man diesen inneren Zustand wie durch eine stille Übereinkunft vor den größten Erschütterungen zu bewahren. Aufwiegelungen fremder Volksteile kommen nach dieser ungeschriebenen Konvention des europäischen Hochadels fast ganz in Wegfall. Man sucht im Gegenteil die Untertanen weitgehend von aufrüttelnden Ereignissen fernzuhalten. Die Kriege werden unter möglicher Schonung der Bürger geführt. Der Begriff der „Staatsraison“ erhält nahezu einen Sinn, der nur noch durch Rücksicht auf die Außenpolitik bestimmt wird.

Dies ändert sich alles in der durch die Französische Revolution eingeleiteten (dritten) Epoche. Durch die Mobilisierung der Volksmengen wird das Größenmaß der politischen Aktionen sprunghaft erhöht. Die Staatsraison hat sich nun auch im Gewoge der „öffentlichen Meinung“ zu bewähren, die wohl die an rasche Entscheidungen gewöhnte Machtpolitik erschweren, aber – einmal zur Leidenschaft entfesselt – auch eine mäßigende Politik vereiteln kann.

Charakteristischerweise bringt die Zeit der Französischen Revolution und der Befreiungskriege auch einen Umschlag in der Machiavelli-Mythe. Er wird vom „erklärten Feind der Menschheit“ (Friedrich II.) zu einem gepriesenen politischen Kopfe. Rousseau, Herder, Fichte und Hegel ergreifen seine Partei. Bei Hegel vor allem ereignet sich das Außerordentliche, daß der Machiavellismus nicht mehr außerhalb der Moral, ja nicht einmal mehr im Gewand besonderer Lizenzen, sondern voll gerechtfertigt im Zusammenhang eines idealistischen und moralischen Kosmos erscheint. Hegel ist immer voll heißender Ironie gegen solche, die vermeinen, die Großen der Geschichte an die Kette einer pedantischen Moral legen zu können. Aber er läßt auch nicht einfach wie Machiavelli Macht gleich Macht sein. Denn als „Wirklichkeit“ der Geschichte ist sie im Zirkel des Hegelschen Denkens zugleich das „Vernünftige“, weil sie, schlechterdings das Ihre suchend, „in Wahrheit“ das Geschäft des Weltgeistes vollbringe. Solche mystischen Identifikationen haben viel zur Schläfrigkeit der Machtkritik im 19. Jahrhundert beigetragen. Sie erneuern das Machtpathos Machiavellis ohne dessen Redlichkeit. Für Treitschke ist es selbverständlich, daß der Staat Macht ist („zum ersten Macht, zum zweiten Macht und zum dritten nochmals Macht“). Er findet deshalb nichts Anstößiges daran, daß Machiavelli gegen „die Mittel der Macht völlig gleichgültig ist“, wohl aber, daß sie „selber für ihn gar keinen Inhalt hat“. Als „Inhalt“ soll sie sich aber den „höheren“ Gütern der Menschheit verbinden, was wiederum die Machterhaltung des Staates zur „höchsten sittlichen Pflicht“ erhebt. Dieser haltlose Zirkel aber vermag die Macht nicht zu versittlichen, sondern nur zu verklären. Er entspricht den Vorstellungen des nationalistisch enthusiastischen Bürgertums der Reichsgründungszeit, dem sich in erstaunlicher Schrumpfung des Unterscheidungsvermögens die Belange der nationalen Wohlfahrt, Sittlichkeit und „Kultur“ und das Interesse der nationalen Machtentfaltung unlöslich vermischen. Auf diesem beruhigenden Hintergrund einer Rechtfertigung der Macht aus der nationalen Kultur hat sich, bei ständiger Veräußerlichung ihrer Inhalte, selbst etwas so Widersprüchliches wie ein machiavellisierendes Spießbürgertum entwickeln können. Ein erster Schritt zum Massenmachiavellismus des 20. Jahrhunderts!

Entscheidend aber war, daß auch das Innere der Staaten in einem nunmehr viel

umfassenderen Sinne wieder zum Kampfplatz wurde. Ausgenommen sind im wesentlichen nur die altfreien und die angelsächsischen Demokratien, in denen die demokratische Legitimität im Wege von Wahlen bereits eine durch die Tradition gefestigte allgemeine Anerkennung fand. In den kontinental-europäischen Einflußgebieten der Französischen Revolution aber gab es seit diesem Ereignis im Grunde nur noch Provisorien. Der altlegitimen Fürstenherrschaft drohte in wechselnd akuten Wellen die Revolution, und die vordringende Demokratie stand nicht nur im Kampf mit ihren alten, sondern bald auch mit neuen, weit gefährlicheren Feinden. In der langen demokratischen Geschichte Frankreichs gab es z. B. auf der einen Seite immer Leute, die zur Monarchie in ihren verschiedenen Formen zurückstrebten (Anhänger der Bourbonen, Orléanisten, Bonapartisten) oder wenigstens eine gewisse Art von Militärdiktatur oder autoritärer Staatsform errichten wollten (Boulangisten, Gaullisten), auf der anderen Seite Revolutionäre, die die Diktatur von unten anstrebten: Jakobiner, die Kämpfer der Kommune, Syndikalistinnen und Kommunisten. Bald tobte der Grundlagenkampf auch in anderen Ländern. Parallel zu dieser zunehmenden politischen Garantierlosigkeit vollzog sich im Gefolge der Aufklärung eine Demaskierung aller herrschenden Mächte und bisherigen geistigen Geltungen, die – zum Unterschied von der Renaissance – schließlich im Marxismus sogar die breitesten Massen erreichte. Anders als in den altfreien Demokratien, einschließlich der angelsächsischen, wo die freie Gesellschaftsordnung durchaus in Übereinstimmung mit den christlich-humanen Bindungen erwachsen konnte, befand sich auf dem Kontinent die fortschrittliche Gesellschaftskritik (z. T. auch wegen der engen Verflechtung der Konfessionen mit dem Ancien Régime), sogleich im schärfsten Gegensatz zu aller religiösen Überlieferung. Von den alten metaphysischen Wurzeln losgelöst und sozial ausgegliedert, traten hier die radikalisierten Massen mit demokratischen Ansprüchen, aber ohne demokratische Bindungen faktisch in ein Nichts. So wird die Revolution früh schon nur Durchgangspforte zur absoluten Kampfzone, in der kein Bestand, am allerwenigsten der demokratische, unangetastet bleibt. Die „Demokratie“ ist dann kein allgemein verbindlicher Begegnungsraum, sondern ein Schlachtfeld, auf dem jede Gruppe der anderen die moralischen Voraussetzungen, ja die Daseinsberechtigung, bestreitet. In dieser absoluten Kampfzone nennt man die geistigen Bildungen „Ideologien“, sie gelten nicht mehr um ihrer selbst willen, sondern nur als Kampfwerte. Religion, Staat, Kultur, Recht und Demokratie verfallen gleichermaßen dieser Ideologien-Destruktion. Auf diesem geistig und materiell umkämpften Boden, wo die traditionellen politischen Lenkungsmittel notwendig versagen, kommt es zu neuen, revolutionären Machtstrategien, die denjenigen Machiavellis insofern verwandt sind, als sie derselben Voraussetzung der absoluten Kampfsituation entspringen. Die Tiefe dieses Umbruchs blieb dem äußerlich noch ziemlich befriedeten, ja saturierten 19. Jahrhundert zumeist noch verdeckt, erscheint aber völlig klar bei den wichtigsten geistigen Wegbereitern: Marx und Nietzsche.

Indem Marx und Engels die geistigen Bildungen in ihrer Totalität als Spiegelungen der materiellen Verhältnisse ansehen, diese aber in ständiger, revolutionärer Veränderung begriffen sind, kann es für sie in der Politik weder allgemein gültige Normen noch kampffreie Felder geben. Die staatlichen Institutionen werden als „illusorische Formen der Gemeinschaftlichkeit“ ausgewiesen, unter und mit denen die wirklichen Kämpfe der verschiedenen Klassen geführt werden. Der Staat erscheint hier auch im demokratischen Gewande nur als nacktes „Instrument der Klassenherrschaft“ und überträgt diese Funktion auch auf die Diktatur des Proletariats. Er ist im Grunde wieder genau so garantierlos wie der stato der Renaissance: der Herrschaftsapparat einer dominierenden Gruppe, gegen die sich andere zum Kampfe rüsten. Jedenfalls gibt es in dem von Marx praktisch proklamierten Weltbürgerkrieg zwischen Bourgeoisie und Proletariat nichts Verbindendes, für beide Teile

Gültiges. Die Spaltung geht – im Unterschied zu allen rein faktischen Kämpfen – durch alle Lebensgebiete hindurch. Die bürgerliche Moral ist nicht die proletarische, ebensowenig die bürgerliche Staatsauffassung, Religion, Wissenschaft usw. Deshalb kann völlige Unbefangenheit gegenüber allen Prinzipien walten. Legalität und Illegalität und selbst der Kompromiß mit Gegnern ist nur eine Waffe im Kampf, angewandt nach reiner Zweckmäßigkeit. Was diese Totalität der Kampfansage, die der Bolschewismus dann aufgegriffen hat, wirklich bedeutet, wurde zuerst nicht voll sichtbar, weil alles mit einer eschatologischen Menschheitserwartung in eins gedacht wurde. In voller Nacktheit sollten die neuen Kampfdimensionen erst hervortreten, als sich im Faschismus und im Nationalsozialismus Gegenbewegungen herausbildeten, die nun ihrerseits den Marxismus auf seiner spezifischen Kampfebene aufsuchten, ohne an seinen Menschheitszielen noch irgendwie beteiligt zu sein, – womit sich im Kreuzfeuer von Demaskierung und Gegendemaskierung der Anblick des brutalen Machtkampfes verallgemeinerte und auch der Gesichtspunkt der Totalität immer mehr auf seinen Machtsinn reduzierte.

Daß der Prophet der „Gegenseite“, Nietzsche, erst recht nichts Verbindendes zwischen den von ihm gesehenen gegenüberstehenden Schichten, den Herrenmenschen und den Sklavennaturen, gelten ließ, ja die Moral und alle geistigen Geltungen insgesamt auf den Willen zur Macht zurückführte, ist bekannt genug. Für ihn ist Herrschaft eine Täuschung großen Stils. Christentum, Revolution, Gerechtigkeit, Wahrheit, „alle diese großen Worte haben (für ihn) nur Wert im Kampf, als Standarte: nicht als Realitäten“. Und wenn Marx in der Beendigung der kapitalistisch-religiösen Selbstentfremdung die Chance des Menschen sah, seine „Selbsthervorbringung nunmehr planend unter Kontrolle zu nehmen“, so hat die von Nietzsche im Bilde des getöteten Gottes gesehene Heraufkunft des Nihilismus für ihn ganz ähnlich die Konsequenz, daß der Mensch die Weltgeschichte, d. h. das Schicksal seiner Gattung, selbst planend in die Hand nehmen müsse, eine Vorstellung, die durch Hitlers praktischen Nihilismus in wirkliche Politik umgesetzt wurde.

Der effektive nihilistische Machiavellismus der von Marx und Nietzsche entscheidend befruchteten totalitären Bewegungen ist am klarsten durch Sorel und Pareto analysiert worden. Sorel erkannte als eigentliche geschichtliche Antriebskraft solcher revolutionären Bewegungen nicht die „Gerechtigkeit“ oder „Richtigkeit“ ihrer Ideen, sondern in Kampfmythen verkörperte irrationale Glaubenskräfte, die die Menschen zum Höchsten befeuern und somit wirklich etwas verändern. Für materielle Vorteile stirbt niemand, da er sie nicht mehr erlebt; vernünftige Einsichten und Voraussagen unterliegen ständig der Kritik und können durch die Ereignisse widerlegt werden. Der Mythos dagegen ist als Gefühlsimpuls unwiderlegbar, es kommt überhaupt nicht auf die Möglichkeit seiner Verwirklichung, sondern nur auf die begeisternde Wirkung an. Sorel wollte damit das Dynamische an Marx retten und das Unwesentliche der Kritik entziehen. Von Lenin und Mussolini gleichermaßen begeistert, hat er besonders auf den letzteren mit diesem ungläubigen Wissen um die Macht des Glaubens gewirkt.

Um aber den Mythos wirklich in die Herzen der Massen einzugraben, bedarf es nach Sorels Meinung einschneidender Erlebnisse, d. h. vor allem Aktionen der Gewalt. Es bedarf dazu ferner einer teuflischen Gegenwelt, und wenn sie nur in der Phantasie besteht. Gewalt und Mythos sind für ihn untrennbar: Der Mythos strebt zur Aktion und der Kampf schlägt sich wiederum in mythischen Bildern nieder. Ja, in einer Zeit, wo die alten Legitimationen und Traditionen versagten, mochte der Rechtsradikalismus sogar den Ausweg darin sehen, sich besessen in die Exzesse der Gewaltsamkeit zu stürzen, um in den bei diesen Kriegshandlungen sich bildenden Mythen die Basis neuer Glaubensformulierungen zu finden.

Hatte Marx noch an eine künftige Beendigung der Klassenkämpfe durch die Herrschaft des Proletariats, d. h. der überwiegenden Mehrzahl, geglaubt, so ist für Pareto,

den zweiten Inspirator des Faschismus, die Geschichte ein ewiger Kampf zwischen führenden Minderheiten, zwischen neuen und alten Eliten, der zur Revolution führen kann, wenn der ersteren der Aufstieg künstlich verwehrt wird. Für alle Eliten gibt es nur zwei Herrschaftsmittel: List und Gewalt; den höchsten Effekt aber sieht Pareto, ganz im Sinne Machiavellis, gewährleistet, wenn ein glaubensstarkes, opferbereites Volk von „vorurteilslosen“ Männern geführt wird. Als eigentliche Antriebe des Menschen sieht er fixierte Gefühlkerne (Residuen), die gleichsam nachträglich intellektuell einmal so und einmal anders gerechtfertigt werden. Es kommt deshalb für den Politiker weniger darauf an, was er logisch sagt, sondern ob er die wirksamsten Gefühlkerne trifft.

Der Faschismus hat sich denn auch in der Tat wenig um rationale Begründungen, Zielfestlegungen usw. bekümmert. Der Fluß emotionaler Bewegung strömt über all dies hinweg. Das Programm der Mailänder Gründungsversammlung im Jahre 1919 sah noch vor: Einberufung einer Nationalversammlung als Teil einer internationalen Konstituante, Republik, Dezentralisation, Abschaffung der Geheimdiplomatie, der Wehrpflicht, der Bürokratie, der Aktiengesellschaften usw., sowie Aufrechterhaltung der Rede- und Versammlungsfreiheit. De facto wurde in jedem Punkt das Gegenteil verwirklicht. Das geistige Argument wurde zum beliebigen Anhängsel der jeweiligen Aktion. Mussolini sagt vom faschistischen Mythos ausdrücklich: „Es ist nicht notwendig, daß er eine Wirklichkeit sei.“ Aber er vollbringt Wirkliches, weil er ein „Stachel“ ist, der die Volksseele bewegt. Ganz im Sinne von Machiavellis Gleichnis von dem Bogenschützen, der höher zielen muß, als er treffen will, wie von Paretos Anschauung muß der Mythos immer Großartiges vor Augen stellen, wenn er zum Genuß real erreichbarer Ziele führen soll.

Abschließend ist zur Herausbildung dieser Formen des modernen Machiavellismus zu sagen, daß er natürlich seinem Wesen nach ebenfalls esoterisch sein mußte, jedoch in populärer Weise auch auf die ins Feld der Politik eingetretenen Massen übergriff. Die modernen Informations- und Propagandaapparate führten die machiavellistische Demaskierung (der gegnerischen Positionen) für das große Publikum laufend durch. Der Geist des 19. Jahrhunderts – allerorten bestrebt, die Phänomene auf eine einfachere, meist naturale Basis zurückzuführen, die Geschichte auf die ökonomische Entwicklung (Marx), die Entwicklung des Lebens auf den Kampf ums Dasein (Darwin), Moral und Geist auf den offenen oder versteckten Willen zur Macht (Nietzsche), das menschliche Verhalten auf die Sexualstruktur (Freud), die Völkerschicksale auf die Kraft der Rasse (Gobineau, Chamberlain usw.) – bot dagegen nur noch geringfügige Hemmnisse. In der Verlängerung führte diese Demaskierung zu einem praktischen Nihilismus. Der Dunstkreis des hieraus hervorgehenden voraussetzungslosen Machthandelns war so weit verbreitet, daß man Menschen einfacher Herkunft aufsteigen sah, die sofort mit all seinen Abgründigkeiten vertraut waren.

Wenn der Machiavellismus, auf den modernen Staat und seine Apparatur übertragen, in Italien noch im Bereich des romanischen Formgefühls, d. h. einer gewissen „klassischen“ Geschlossenheit verblieb, so erscheint er nördlich der Alpen als eruptiver Fanatismus und „vorwärtsjagende Hysterie“¹. Er scheint aus den okkulten Tiefen des Massendaseins hervorzubrechen, trotz der Wahlverwandtschaft mit entleerten nationalistischen und militärischen Traditionen im Grunde geschichts- und kulturlos². Im Vergleich zu den faschistischen entstammen die „Führer-

¹ Adolf Hitler: *Mein Kampf*, 17. Aufl., München 1933, S. 371.

² Es sei daran erinnert, daß nicht der propagandistische Zierat und das romantische Pa-

gestalten“ des Nationalsozialismus — mit wenigen Ausnahmen — dunkleren Bewußtseinsregionen, in denen die nihilistische Auflösung der bisherigen Geltungen als brutale Wirklichkeit erfahren wurde. Wenn geistige Abenteurer solcher Herkunft in den bodenlosen Gefilden der Politik Entdeckungen machen, so wird dies allerdings viel maßloser und „vorurteilsfreier“ geschehen als durch Menschen, die immer noch ein Bewußtsein der geistigen und sozialen Zusammenhänge haben, aus denen sich die Verwirrung der Gegenwart herleitet. Es war aber schließlich nur folgerichtig, daß die intellektuellen Machiavellisten, die aus „Vernunftgründen“ die Abdankung der Vernunft verkündeten, eines Tages von jenen übertrumpft wurden, die humane Vernunft im abendländischen Sinne niemals besaßen. Es bedurfte für diese nur eines gewitzigten Blicks für die „Schwäche“ jener intellektuellen Position, damit sie ihre Voraussetzungslosigkeit noch als Vorzug empfanden und das Schicksal priesen, das sie „vor dem Erwerb staatlich privilegierter (Bildungs-) Scheuklappen“ bewahrt habe³. Von Hitlers „ungeheurer, eiskalter Vorurteilslosigkeit“⁴ aus gesehen, erschien auch der Faschismus noch als viel zu „literarisch“, als eine „halbe Sache“⁵. Der reflexionslosere Nationalsozialismus macht die bestürzenden Konsequenzen jener literarischen Vorformen in ihrer Radikalität erst völlig sichtbar. Viel deutlicher als beim Faschismus sind hier auch die verheerenden Folgen der Verbindung einer machiavellistischen Auffassung der Politik mit den Möglichkeiten des modernen technisch-zentralisierten Staatsapparates zu erkennen.

Der Nationalsozialismus ging aus einer Atmosphäre hervor, die wohl, analog einer für die Renaissance geprägten Bezeichnung, als eine „grenzenlose Erwartung der Seelen“ charakterisiert werden kann. Die unerfüllten Sehnsüchte — nicht nur aus gescheiterten Lebenserwartungen, sondern auch aus der allgemeinen „Entzauberung der Welt“⁶ heraus — machen sich in den vielfältig erfolgenden Sektenbildungen Luft, in denen eine Mythos-Sehnsucht spürbar ist, die sich den im modernen Machiavellismus entwickelten Illusionierungsformen geradezu entgegendrängt. Sehnsüchtige umgeben den Nationalsozialismus mit jener eigentümlich nervös flackernden Aureole. Im Kern aber befinden sich nüchternere Naturen: die durch das Kriegsende aus der Bahn geworfenen Haudegen, besonders eine jüngere, aktivistische Offiziersschicht, hart und glaubenslos, die von sich sagt, daß außer der vitalen Kameradschaft alle ihre Werte in der Materialschlacht untergegangen seien und die deshalb bereit ist, sich in jede Kampfgemeinschaft einzufügen, die ihr

thos, sondern das machiavellistische Führungswissen, das sich dessen bedient, Gegenstand dieser Untersuchung ist.

³ So Hitler.

⁴ Rauschnig, *Gespräche mit Hitler*, Zürich, Wien, New York 1940, S. 212.

⁵ A. a. O., S. 119. Die persönliche Bewunderung Hitlers für den Duce (s. z. B. Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941—42, Bonn 1951, S. 41 und 121) übersah nicht, daß Mussolini an einem bestimmten Punkt der Revolution stehen geblieben war und nie eine souveräne Stellung erreicht hatte wie schließlich Hitler (vgl. a. a. O., S. 204).

⁶ Nach der Charakteristik Max Webers in „Wissenschaft als Beruf“.

nur das Gefühl der Solidarität auf Biegen oder Brechen (skeptischer gesprochen: der Bandenmoral) vermittelt. Da sind ferner der in seiner Existenz bedrohte oder deklassierte Mittelstand und die unbefriedigten, proletarisierten Intellektuellen.

Dieser Sprengstoffansammlung gegenüber steht eine Welt christlicher, humanistischer und demokratischer Tradition, die nicht nur an diesen Werten irre geworden ist, sondern sich ihrer geradezu schämt. Nicht nur die „großen Ziele des Lebens sind nicht mehr gemeinsam“, es wird selbst nicht mehr an die Möglichkeit einer diskutierenden Begegnung geglaubt; „jede Gruppe bestreitet die Voraussetzungen der Rivalen“⁷, ja ihre Existenzberechtigung. Es geht dabei höchstens noch um die Verteilung des Sozialprodukts. Hitler sieht beides: die antidemokratischen Potenzen der Masse und die Schwächen in der gegnerischen Position. In voller Bewußtheit erblickt dieser Erste unter den Zukurzgekommenen und tief Hassende⁸ darin die Chance seines Lebens. Er wird durch die Bewegung der Masse emporgespielt und teilt instinktiv ihre Impulse — das gibt seinen Beteuerungen „Natürlichkeit“ und verschafft ihm Glauben.

Zugleich aber durchschaut sein genuiner Spürsinn alle Aktionsgesetze dieser Masse und vermag sie virtuos zu nutzen, so daß sie ihm nur noch ein Kraftpotential ist, das er auf seine Rechnung setzt. Irrationales Eintauchen in diesen Strom, das der eigenen ekstatischen Gefühlssteigerung dient, und kälteste Berechnung in der Ausnutzung dieser Bewegung sind die beiden Pole, um die sein politisches Agieren ständig kreist.

Ein solches Wechselspiel zwischen enthusiastischen Gefühlen des Getragenwerdens von der „Bewegung“ und technischer Besonnenheit in der Inszenierung derselben, die Paradoxie zwischen der Mania und der machiavellistischen Berechnung ihrer Effekte ist nicht allein für Hitler, sondern weithin für die nationalsozialistische Führerschicht charakteristisch. Den bisherigen Sozialreligionen von der Art des Jakobinertums und des Sozialismus ergab sich der Machiavellismus gleichsam nur nebenbei; man wollte dies oder jenes abstrakte Gute und nahm unter dem Eindruck bedrohlicher Situationen oder aus Verzweiflung an dem Erfolg des geraden Weges machiavellistische Praktiken als Mittel zur Verwirklichung dieser Ziele in Kauf. Sie sollten (der Idee nach) nur zwischenzeitlichen Charakter

⁷ „Die Gesellschaft befindet sich tatsächlich im Zustand des Bürgerkrieges.“ (Harold J. Laski: Revolutionäre Wandlungen unserer Zeit. Zürich 1945, S. 126. Vgl. Hans Frank: Im Angesicht des Galgens, München 1953, S. 117.)

⁸ „In seinem Verhalten tritt zu deutlich das Ressentiment zutage, als daß einem nicht der Gedanke käme, es seien die frühen Erlebnisse der Vorweltkriegszeit gewesen, die ihn dazu getrieben haben, Rache an einer Welt zu nehmen, die ihn gering geschätzt und nicht beachtet hatte . . . Vom Haß war Hitler geradezu berauscht.“ (Alan Bullock: Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1953, S. 383.) Sein Jugendfreund bestätigt: „Mit aller Welt war er überworfene. Wohin er blickte, sah er nur Ungerechtigkeit, Haß, Feindschaft.“ (August Kubizek: Adolf Hitler: Mein Jugendfreund. Graz und Göttingen 1953, S. 195). — Hans Frank a. a. O., S. 363: „Er war ein Hasser ohne Maß. Wer es einmal bei ihm verspielt hatte, der war erledigt oder verloren, und niemals war verzeihende Rückkehr zu ihm jemals möglich. Das galt für einzelne wie für Gruppen. Es galt für ganze Völker und Rassen.“

haben, wengleich natürlich auch hier, wie allzuoft in der Politik, die faktisch geschehenden Provisorien gewichtiger als die feierlich verkündeten letzten Prinzipien wurden.

Die faschistischen Sozialreligionen⁹, voran der Nationalsozialismus, sind jedoch die einzigen, die nicht nur in der Kampfmethodik, sondern bereits im Entwurf machiavellistisch angelegt sind. Am Beginn dieser Bewegungen stand nicht primär die Frage, mit welcher Taktik man seine Wertideen durchsetzen könne, man hatte vielmehr überwiegend ein konkretes Machtbegehren und suchte „zündende Ideen“ (-surrogate), um die hierfür nötigen Kräfte mobil zu machen.

Die nationalsozialistische Führungstechnik entstand nicht auf dem Boden so eingehender theoretischer Klärungen wie die faschistische. Sie ist im wesentlichen das Substrat handgreiflicher Erfahrungen in Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und in der Gestaltung der eigenen Bewegung. Wenn hier aus Gründen der Konzentration die Genesis dieser Machttechnik vornehmlich an der Gestalt Hitlers veranschaulicht werden soll, so wird damit doch, wenigstens in den entscheidenden Zügen, das Allgemeingültige getroffen. Hitlers Stellung war, dank der schon in den Kampfjahren durchgesetzten und erst recht später ausgebauten Zentralisierung, so exzeptionell, daß andersartige Praktiken mindestens seiner stillschweigenden Duldung bedurften, um in Partei oder Staat ungehindert Raum zu gewinnen. Zum andern aber galt er, wie unterschiedlich auch die Artung der nationalsozialistischen Gewalthaber sein mochte, diesen gerade wegen seiner technisch-propagandistischen Fähigkeiten und seiner Willensenergie als unbestrittenes Vorbild¹⁰. Wir sehen hier die Frage nach den wahren Wirkkräften und Bewegungsmechanismen der Sozialreligionen, wie sie seit der Jahrhundertwende von Leuten wie Sorel diskutiert wurde, von einem Kondottiere der Straße neu aufgerollt.

Dieser Mann ist zeit seines politischen Lebens von der einen Frage besessen: Wie komme ich an die Masse heran? Ein Zeuge aus der Verhandlung über den Münchener Putsch berichtet: „Herr Hitler rief immer nur: Propaganda, Propaganda, es kommt jetzt nur noch auf Propaganda an!“¹¹ Propagandistische Erwägungen sind das nie versiegende Hauptthema in „Mein Kampf“. Dieses Buch ist, trotz der oftmals geradezu verblüffenden Offenherzigkeit der Darlegung, eines der zynischsten, das je geschrieben wurde. Nie werden darin Ideen oder Ziele als solche herausgehoben, sogleich meldet sich dabei die Überlegung, wie hoch ihre Suggestionskräfte einzuschätzen seien, inwieweit sie nützen könnten, eine „brausende Leidenschaft höchsten nationalen Stolzes“ hervorzurufen¹². Man kann nahezu Schritt für Schritt verfolgen, wie die Punkte der Parteiprogrammatik zusammengestellt werden, um diesem aufflackernden Feuer neuen Brennstoff zuzuführen. „Auch die beste Idee“ ist nicht „Selbstzweck“, sondern „nur ein Mittel“ und

⁹ In der Bedeutung, die Alfred Weber mit diesem Begriff verbindet.

¹⁰ Dagegen wurden seine „weltanschaulichen“ Positionen lange nicht von allen ganz ernst genommen.

¹¹ Konrad Heiden: Adolf Hitler. Eine Biographie. Zürich 1936, S. 109.

¹² Mein Kampf, S. 471.

Kampfinstrument¹³. Wahrhaftigkeit darf bei der Erwägung der künftigen Politik keine entscheidende Rolle spielen, „ging doch auch der Gegner von dem sehr richtigen Grundsatz aus, daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Geglautwerdens liegt, da die breite Masse eines Volkes . . . bei der primitiven Einfalt ihres Gemütes einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen“¹⁴. Auch die Auswahl der umworbene Bevölkerungsschichten hat nichts Prinzipielles, sondern geschieht einzig im Hinblick auf eine Erhöhung der Kampfkraft. Hitler stellte deshalb (wie Lueger) „seine neue Partei in erster Linie auf den vom Untergang bedrohten Mittelstand ein und sicherte sich dadurch eine nur schwer zu erschütternde Anhängerschaft von ebenso großer Opferwilligkeit wie zäher Kampfkraft“¹⁵. Der Sozialismus wird aufgegriffen, um für die „völkische Bewegung“ die urwüchsigen Kräfte der unteren Schichten nutzbar zu machen, denn als „Träger solcher nahezu religiösen Überzeugungen“ eignen sich „in erster Linie immer nur die breiten Massen eines Volkes“¹⁶. Schließlich wird so viel ideologischer Spielraum gelassen, daß auch die verachtete Bourgeoisie den Kaufpreis für eine gewisse Schonzeit an die Partei entrichten kann.

Die Faktoren Propaganda und Massenbeeinflussung spielten eine große Rolle in den Diskussionen der Militärkreise über die Gründe, die zum Verlust des Krieges geführt hatten. Man war sich darüber klar geworden, daß rein soldatische Fähigkeiten, unter Außerachtlassung einer geschickten propagandistischen Bearbeitung des eigenen und gegnerischen Volkes, zur Führung eines modernen Krieges nicht mehr ausreichten. In diesen Nachkriegsjahren wurden unter maßgeblicher Beteiligung des Generals Ludendorff die Ideen vom „totalen Krieg“ geboren¹⁷. Aus derartigen kriegstechnischen Erörterungen leiten sich in der Tat die entscheidenden Prinzipien ab, nach denen später der „totale Staat“ das Volk schon in Friedenszeiten unter das „Gesetz der belagerten Festung“ stellt. Die Zäsur des ersten Weltkrieges wurde aber durchaus schon damals als allgemeine Lebensumwandlung empfunden, denn man sah wohl, daß die private Bürgerlichkeit zu Ende sein müsse in einem Staat, der ein Maximum psychischer und physischer Macht zu erlangen sucht, indem er „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ die „seelische Geschlossenheit des Volkes“ erzwingt (Ludendorff) und einen „Sozialismus der Arbeitszuteilung“ einführt, in dem „keine Bewegung“ mehr geschieht, „und sei es die einer Heimarbeiterin an ihrer Nähmaschine, . . . der nicht mindestens eine indirekte kriegerische Leistung innewohnt“¹⁸.

Die Kreise aktiver und inaktiver Militärs ergingen sich aber nicht nur in diesen allgemeinen Erwägungen, sie waren selbst mit ihren illegalen Verbänden ein starker politischer Faktor. In diesem Milieu, als „Bildungs-offizier“ bei der Reichswehr,

¹³ A. a. O., S. 234.

¹⁴ A. a. O., S. 252.

¹⁵ A. a. O., S. 109.

¹⁶ A. a. O., S. 108.

¹⁷ Siehe besonders: Erich Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen*, Berlin 1919; *Kriegsführung und Politik*, Berlin 1922; *Der totale Krieg*, München 1935.

¹⁸ Ernst Jünger: *Die totale Mobilmachung*, S. 14.

d. h. als Aushorcher und Zuträger von fremden Parteien und als Agitator bei der eigenen Truppe, erhielt Hitler nun auch die erste reale Bestätigung seines Überlegenheitsgefühls über die „alten Herren“, das schon während des Krieges so lebhaft in ihm aufgestiegen war. Denn diese strammen Militärs und Beamten, durch tausend Rücksichten und Gewohnheiten von den elementaren Äußerungen der Volksseele getrennt, konnten in der Mehrzahl — was Propaganda und Massenföhrung anlangte — von Hitler tatsächlich etwas lernen. Er wurde für sie der Mann, der die „verhetzten Massen“ wieder zur „nationalen Sache“ zurückföhren sollte.

Seine Einsichten auf diesem Gebiet gehen auf die Wiener Jahre zurück, die er immer wieder mit Nachdruck die „schwerste und gründlichste Schule seines Lebens“ nennt. Was hat er in ihr gelernt? Er studierte, durch seine mißlichen Erfahrungen mit organisierten Arbeitern daran interessiert, „sowohl die Lehre als auch das technische Werkzeug der Sozialdemokratie“¹⁹, aber nicht allein „aus Büchern, sondern aus dem Leben“²⁰. Was zunächst wie ein Vorteil großer Realistik erscheint, hat doch die entscheidende Schwäche, daß er der eigentlichen geistigen Gehalte seiner Untersuchungsobjekte kaum ansichtig wird. Man bemerkt diesen Zug schon in seiner frühesten Jugend. Ohne sichtlichen Hang zu wahrer Frömmigkeit berauscht er sich doch „oft und oft am feierlichen Prunke der äußerst glanzvollen kirchlichen Feste“²¹. Als er älter wird, interessiert es ihn brennend, wie man solche Wirkungen hervorruft, d. h. er will wissen, wie etwas „gemacht“ wird, das solche Gewalt über die Menschen verschafft. Bei der Beobachtung der proletarischen Straßenumzüge, bei den Besuchen des Parlaments nahm er, wie sein Jugendfreund berichtet, alle Vorgänge „so sachlich kühl und gründlich auf, als ginge es ihm . . . nur darum, die Regie des Ganzen, sozusagen die technische Durchführung zu studieren“²². Am Marxismus z. B. interessierte ihn deshalb weniger die „langweilige Gesellschaftslehre und materialistische Geschichtsauffassung“, wie er sie später einmal genannt hat, als die Magie der Massenbeeinflussung und die politische Kampftaktik, bei der auch hier „am Gegner unendlich viel zu lernen war“²³. Hier glaubt er ja schon bald ein kleiner Fachmann zu sein, denn er malt ja dann selbst Propagandaplakate. Noch in „Mein Kampf“ werden am Beispiel der Plakatmalerei die wichtigsten Grundsätze der „politischen Reklame“ wie Apodiktik und suggestive Überzeugungskraft erläutert²⁴. Es ist aus dieser Perspektive wiederum verständlich, daß er seine Aufmerksamkeit weniger auf die „Schreibart marxistischer Kirchenväter“ richtet, die dem Sozialismus nicht die „Millionen von Arbeitern“ gewonnen hat, als vielmehr auf die „unermüdlische und wahrhaft gewaltige Propagandaarbeit von Zehntausenden unermüdlischer Agitatoren“, die in „Hunderttausenden von Versammlungen“ „auf dem Tische

¹⁹ Mein Kampf, S. 45. Sperrung vom Verfasser.

²⁰ A. a. O., S. 46.

²¹ A. a. O., S. 4.

²² Kubizek, S. 295.

²³ Rauschnig, S. 174 und Mein Kampf, S. 199.

²⁴ Mein Kampf, S. 200.

stehend . . . auf die Massen einhämmerten und so eine fabelhafte Kenntnis dieses Menschenmaterials zu gewinnen wußten, was sie erst recht in die Lage versetzte, die richtigsten Angriffswaffen auf die Burg der öffentlichen Meinung zu wählen“²⁵. Diese Technik, verbunden mit der „Massenerziehungsmaschine Presse“ ist — das sieht Hitler sofort — von ihren bisherigen Inhalten lösbar. „Die marxistischen Methoden sind einfach die besten und einzig richtigen zur Gewinnung der Massen“, erklärte Goebbels auf der Höhe seiner Tätigkeit²⁶, und Hitler bekannte Rauschning, daß in der marxistischen Praxis „der ganze Nationalsozialismus“ schon gesteckt habe: „Ich habe nur damit ernst gemacht, womit diese kleinen Krämer- und Sekretärseelen zaghaft angefangen haben . . . Sehen Sie nur genauer zu! Arbeitervereine, Betriebszellen, Massenaufmärsche, Propagandaschriften eigens für das Verständnis der Masse verfaßt; alle diese neuen Mittel des politischen Kampfes gehen ja im wesentlichen auf die Marxisten zurück. Ich brauchte nur diese Mittel zu übernehmen und zu entwickeln und hatte im wesentlichen, was uns nottat . . . Der Nationalsozialismus ist das, was der Marxismus hätte sein können, wenn er sich aus der absurden Bindung mit einer demokratischen Ordnung losgelöst hätte“²⁷. So ist Hitler auch später über die russische Revolution keineswegs wie seine bürgerlichen Mitläufer entsetzt. „Scheußlich?“, ruft er anlässlich der Memoiren Trotzki aus, „glänzend! was für ein Kopf!“²⁸. „Die Lehren der Revolution“ enthüllen ihm „das Geheimnis der neuen Strategie“²⁹. Der Bolschewismus ist die einzige Bewegung, die er voll respektiert, und er sieht den Tag kommen, wo aus ihm „eine Art Nationalsozialismus“ werden wird³⁰. Aber was sich im Kommunismus nur ganz allmählich anbahnt, hat der Nationalsozialismus, allen übrigen Revolutionen weit vorausgehend, schon bewußt vollzogen; er hat sich von allen Weltverbesserungsideen emanzipiert und „aus einer wissenschaftlich begründeten Heilslehre . . . eine mit den Requisiten der Macht ausgestattete reale revolutionäre Bewegung“ geschaffen³¹. In der späteren, besonders der Kriegszeit tritt dazu die Bewunderung für Stalin. Er habe mit dem Aufbau einer „straffen staatlichen Organisation“ durchaus die richtigen Methoden ergriffen, um den Daseinskampf der in der UdSSR vereinigten Völkerschaften zu sichern, „er sei in seiner Art schon ein genialer Kerl“, ein „Tiger“, bei der künftigen Behandlung der Ostgebiete könne man sich unbedingt sein „absolut rigoroses Vorgehen“ zu eigen machen³². Da es ihm bei dieser Art von Studien immer nur auf die Kniffe der Machtausübung und Massenführung ankam, kann sich Hitler rühmen, von allen seinen Gegnern gelernt zu haben³³.

²⁵ A. a. O., S. 529.

²⁶ A. a. O., S. 93 und Heiden, S. 394.

²⁷ Rauschning, Gespr., S. 174 f.

²⁸ Heiden, S. 355.

²⁹ Rauschning, Gespr., S. 15.

³⁰ A. a. O., S. 124.

³¹ A. a. O., S. 175.

³² Tischgespräche, S. 71, 114, 126, 305.

³³ „Ich habe die revolutionäre Technik bei Lenin und Trotzki und andern studiert. Und

Selbst gegenüber den Alldutschen und Christlich-Sozialen, mit deren politischer Zielsetzung Hitler sympathisiert, überwiegt die taktisch prüfende Beobachtung. Er macht das „Werden und Vergehen“ der einen und den „unerhörten Aufstieg“ der andern zu seinem „klassischen Studienobjekt“³⁴. Das Verdienst der Alldutschen ist es, mit dem „Fetischismus“ des Prinzipienreitens und der Legalitätserwägungen „gründlich aufgeräumt“ zu haben, aber sie scheiterten an der Verkenning der Bedeutung der Massen und der sozialen Frage. „Hier lag wieder die Stärke Dr. Luegers. Dieser war ein seltener Menschenkenner, der sich besonders hütete, die Menschen besser zu sehen, als sie nun einmal sind“. Er „legte das Hauptgewicht seiner politischen Tätigkeit auf die Gewinnung von Schichten, deren Dasein bedroht war und mithin eher zu einem Ansporn als zu einer Lähmung des Kampfwillens wurde. Ebenso war er geneigt, sich all der einmal schon vorhandenen Machtmittel zu bedienen, bestehende mächtige Einrichtungen sich geneigt zu machen, um aus solchen alten Kraftquellen für die eigene Bewegung möglichst großen Nutzen ziehen zu können“³⁵. Diese Grundsätze der Christlich-Sozialen wird Hitler getreulich nachahmen, wenn ihm auch ihre Ziele als viel zu niedrig gesteckt erscheinen. Der Rassismus der Alldutschen imponiert ihm viel mehr, aber er hätte mit einem ganz anderen Elan und größerer Breitenwirkung vorangetragen werden müssen.

Die Grundsätze, die Hitler selber für eine solche Massenpropaganda aufstellt, sind bekannt. Sie hat sich ausschließlich an das Gefühl und nie an den Verstand zu richten, denn „die Masse ist ein Tier, das Instinkten gehorcht“³⁶. Richtschnur und Geheimnis des nationalsozialistischen Erfolges ist: „niemals etwas wider die Lebensgesetze und Empfindungen der Masse zu tun“³⁷. Um volle Wirkungen zu erzielen, muß das Volk „gemischt“, der einzelne aus seinen bisherigen Lebenskreisen und seiner partikularen Intellektualität herausgerissen werden. „Je größer die Masse, desto leichter lenkbar ist sie.“ Man komme nun — wie gesagt — diesen Ansammlungen beileibe nicht mit „vernünftigen Überlegungen“ — „die Vorsicht bei der Vermeidung zu hoher geistiger Voraussetzungen kann gar nicht groß genug sein“³⁸ —, man muß in sie vielmehr die Zündfunken einfacher, ständig wiederholter aufpeitschender Parolen hineinwerfen, die große visionäre Bilder hervor-

ich habe bei der katholischen Kirche wie bei den Freimaurern Einsichten gewonnen, die ich nirgendwo hätte erfahren können . . . Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. Übrigens tat das Lenin auch, soviel ich mich erinnere. Etwas Großartigeres als die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche hat es bisher auf der Welt noch nicht gegeben. Ich habe vieles unmittelbar auf die Ordnung meiner Partei übertragen. Die katholische Kirche ist vor allem vorbildlich wegen ihrer ungemein klugen Taktik und Menschenkenntnis, wegen ihrer weisen Einbeziehung menschlicher Schwächen in der Führung der Gläubigen.“ (Rauschning, Gespr., S. 225.)

³⁴ Mein Kampf, S. 106 ff.

³⁵ Sperrung durch den Verfasser.

³⁶ Mein Kampf, S. 201.

³⁷ Rauschning, Gespr., S. 197 f.

³⁸ Mein Kampf, S. 197.

rufen, bei denen „das Denken ausgeschaltet ist“³⁹. Der Inhalt des Vorgetragenen tritt weitgehend zurück hinter dem Pathos, der Apodiktik, der Betonung und Modulation der Stimme, die in fast erotischem Aufschwung „Vulkanausbrüche menschlicher Leidenschaften und seelischer Empfindungen“ entfesseln muß⁴⁰. Einseitigkeit und Unobjektivität sind geradezu Vorzüge, denn die Menge liebt nicht das „Halbe und Schwache“. „Was sie wünscht, ist der Sieg des Stärkeren und die Vernichtung des Schwachen oder seine bedingungslose Unterwerfung“⁴¹. „Man kann immer nur einen Gegner intensiv zur gleichen Zeit bekämpfen“⁴², dann aber muß über ihn „ein förmliches Trommelfeuer von Lügen und Verleumdungen losprasseln“, ein „geistiger Terror“, der zu seiner „suggestiven Lähmung“ führt⁴³. Eine solche „unter genauer Berechnung aller menschlichen Schwächen gefundene Taktik“⁴⁴ muß fast mathematisch zum Erfolg führen, wenn eben nicht auch die Gegenseite lernt, gegen Giftgas mit Giftgas zu kämpfen“.

Man warf Hitler vor, daß es zum Chaos führe, wenn er die Masse fanatisiere und zur Ekstase bringe. Er ist anderer Ansicht: „Nach Meinung dieser Überklugen ist es die Aufgabe, die Masse zu beruhigen und in dumpfer Apathie zu halten . . . Genau das Gegenteil trifft zu. Ich kann die Masse nur führen, wenn ich sie aus ihrer Apathie herausreiße. Nur die fanatisierte Masse wird lenkbar. Eine Masse, die apathisch, dumpf ist, ist die größte Gefahr für jede Gemeinschaft. Die Apathie ist für die Masse die Schutzform der Abwehr . . . Der Staatsmann, der nicht sofort eingreift, wenn er die Massen apathisch werden sieht, gehört vor den Staatsgerichtshof. Ich habe die Masse fanatisiert, um sie zum Werkzeug meiner Politik machen zu können“⁴⁵.

Das ist die idealtypische Situation des Machiavellisten, der immer nur auf das vertrauen kann, was „von ihm selber abhängt“, d. h. auf sein technisches Regulierungswissen, alles andere; Selbstwachsende, Eigenständige ist vom Übel: der Fortuna preisgegeben. „Überlegene Geister“ jedoch, die die Masse „in einer bestimmten Richtung in Bewegung setzen“⁴⁶, gewinnen damit eine „wahrhaft fürchterliche Waffe“⁴⁷. Sie werden sich damit „die Gedanken und Gefühle der Menschen unterwerfen“⁴⁸.

Mit Worten, die sehr an Machiavells berühmtes Gleichnis vom Weibe Fortuna erinnern, das sich am liebsten dem wilden jungen Draufgänger beugt, schildert Hitler, wie sich „Kraftnaturen, wenn auch bescheidenen Geistes“ bei der Masse Geltung verschaffen: „Gleich dem Weibe, dessen seelisches Empfinden weniger durch

³⁹ Rauschnig, Gespr., S. 198.

⁴⁰ Mein Kampf, S. 116.

⁴¹ Mein Kampf, S. 372.

⁴² Mein Kampf, S. 128, 273, 718.

⁴³ A. a. O., S. 45 f.

⁴⁴ Sperrungen vom Verfasser.

⁴⁵ Rauschnig, Gespr., S. 197.

⁴⁶ Mein Kampf, S. 118.

⁴⁷ Mein Kampf, S. 196.

⁴⁸ Rauschnig, Gespr., S. 257.

Gründe abstrakter Vernunft bestimmt wird, als durch solche einer undefinierbaren, gefühlsmäßigen Sehnsucht nach ergänzender Kraft . . . liebt auch die Masse mehr den Herrscher als den Bittenden, und fühlt sich im Herzen mehr befriedigt durch eine Lehre, die keine andere neben sich duldet, als durch Genehmigung liberaler Freiheit . . . Die Unverschämtheit ihrer geistigen Terrorisierung kommt ihr ebensowenig zum Bewußtsein wie die empörende Mißhandlung ihrer menschlichen Freiheit, ahnt sie doch den inneren Irrsinn der ganzen Lehre in keiner Weise. So sieht sie nur die rücksichtslose Kraft und Brutalität ihrer zielbewußten Äußerungen, der sie sich endlich immer beugt“⁴⁹.

Um den Eindruck dieser geistigen Intransigenz zu unterstreichen, bedarf es aber unbedingt der realen Gewalt. „Grausamkeit imponiert. Grausamkeit und rohe Kraft . . . Haben Sie gesehen, wie die Masse zusammenströmt, wenn sich zwei auf offener Straße prügeln? . . . Der einfache Mann auf der Straße läßt sich nur von brutaler Kraft und Rücksichtslosigkeit imponieren. Die Frauen übrigens auch, Frauen und Kinder. Die Leute brauchen den heilsamen Schrecken. Sie wollen sich vor etwas fürchten. Sie wollen, daß man ihnen bange macht und daß sie sich jemandem schauernd unterwerfen. Haben Sie nicht überall die Erfahrung gemacht nach Saalschlachten, daß sich die Verprügelten am ersten als neue Mitglieder bei der Partei meldeten? Was schwatzen Sie da von Grausamkeit und entrüsten sich über Qualen? Die Masse will das. Sie braucht etwas zum Grauen“⁵⁰. „Auch der Gegner ist möglichst grausam zu schildern“⁵¹, um so größer wird die Empörung und auch der Triumph über den errungenen Sieg sein. Solange man kann, sucht man sich einen möglichst schwachen Feind aus, einen Sündenbock, der für alles gerade stehen muß. Man zeigt wilde Entschlossenheit auch bei kleinen Dingen, denn das Volk unterliegt immer der „Magie des Extrems“⁵² und sieht „im rücksichtslosen Angriff auf einen Widersacher den Beweis des eigenen Rechtes“, während der „Verzicht auf die Vernichtung des andern als Unsicherheit . . . und Zeichen des eigenen Unrechts“ empfunden wird⁵³.

Die Verwandtschaft vieler dieser Anschauungen mit den Ideen Sorels und Paretos ist offensichtlich. Hermann Rauschnig hat Hitler einmal darüber befragt⁵⁴. Dieser wich aus, er wollte alles sich selber, seiner eigenen Intuition verdanken und „auch nicht wissen, durch was er angeregt sei“. Mit der „einschlägigen Literatur“ habe er sich wohl eingehend befaßt, aber er sei es, der zuerst im großen Stil danach gehandelt habe. Die Bolschewisten kämen erst auf langen Umwegen dazu, und Mussolini fehle „die Größe und Voraussetzungslosigkeit der Anschauung“. Ob Hitler nun wirklich über Goebbels, Himmler, Mussolini, die über die modernen Ge-

⁴⁹ Mein Kampf, S. 44 f.

⁵⁰ Rauschnig, Gespr., S. 81.

⁵¹ Mein Kampf, S. 198 f.

⁵² Hermann Rauschnig: Die Revolution des Nihilismus. 2. Aufl., Zürich, New York 1939, S. 60.

⁵³ Mein Kampf, S. 371.

⁵⁴ Rauschnig, Gespr., S. 258.

walt- und Residuentheorien besser informiert waren⁵⁵, detaillierte Anregungen empfangen hat oder nicht, entscheidend ist, daß der Nihilist der Straße mit seinen Erfahrungen die Machiavellisten der Literatur in vielen Punkten bestätigt. Dies ist nicht weiter verwunderlich, es handelt sich um eine im europäischen Denken lange vorbereitete — ja selbst schon ins populäre Bewußtsein gedrungene — Reaktion auf gleiche Objekte und Daseinsprobleme.

Den Gedanken eines heldischen Mythos hat Hitler zuerst aus den Musikwerken und theoretischen Schriften Richard Wagners geschöpft. Aber in der bloß romantisierenden Form ist er nur einer „kulturbeflissenen“ Nebenlinie der Partei und einigen naiven Rosenberg-Jüngern erhalten geblieben. Wie Hitler die Visionen des bewunderten Bayreuther Meisters umdeutet, wird der Mythos als Instrument der Politik der große Auslöser revolutionärer und kriegerischer Kräfte. Er ist nicht nach den Gesichtspunkten „ästhetischer Gehobenheit“ gewählt, sondern allein wegen seiner fanatisierenden Wirkung im Hinblick auf die revolutionäre Dynamik, vor der „alle Erwägungen von Humanität oder Ästhetik in ein Nichts zusammenfallen“ und „jede Verpflichtung zur Schönheit“ aufhört⁵⁶. Die „Weltanschauung“ muß als revolutionärer Mythos das „Panier einer Kampfbewegung“ sein⁵⁷. Sie ist, wie bei Sorel, unwiderlegbar, weil glaubensmäßig visionär erfaßt, und schließt keine Kompromisse⁵⁸. Mythen werden der Masse nicht durch Versprechungen, sondern durch große „Bewegungsbilder“ nahegebracht, denn nie würden Menschen für wirtschaftliche Vorteile das Todesrisiko eingehen, sondern immer nur für gefühlsmäßig ansprechbare „Ideale“⁵⁹. Zu diesen gehört dann jeweils der schon von Sorel beschriebene Hintergrund furchtbarer teuflischer Mächte (Juden), von denen sich der dagegen ankämpfende Mythos um so strahlender abhebt. Alle Propaganda ist auf diesen national-revolutionären Mythos abgerichtet. In seinem Mittelpunkt steht als ein überströmendes Zentrum von Bewegungsenergie die Gestalt des „Führers“. Dieser lenkt die mythische Bewegungskraft des Volkes immer nur auf ein Ziel, denn „die Kunst aller wahrhaft großen Volksführer bestand zu allen Zeiten darin, die Aufmerksamkeit des Volkes nicht zu zersplittern“⁶⁰. Und immer wieder muß der Mythos in realen Zusammenstößen der Gewalt erhärtet werden, wie es Sorel postulierte, wozu schon im Frieden verfolgungswürdige Minderheiten dienen, ja er ist bei Hitler nur dazu geschaffen, ein möglichst großes Maß von Kampfeswillen mobil zu machen.

Mit Pareto teilt Hitler, wahrscheinlich ohne dessen theoretische Grundlagen präzise zu kennen, die Überzeugung von der überragenden Rolle des Elitenprinzips. Er geht aber auch mit ihm darin einig, die weltbewegenden sozialen Kräfte nicht in den Funktionen des Intellekts, sondern in dem unendlichen Reservoir triebhafter

⁵⁵ Rauschning: *Die Rev. des Nihil.*, S. 78.

⁵⁶ *Mein Kampf*, S. 184/195.

⁵⁷ A. a. O., S. 418.

⁵⁸ A. a. O., S. 507.

⁵⁹ A. a. O., S. 168.

⁶⁰ A. a. O., S. 129.

Instinkte zu sehen. „Die letzte Erkenntnis“, heißt es in Mein Kampf, „ist immer das Verstehen der Instinkursachen⁶¹.“ Daher warnt Hitler eindringlich vor dem „Irrsinn, zu glauben, daß der Mensch wirklich zum Herrn und Meister der Natur aufgerückt sei“. Die Masse aber ist für ihn „ein Stück Natur“⁶². Was heißt das also? Es bedeutet, daß man mit dem Menschen alles machen kann, wenn man nur seine grundlegenden Triebe und Gefühle nicht antastet; dasselbe hat auf eine etwas verklausulierte Weise Pareto gesagt, wenn er von der Flüchtigkeit der intellektuellen Derivationen und der Konstanz der triebhaften Residuen sprach. Diese konstanten Faktoren muß auch Hitler, wiewohl er sich einen größeren Spielraum zugesteht, achten. Der „Führer“ kann nur gleichsam eine „Generalsumme“ aus all den naturhaften Bedürfnissen ziehen, gegen deren Lebensprinzipien zu verstoßen er sich sehr hüten wird. Er ist ja kein Weltverbesserer oder Moralist⁶³, sondern ein Nutznießer aller dieser Triebkräfte. „Das Natürliche bleibt“, sagt er zu Rauschnig, „wir sind die letzten, die das bestreiten wollten. Aber wie wir diese natürlichen Triebe einordnen und befriedigen, das ist die eigentliche Frage“⁶⁴.

Genau so wie die Naturtriebe müssen die intensiven Kollektiverfahrungen respektiert werden, die sich tief in die Psyche der Massen eingepägt haben⁶⁵. Es gibt hier neurotische Stellen, die nicht berührt werden dürfen. Aber ebenso sehr liegen in diesen residualen Gefühlsverfestigungen die „alten Kraftquellen“, die Hitler zu nutzen gedenkt. Er wird deshalb der Masse keineswegs die kultischen und ritualen Ausdrucksformen verweigern, von deren Wichtigkeit (bei relativer Bedeutungslosigkeit des geistigen Inhalts) Pareto so groß denkt. „Die Erziehung durch Symbole und Riten“, läßt sich Hitler aus, „d. h. ohne den Verstand zu behelligen, sondern durch Befruchtung der Phantasie, durch magische Einwirkung von kultischen Symbolen: das ist das Gefährliche und Große und von mir Übernommene“⁶⁶.

Ein vornehmliches Bemühen der Machiavellisten war es immer gewesen, den geschichtlichen Schleier der Dinge wegzureißen und unter allem historisch Gliederten, von einer dichten Schicht von Auslegungen, Ideologien und Derivationen verdeckt, die ewig gleichbleibende „Natur“ des Menschen bloßzulegen. Eine solche Durchbrechung der Geschichtlichkeit geschieht schon teilweise in Hit-

⁶¹ Mein Kampf, S. 267. – Im Hintergrund dieser grundlegenden Positionen steht natürlich – im deutschen Bereich – als eigentlicher Anreger immer Nietzsche. Wir führen nur deshalb den Vergleich zu Sorel und Pareto, weil diese sich ausführlicher auf die konkreten politischen Konsequenzen dieser Gedanken eingelassen haben.

⁶² Mein Kampf, S. 371.

⁶³ „Ich sehe es nicht als Aufgabe eines politischen Führers an, das ihm zur Verfügung stehende Menschenmaterial zu bessern . . .“ (Hitler im „Völkischen Beobachter“ am 25. 2. 1925.)

⁶⁴ Rauschnig, Gespr., S. 176.

⁶⁵ S. etwa a. a. O., S. 197: „Eine einmal von der Masse intensiv erlebte Erfahrung . . . wird niemals mehr aus ihrer Blutbahn herauskommen.“ Sie hat „die Zähigkeit und Unausrottbarkeit von natürlichen Eigenschaften“.

⁶⁶ A. a. O., S. 226 f.

lers Massenlehre. Die Masse ist gerade das elementar Ungeschichtliche, in seinen Instinkten immer Gleichbleibende, sie ist, wie Hitler drastisch sagt, „ein Tier“⁶⁷. Schon ihr Zustandekommen setzt eine wenigstens zeitweise (psychologische) Aufhebung der geschichtlichen Lebenseinfügung voraus; in der Masse fließt alles zusammen. Geschichte spielt bei dieser Massentechnik wohl eine große Rolle, aber nur äußerlich. Denn abgesehen davon, daß sie nicht in ihrem wirklichen Gehalt geboten wird, sondern nur insoweit, als sie sich zu einem politischen Mythos ausbeuten läßt, „bedeutet geschichtliches Denken und Handeln nicht, irgendwelche vergangenen Gehalte pathetisch zu erleben, sondern sich in einen geschichtlichen Strom hineingestellt zu wissen, in einen Strom, der eine bestimmte, artikulierte Struktur hat“⁶⁸. Das Positive der Geschichte, der geistige Zusammenhang, den der Mensch dem rauhen Weltstoff abgetrotzt hat und der als Würde seiner selbst und seiner Institutionen Grund und Anspruch geschichtlichen Handelns ist, kann von dieser Massentechnik gerade nicht vermittelt werden, da man ihm nicht durch Ekstase, sondern nur durch ein Ethos gerecht werden kann.

Was aber als „Wirklichkeit der Natur“ in allem bisherigen Machiavellismus und in den bisher geschilderten Massenphänomenen nur unbestimmt und fluktuierend erfaßt werden konnte, das glaubt der „Übermachiavellist“ und „geniale Vereinfacher“ Hitler in seiner Rassenlehre geradezu körperlich greifen zu können. Will Hitler einen politischen Vergleich besonders anschaulich machen, so greift er unfehlbar auf ein Beispiel aus der biologischen Sphäre zurück. Es steckt der ganze kriegerisch ausgedeutete Sozial-Darwinismus der Jahrhundertwende in diesen Redensarten vom „Herrenrecht des Stärkeren“⁶⁹, von dem „natürlichen Instinkt“, der jedem Lebewesen gebietet, „seinen Feind nicht bloß zu besiegen, sondern zu vernichten“⁷⁰, von den „Bazillen, die in die Blutbahn des Gegners zu bringen sind“, usf. Beispiele des Verhaltens von Tierrudeln, vorzugsweise von Affenhorden, werden von Hitler mit Vorliebe auf menschliche Verhältnisse übertragen⁷¹. Der tierische Bios dient dann auch jeweils zur Rechtfertigung aller Taten. Denn „die Natur ist grausam, darum dürfen wir es auch sein“⁷². Aber es ist gar nicht die Grausamkeit der Natur, die hier geübt wird. Wenn der Mensch glaubt, sich die sogenannten Lebensgesetze der außermenschlichen Natur aufzwingen zu müssen, so kommt immer etwas zustande, was sich viel schlimmer auswirkt als die natürliche Freßlust der animalischen Welt, nämlich künstliche Grausamkeit. Man sieht dies am deutlichsten an Hitler selber. Er wird von allen, die ihm nahe waren und denen ein Urteil zuzutrauen ist, als ein betont sensibler, rührseliger, ja weibischer Charakter geschildert. Unter dem neurotischen Zwang, grausam wie die Natur sein zu müssen, um nicht als Schwächling zu gelten, ringt er sich Ent-

⁶⁷ A. a. O., S. 197.

⁶⁸ Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*, S. 102.

⁶⁹ *Mein Kampf*, S. 147.

⁷⁰ Rauschnig, *Gespr.*, S. 150.

⁷¹ S. z. B. „Tischgespräche“, S. 71 und 284.

⁷² Rauschnig, *Gespr.*, S. 129.

schlüsse ab, die schlechthin pathologisch anmuten. Wie er allmählich dazu überging, seine berühmten Erregungszustände nach einer bewußt trainierten Methode in sich hochzusteigern, bevor er sie dann plötzlich auf die Umwelt entlud, so ist diese Grausamkeit Stück für Stück gegen seine eigentliche „Natur“ verwirklicht und gerade deshalb so pervers. Die naive Brutalität eines Göring erscheint dagegen immer noch vergleichsweise harmlos.

Hitler weiß im übrigen, daß es einen präzisen wissenschaftlichen Sinn des Begriffs „Rasse“ nicht gibt⁷³. Aber er ist ihm gut dafür, die angedeuteten biologischen Kräfte zu bezeichnen und für sich zu entfesseln. Er braucht „als Politiker einen Begriff, der es erlaubt, die bisher auf geschichtlichen Zusammenhängen beruhende Ordnung aufzulösen und eine ganz neue antihistorische Ordnung zu erzwingen und gedanklich zu unterstützen“. „Denn“, so folgert Hitler nach Rauschnings Formulierung weiter: „Ich muß die Welt von ihrer historischen Vergangenheit befreien. Die Nationen sind die manifesten Formen unserer Geschichte. Also muß ich diese Nationen in eine höhere Ordnung umschmelzen, wenn ich den Wust einer absurden geschichtlichen Vergangenheit abstreifen will. Und dafür ist mir der Rassebegriff gut. Er löst das Alte auf und gibt die Möglichkeit neuer Bindungen. Mit dem Begriff der Nation hat Frankreich seine große Revolution über seine Grenzen geführt. Mit dem Begriff der Rasse wird der Nationalsozialismus seine Revolution bis zur Neuordnung der Welt durchführen. Wie schon der Begriff der Nation etwas Revolutionäres war gegenüber diesen dynastisch-historischen Feudalstaaten, wie er einen biologischen Begriff, das Volk, einführte, so ist unsere Revolution ein weiterer Schritt oder vielmehr der endgültige Schritt zur Überwindung des Historismus und zur Anerkennung rein biologischer Werte⁷⁴.“

Mit diesem Wissen um die Biologie der Macht vermeint Hitler den Machiavellismus erst richtig zu vollenden und ihm den krönenden Abschluß zu geben. Er sagt geradezu, daß „erst wir, die wir die biologischen Grundlagen der Politik kennen, imstande sind (aus Machiavelli), die wirklichen Konsequenzen zu ziehen“⁷⁵. Der Mann, der sich selbst mitunter den „größten Schüler Machiavellis“ nannte, und den Principe „eine Zeitlang ständig auf seinem Nachttisch liegen hatte“, meint, dieses Buch sei „schlechthin unentbehrlich für jeden Politiker“⁷⁶. Es habe eine „reinigende und befreiende Wirkung sondergleichen“ auf ihn ausgeübt und ihm viele „schiefe, sentimentale Vorstellungen weggeräumt“. Aber auch die leichteren und amüsanteren Lehrstücke des Florentiners finden sein Gefallen. Er habe sich nach diesem berühmten Vorbild „geradezu mit einer Lehre von den menschlichen Schwächen beschäftigt“. Es sei über-

⁷³ Hitlers Rasseauffassungen schwankten. Er spricht statt von „Aufnorden“ gelegentlich sogar von der Notwendigkeit des „Aufsüdens“. (Tischgespräche, S. 312.) Auch ob man dem Aussehen oder der Lebensbewahrung das größere Gewicht geben soll, war für ihn nicht ausgemacht (a. a. O., S. 200).

⁷⁴ Rauschning, Gespr., S. 219.

⁷⁵ A. a. O., S. 255 f.

⁷⁶ A. a. O., S. 248 ff.

haupt besser, hierauf zu spekulieren, als auf die Tugenden. So sei es ihm wichtiger geworden, etwas über diese oder jene Schwäche eines ausländischen Politikers, über seine Hobbies, die bevorzugten Frauentypen, etwaige perverse oder homosexuelle Neigungen, über Möglichkeiten der Erpressung oder Korruption usw. zu erfahren, als die langweiligen Berichte zu lesen, die ihm das Auswärtige Amt sende. Er trage sich mit der Absicht, seinen eigenen Apparat aufzuziehen, der diese Faktoren berücksichtigen würde, denn mit den alten Onkels sei doch nichts mehr anzufangen. Sie hätten nur großen Dünkel, getrauten sich aber an die richtigen Sachen gar nicht heran. „Ein tüchtiger Botschafter“, meint Hitler, „muß Vergnügungsdirektor sein können; er muß jedenfalls kuppeln und fälschen können. Was er am wenigsten sein sollte, ist korrekter Beamter!“⁷⁷ Es komme nach seiner bekannten Methode darauf an, den Feind schon vor dem eigentlichen Angriff so zu bearbeiten, daß er eine leichte und rasche Beute abgibt. Das könne durch eine „planmäßige Korruption der Besitzenden und Herrschenden“ geschehen. „Wirtschaftliche Vorteile, Liebesgenuß und Ehrgeiz, d. h. Machtwille“ seien die „drei Hauptregister“, die in diesem Spiel gezogen würden. Allerdings dürfe ein solcher Versuch nicht „mit unzulänglichen Mitteln“ unternommen werden, sondern systematisch bei allen auswärtigen Mächten, bei denen er überall Ehrgeizlinge finden würde, die ihm zur Verfügung ständen. Aus diesen spielerisch vorgetragenen Gedanken hat sich später jene Revolutionierungsmethode entwickelt, die in der Welt, allerdings oft übertrieben, als Taktik der fünften Kolonne bekannt wurde. Diese mit den Auslandsgruppen der NSDAP verflochtenen „Quisling“-Organisationen haben manches erreicht, jedoch lange nicht das, was Hitler von ihnen erwartete. Er war, in seiner bekannten Auffassung von der morbiden Schwäche der westlichen Welt, der Meinung, daß diese ihm keine Fouchés mehr entgegensustellen hätte. Zwar sah er ganz deutlich, daß eine solche machiavellistische Politik nur Chancen hat, solange sie die Gegenseite nicht durchschaut, glaubte aber, einen entscheidenden „Vorsprung“ zu haben: „Meine große politische Chance ist, daß ich mit dem Machtkampf in einer Zeit Ernst mache, die sich noch Illusionen darüber macht, von welchen Kräften die Geschichte gestaltet wird“⁷⁸.

Man sieht sofort den grundlegenden Unterschied dieser revolutionären Praxis zu allem Herkömmlichen. Die klassische Revolution, voran das Schulbeispiel der Französischen, galt als eine spontane Erhebung weiter Volkskreise, genährt durch soziale Unzufriedenheit und ausgelöst durch die Fanale aufreizender Ereignisse. Sie hatte ganz das Gärrende, im Entstehen noch nicht voll Durchschaute eines „natürlichen“ Prozesses, dessen eruptives Zutagetreten für alle Beteiligten noch durchaus das Moment der Überraschung einschloß und der nachträglichen kausalen Erforschung beträchtliche Schwierigkeiten bereitete. Die moderne Revolution, wie sie sich allmählich aus den theoretischen Konzeptionen und praktischen Erfahrungen der Marxisten, Blanquisten und anderer Sozialrevolutionäre ent-

⁷⁷ A. a. O., S. 251 f. Über die „Wirklichkeitsfremdheit“ der Diplomatie alten Stils s. auch „Tischgespräche“, S. 60 und 86.

⁷⁸ Rauschning, Gespr., S. 253.

wickelte und im 20. Jahrhundert voll ausgebildet wurde, hat ein ganz anderes Gesicht. Sie ist ein Kunstprodukt im höchsten Sinn, der Tendenz nach bis ins Detail organisiert, geplant und provoziert. Es ist für dieses spätere Stadium revolutionärer Machttechnik bezeichnend, daß sie nicht mehr als ephemeres Akzidens der Idee empfunden wird, sondern ein eigenes Schwergewicht erlangt. Was sich in der klassischen Revolution als jakobinischer Terror gleichsam nur unversehens ergab, was selbst zu Beginn der russischen Revolution noch als „Geburtswehen“ aufgefaßt werden konnte, wird jetzt — ebenso wie Presselenkung, Zentralismus, Sicherheitsausschuß, Staatskult und Uniformität der gesinnungstreuen Mode (Sansculottes) — zum bewußt und systematisch ausgebauten Requisit der revolutionären Macht. Es herrscht zwischen diesen revolutionären Eliten über die ideologischen Klüfte hinweg ein technisches Verständnis des Anerkennens und Übernehmens. Denn nicht nur Faschismus und Nationalsozialismus kopierten bis in die Einzelheiten des Organisationsaufbaus, der Aktionsformen und der Trachten hinein das sozialistische und bolschewistische Vorbild, sondern der Kommunismus eignete sich umgekehrt auch wieder die Erfahrungen an, die der Nationalsozialismus mit den totalitären Verwendungsmöglichkeiten des nationalen Mythos gemacht hatte.

Am stärksten ist der revolutionäre Impuls natürlich dort auf die mit Fleiß „erarbeitete Technik“⁷⁹ reduziert, wo sein einziger Sinn (wie im Faschismus-Nationalsozialismus) darin bestand, einer neuen „Elite“ zur Macht zu verhelfen. Aber es wäre dennoch falsch, hierin nur eine Usurpation sehen zu wollen, da diese Elitenvorstellung durchaus nicht nur einen bestimmten Personenkreis, sondern ebenso sehr die Durchsetzung eines neuen Menschentyps meinte und damit Revolutionsabsichten verband, die an dem vordergründigen Geschehen nicht ohne weiteres abgelesen werden konnten.

Diese wachsende Verschleierung ist ein weiteres wichtiges Kennzeichen in dem Gestaltwandel der Revolution. Nicht nur, daß die revolutionäre Gewalt ihr furchtbarstes Werkzeug in geheimen, allgegenwärtigen Terrorapparaturen findet (während in der Französischen Revolution die Guillotine noch auf öffentlichen Plätzen stand): die Revolution selber tritt immer mehr in ein Medium der Undurchsichtigkeit. Noch 1917 trifft dies fast nur auf die vorrevolutionäre Taktik zu, nach vollzogenem Putsch aber wird der revolutionäre Elan auf das ganze Volk übertragen, und alle Welt weiß, woran sie ist. Beim faschistischen Staatsstreich wußte dagegen niemand recht, was geschehen war. Viele fragten sich, ob denn überhaupt eine echte Revolution stattgefunden habe, da doch, abgesehen von dem Regierungswechsel und einigen öffentlichen Aufmärschen, alles beim alten geblieben sei. Man hatte die Paretoschen Ratschläge befolgt und unter dem Schleier der alten Institutionen, einschließlich des Königtums, operiert. Der Nationalsozialismus brachte diese Art von Revolution, die nicht nur vor dem Umsturz, sondern auch nach der Machtergreifung bewußt undurchsichtig ist, zur Vollendung. Er führte die „kom-

⁷⁹ Rauschnig, *Gespr.*, S. 197.

binierte Revolution“ ein, die sich von innen in den Staat hineinfrißt. Die äußere Fassade bleibt je nach Bedarf erhalten, während man unter dieser Camouflage in langwieriger Umwandlung systematisch Veränderungen vorantreibt, die den kurzen revolutionären Akt an Ausmaß weit übertreffen können. Die Revolution ist gleichsam in mehrere Teile zerlegt. Man nimmt ungefährliche Parteien in die Kampf- oder Regierungskoalition mit auf und schaltet sie erst aus, wenn man fest in der Macht sitzt. Auch dann schließt man die Revolution nur äußerlich ab und verlegt sie ins Innere⁸⁰. Hitler hat diese Taktik gegen das Temperament des Revoluzzers Röhm durchgesetzt, von dem er sonst in diesen Dingen sehr viel gelernt hat, und dürfte mit dieser Methodik in der Tat besser gefahren sein. Sie findet heute in der „Blockpolitik“ der „Volksdemokratien“ lebhaftere Nachahmer. Überhaupt ist die Sache des kommunistischen Proletariats, die doch die offenbarste und gemeinverständlichste sein sollte, in ihrer wahren Kampfstrategie heute der undurchsichtigste Faktor der Politik geworden.

Die neue Elite, die nun der Nationalsozialismus mit seiner vermummten Revolution Zug um Zug inthronisieren wollte, ist die denkbar voraussetzungsloseste. Sie ist ganz im neutralen Sinne Paretos eine Gruppe unbefriedigter, aber willensstarker Menschen, die „vor Begier nach der Macht fiebern“⁸¹. Das Ausleseprinzip ist dabei äußerst einfach. Es besteht darin, daß man diese Menschen sammelt und den Robustesten unter ihnen den Vorrang gibt⁸². Dazu muß die Partei so aufgezo-gen werden, daß sie die „Gleichgültigen und gar an der Erhaltung des heutigen Zustandes Interessierten“ von vornherein abschreckt und zum „Signal des Zusammenfindens wirklicher Kampfnaturen“ wird⁸³. Hitler ist fest davon überzeugt, daß ihm diese Auslese von Saalschlachthelden und Sadisten eine überlegene dynamische Elite zugeführt hat und daß „diese wenigen Prozente“ mit gutem Recht „zu Herren der gesamten Zahl emporgestiegen“ sind⁸⁴: „Die Auslese der neuen Führerschicht ist mein Kampf um die Macht. Wer sich zu mir bekennt, ist berufen, eben durch dieses Bekenntnis und die Art, wie er sich bekennt. Das ist die große umwälzende Bedeutung unseres langen, zähen Kampfes um die Macht, daß in ihm eine neue Herrschicht geboren wird, berufen, nicht bloß die Geschichte des deutschen Volkes, sondern der Welt zu lenken“⁸⁵. Diese Menschen werden durch „Disziplin“ zusammengehalten und „nicht so sehr durch das einzelne Ziel, den einzelnen Programmpunkt“⁸⁶. Später kommt auch noch der Krieg als Auslesefaktor hinzu, in dem „wie von einem Magnet . . . die Besten — gleichsam das metallische, eisenhaltige Menschentum — aus den germanischen Völ-

⁸⁰ Rauschning, *Gespr.*, S. 165.

⁸¹ Rauschning, *Gespr.*, S. 254.

⁸² Gute Einzelanalysen über die Herkunft der höheren SS-Führer gibt Eugen Kogon in seinem SS-„Staat“. — Vgl. auch K. O. Paetel: *Die SS, Ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus*, II (1954)/1 dieser Zeitschrift.

⁸³ *Mein Kampf*, S. 441.

⁸⁴ A. a. O.

⁸⁵ Rauschning, *Gespr.*, S. 45.

⁸⁶ „Tischgespräche“, S. 122.

kern . . . herausgezogen werden“ sollten⁸⁷. Wie es Mussolini ausdrückt, scheiden auch hier Temperamente mehr als Ideen. Leute, die „von Patriotismus nicht bloß reden, sondern ihn zum einzigen Motiv ihres Handelns machen“, erscheinen Hitler geradezu „suspekt“.⁸⁸ Mit solchen Idealisten könne er seine Politik nicht durchführen. Er braucht vielmehr Menschen, die gleich ihm „in der Gewalt den Motor der Geschichte sehen und daraus die Konsequenzen ziehen“. Moralische Unkorrektheiten — solange sie nicht gegen die Bewegung gerichtet sind — schaden gar nichts, sie fesseln den Betreffenden nur noch enger an die Partei. „Ich sehe meinen Leuten nicht auf die Finger“, erklärt Hitler seinen Tischgenossen, „macht was Ihr wollt, aber laßt Euch nicht erwischen“⁸⁹. Sie dürfen „mit gutem Gewissen tun, was andere mit bösem tun“. Diese Landsknechtsnaturen, die „Deutschland groß machen“, haben auch ein „Recht, an sich zu denken“.

Allerdings muß diese Elite immer wieder gesiebt werden. Die ganze große Mitglieder­masse der angeschwollenen Parteiorganisationen kann unmöglich noch Elite sein. Sie wird den künftigen Mittelstand abgeben, aber nicht das Führungswissen teilen. Die „Gedanken des einfachen Parteigenossen“ durften natürlich nicht mit dem „beschwert“ werden, was in den obersten Regionen vorging und geplant wurde⁹⁰. Wer unter den Anhängern das Parteiprogramm „wörtlich verstand und nicht als einen großen Prospekt im Hintergrund unserer Bühne“, der mochte „bei den einfältigen Seelen bleiben“⁹¹.

Propaganda und Apparat, die alte machiavellistische Zweiheit von „Täuschung und Gewalt“, waren die Regierungsmittel dieser Elite. Mit der Propaganda werden die Massen eingefangen, mit dem Apparat festgehalten und kontrolliert. Der Apparat hatte schon vor der Machtergreifung dazu gedient, die Anhänger dem Willen der Zentrale zu unterwerfen. Nach dem Sieg gibt es innenpolitisch dem ganzen Volk gegenüber nur noch diese Funktion. Den Spezialeinheiten, die eigens für den möglichen Staatsstreich ausgebildet waren, wird volle Kehrtwendung befohlen und ein „Abwehr- und Sicherheitsdienst“ aus ihnen gebildet: In publico erfassen die großen Massenorganisationen jede Seite des Lebens. Sie haben einen ausgesprochenen horror vacui. Durch diese Verlängerung der geheimen Befehlsstränge bis in das System der Block- und Hauswarte hinein scheint das Netz, das die Führung dem Volke übergeworfen hat, in seiner Engmaschigkeit nahezu undurchbrechbar. Hitler hat einmal lachend den Vorschlag zurückgewiesen, die Großindustrie zu sozialisieren: „Was soll ich mich mit all diesen halben Aushilfen noch abgeben, wenn ich viel Wesentlicheres in den Händen habe: den Menschen selbst nämlich. Die Masse hält sich immer an Äußerlichkeiten“; „was haben wir das nötig: Sozialisierung der Banken und Fabriken. Wir sozialisieren die Men-

⁸⁷ Rauschnig, *Gespr.*, S. 188.

⁸⁸ Rauschnig, *Gespr.*, S. 256.

⁸⁹ A. a. O., S. 89.

⁹⁰ A. a. O., S. 46.

⁹¹ A. a. O., S. 176.

schen . . . Dann erst kommt es zu einer neuen Ordnung, für die alle bisherigen Begriffe unzureichend sind“⁹².

Es ist an alledem trotz der romantischen Aura, auf die man um der Menschen willen Wert legte, nur wenig von Romantik im eigentlichen Sinne. Der Nationalsozialismus wußte wohl, was er tat, als er seine Feiern gestaltete, seine Bauten errichtete und einen Sozialismus für das Auge aufführte, indem er die Bettler und — solange es vor dem Kriege ging — alles unschöne Leid von der Straße verbannte und die Außenfronten seiner KZs blitzsauber hielt. Machtzweck und Erfolg waren auch hier „die einzigen irdischen Richter“⁹³. Hitler hat mehr als einmal im internen Kreise Vorstellungen als zu „romantisch“ abgelehnt⁹⁴. Die Männer seiner Bewegung waren durchaus nicht vergangenheitstrunken, sie wollten die Gegenwart beherrschen. Wie hätte etwa ein echter Romantiker über einen „Blut- und-Boden-Mythos“ gedacht, der von einer Organisation propagiert wurde, die sich zu Beginn bezeichnenderweise „Agrarpolitischer Apparat“ nannte?

Daß aber dieser romantische Vordergrundzauber von den entscheidenden Leuten des Regimes, Hitler voran, nicht sehr ernst genommen wurde und immer den Machtzwecken untergeordnet blieb, schließt nicht aus, daß diese Nihilisten der Macht, was ihre letzten Ideen, Weltvorstellungen und Zukunftserwartungen angeht, eine Wirrköpfigkeit an den Tag legten, gegen die ein gewöhnlicher Romantizismus vergleichsweise noch sehr realistisch anmuten würde. Kein Machiavellismus ist gegen solche Umschläge in die Magie gefeit. Als Kunstlehre von der Entfesselung und Lenkung sozialer Kräfte hat er kein Ziel in sich selber, sondern ist für jedes dunkle Wollen verfügbar, das ihn zu nutzen versteht. Vielleicht kann der Nihilismus machiavellistischer Prägung in seiner vollen Konsequenz gar nicht gelebt werden. Man kann ihn vielleicht in der Paretoschen Studierstube ertragen, aber nicht in den Entscheidungsstunden der Politik, wo sich immer wieder herausstellt, daß das reine Kalkül doch nicht alles erfaßt, daß die Einbeziehung aller machiavellistischen Weisheit doch nicht von dem Sprung in das große Unbekannte befreit. Gerade weil der radikale Machiavellist kein Vertrauen besitzt, weder in ein Transzendentes, noch in eine Geschichtsfügung, einen Fortschritt oder ein Gutes im Menschen, sondern sich allein an den empirischen Gesetzmäßigkeiten des sozialen Kampfes orientiert, ereignet sich beim Scheitern oder Fraglichwerden seiner Berechnungen immer wieder jener dunkle Sprung in das Reich der Ahnungen, der dämonischen Kräfte, die so oder so zu handeln befehlen. Machiavelli selbst, der Vorurteilslose par excellence, war nicht frei davon. Während man in allen seinen Büchern außer irgendwelchen dunklen Vorstellungen von Kräften der Notwendigkeit u. dgl. kein Gran eines Glaubens feststellen kann, mißt er den außerordentlichen Erscheinungen, den wunderbaren Vorzeichen, den Prophetien und Wahrsagereien eine schicksalsträchtige Bedeutung bei⁹⁵.

⁹² A. a. O., S. 180 f. Sperrung vom Verfasser.

⁹³ *Mein Kampf*, S. 377.

⁹⁴ Rauschning, *Gespr.*, S. 187.

⁹⁵ Vgl. *Discorsi* I, 56.

Hitler steht ganz im Banne solcher magisch anmutender Intuitionen, sie haben auf den Gang seiner Politik großen Einfluß ausgeübt, mögen es nun jene weitverbreiteten mystischen Vorstellungen über die geschichtliche Stunde des Deutschtums gewesen sein oder ganz persönliche Gefühle des Getragenwerdens von dämonischen Kräften, der „Vorsehung“, wie er es nennt, die im wesentlichen aber mit dem „Naturgesetz“ identisch ist, das ihn als den Stärksten auserwählt hat. Aber selbst, wo er glaubt, die Dinge mit offenen Augen als Machiavellist zu sehen, gerät er gar leicht in neblige Gefilde. Ein typisches Beispiel und für die besondere Ausprägung seines Machiavellismus von allergrößter Bedeutung ist seine Haltung in der Judenfrage.

Hitlers Ansichten zu diesem Problem sind auf dem Boden seiner Wiener Erfahrungen gewachsen. Es braucht auf die besondere Lage, die er dort antraf, hier nicht eingegangen zu werden. Er findet, durch die damals in Österreich in Schwung befindliche antisemitische Presse darauf hingewiesen, daß Juden, die ihm durch besondere Beweglichkeit und Betriebsamkeit auffallen, in größerer Zahl in den sozialistischen Redaktionen und Parteiausschüssen, aber auch bei den bürgerlichen Blättern eine Rolle spielen. Die Technik der machiavellistischen Reduktion beherrscht er schon gut genug, um hinter der „Sprache des jüdischen Volkes“, „das redet, um die Gedanken zu verbergen oder mindestens zu verschleiern“⁹⁶, etwas ganz Unerhörtes, Geheimnisvolles zu entdecken: Es muß eine unsichtbare, höchst raffiniert arbeitende und sich durch verschiedene Parteimäntelchen tarnende jüdische Internationale existieren, die die Welt wie ein Spinnennetz umspannt. Dies hat nun Hitler, im Gegensatz zu vielem anderen, was er in die Welt schrie, auch in seinen späteren Jahren wirklich geglaubt, ohne mit dieser fixen Idee die Nachfolge aller maßgeblichen Parteigenossen zu finden⁹⁷. Juden kämpfen also sowohl auf marxistischer wie auf kapitalistischer Seite, sie inszenieren einen Scheinkampf, um die arische Menschheit desto sicherer unterjochen zu können. Was macht Hitler aber mit diesem übermachiavellistischen Scheingebilde? Er kopiert den imaginären Feind, wie er alle seine Gegner kopiert.

Da gehen ihm die berühmten „Protokolle der Weisen von Zion“ zur Hand, in denen er die „Geheimlehren“ seiner großen Gegenspieler, zu denen er die Juden emporsteigert, am eindringlichsten zusammengefaßt findet. Es bleibt unerfindlich, ob seine „Weltideen“ über die Judenfrage ohne dieses Pamphlet überhaupt in jener überspannten Art zustandegekommen wären. Jedenfalls findet er hierdurch höchste Bestätigung; dieses Büchlein deckt „mit geradezu grauenerregender Sicherheit das Wesen und die Tätigkeit des Judentums“ auf⁹⁸. In „Mein Kampf“ vertritt er daher die unbedingte Echtheit der Protokolle, und später äußert er gesprächsweise, daß zumindest die „innere Wahrheit“ für ihn überzeugend sei⁹⁹. Auf die erstaunte Frage, ob er sich denn wirklich von den Protokollen für seinen

⁹⁶ Mein Kampf, S. 68.

⁹⁷ Für manche war der Antisemitismus nur „Schule der Härte“ und revolutionäres Training.

⁹⁸ Mein Kampf, S. 337.

⁹⁹ Rauschnig, Gespr., S. 220 ff. Auch zum folgenden (Sperrung vom Verfasser).

Kampf habe anregen lassen, erwidert er: „Bis in das Detail hinein, jawohl. Ich habe aus diesen Protokollen enorm gelernt . . . : Die politische Intrige, die Technik, die Konzentration, die revolutionäre Zersetzung, die Verschleierung und Irreführung, die Organisation. Ist es nicht genug?“ Vor allem aber: „Diese gefährliche Verborgenheit des Feindes, seine Allgegenwärtigkeit! Ich erkannte sofort, daß wir dies nachbilden müßten, auf unsere Weise natürlich. Denken Sie diese ewig beweglichen Menschen und wir mit unserem neuen Glauben an die ewige Bewegung, wie so verwandt, und im anderen völlig verschieden. Es gilt wahrhaftig den Entscheidungskampf über das Schicksal der Welt . . . Wir müssen den Juden mit seinen Waffen schlagen. Das stand für mich sofort fest, als ich das Buch gelesen hatte.“

Der Imagination eines jüdischen Welt-Machiavellismus verdankt also Hitler entscheidende Konzeptionen seiner überspannten Politik! Nach diesem Schein-Vorbild will er mit seinen Propagandamitteln die Welt beherrschen, seine Absichten im Verborgenen lassen, Unruhen entfesseln, um selber wieder als Ordnungsstifter auftreten zu können, mit seinen Machtmitteln allgegenwärtig sein, einen biologischen Krieg bis zur Vernichtung führen; denn auch sein Rassismus ist in entscheidenden Punkten ein Widerspiel des jüdischen Gegenbildes. Die Juden sind die einzige reine Rasse in der Welt; sie haben eine Geheimreligion, um diese zu erhalten. Hitler will auch hier das deutsche Volk an die Stelle des jüdischen setzen: „Wir sind das Volk Gottes. Besagt das nicht alles? . . . Es kann nicht zwei auserwählte Völker geben“¹⁰⁰.

Was stellen die Protokolle nun tatsächlich dar? Wie endgültig und verlässlich erwiesen ist, sind ihre wirksamsten Stellen (über 50 Seiten) wörtliche Abschrift aus einem nahezu verschollenen Buch von Maurice Joly, „Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la politique de Machiavel au XIXe siècle. Par un contemporain“¹⁰¹. Dieses interessante und geistsprühende Werk behandelt mit dem Blick auf das Zweite Kaiserreich die Möglichkeiten eines Machiavellismus im 19. Jahrhundert und gipfelt von seiten des Gesprächspartners Machiavelli in der Behauptung, daß es unter den neuzeitlichen Verhältnissen in jedem freien Lande möglich sei, durch Ausnützung des modernen Regierungsapparats und der Kontrolle der Meinungsbildung innerhalb von 20 Jahren eine absolute Diktatur zu errichten. Gegen das, was sich in der Neuzeit an Möglichkeiten eröffne, sei der Machiavellismus der Renaissance geradezu ein Kinderspiel gewesen. Der Gesprächspartner Montesquieu hat zwar die Ethik und die Sympathie des Verfassers auf seiner Seite, spielt aber eine resignierende Rolle. Von seinen Ausführungen ist natürlich nichts in die Protokolle übernommen worden. Hitler ist also trotz aller Umwege auch hier beim richtigen Mann zur Schule gegangen.

In dieser Sphäre seiner Welt- und mehr noch seiner Zukunftsvorstellung ist der „amoralische Visionär“ Hitler wirklich nur als ein über die Jahrhunderte gesetzter

¹⁰⁰ Rauschnig, Gespr., S. 227.

¹⁰¹ Deutsch: Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu oder der Machiavellismus im XIX. Jahrhundert. Hrsg. von Hans Leisegang, Hamburg 1948.

Prophet zu begreifen, einer seltsamen Lehre allerdings, deren eigentliches Kernwissen, wie unter der Herrschaft des Dostojewskijschen Großinquisitors, Nihilismus ist. Mussolini hatte von der Nietzscheschen Umwertung innerlich Kenntnis genommen und seine vorurteilslose Politik danach eingerichtet. Hitler will aber, handgreiflich wie er ist, die soziale Welt danach umbauen. Dies geschieht durch eine bisher nicht gekannte Ausweitung des Machiavellismus zu einer biologischen Totalplanung. Denn Hitler möchte nicht nur ein geschickter Nutznießer der gegenwärtigen menschlichen Triebwelt sein, sondern steigert sich in traumhaften Visionen zum Herrn über das künftige Leben empor¹⁰². Er sieht sich am geschichtlichen Wendepunkt stehend, wo der Führende deutlich die Rolle Gottes übernimmt und selber über die physische Zukunft des homo sapiens entscheidet, indem er den „Willen zur neuen Menschenschöpfung“ erweist¹⁰³. Die „vor der Geschichte Verantwortlichen wüchsen immer sichtbarer in die Rolle des Schicksals und einer die irdischen Grenzen schon fast überschreitenden Allmacht hinein. Sie selbst, an der vordersten Spitze der Geschichte, hätten daher, gleichsam wie Götter, ungerührt von den Begriffen der Masse zu sein“¹⁰⁴. „Der Mensch wird Gott, das ist der einfache Sinn“¹⁰⁵.

Das ist nicht nur persönliche Hybris, es kommt darin vielmehr, allerdings in ganz unerhörter individueller Zuspitzung, die Konsequenz einer modernen Geistesrichtung zum Durchbruch. Marx und Nietzsche hatten aus der Auffassung „Gott ist tot“ abgeleitet, daß der Mensch nunmehr seine ökonomische und geistige Existenz selber zu planen habe. Hitler, der wie stets als „genialer Vereinfacher“ die radikalsten Schlußfolgerungen zieht, will sich in seiner totalitären Machtvollkommenheit sofort daranmachen, den Menschen physisch umzubauen. Er will es in einer Weise tun, die ein machiavellistisches Millennium herbeiführt.

Der Machiavellismus lebte stets von einer, wenn auch nicht fixierten Scheidung der Gesellschaft in solche, die täuschen und in solche, die sich täuschen lassen. Aber seine Bemühungen waren immer nur provisorisch. Die Gegenseite konnte der Täuschung gewahr werden und der Gewalt eine Gegengewalt entgegensetzen. Es war ein ständiges Wechselspiel, und in dieser Wechselseitigkeit von List und Überlist lag ein Lebenselement des Machiavellismus. Mit diesem Machiavellismus der freien Konkurrenz und seinen liberalistischen Vorurteilen, die wir alle noch unbewußt „auf unserem Buckel herumschleppen“¹⁰⁶, will Hitler Schluß machen.

¹⁰² Diese Feststellung steht in einer gewissen Spannung zu der früher berührten Ansicht, wonach der Führer immer der Sklave des nun einmal Gegebenen bleibe. Die Erklärung liegt in dem Gedanken einer langfristigen Planung, die es sich zutraut, darwinistisch-bewußt in den Entwicklungsprozeß des Natürlichen selbst einzugreifen. Der klassische Machiavellismus spielte nur mit ausgeteilten Karten, das biologische Planungsdenken aber möchte die Karten selbst mitmischen.

¹⁰³ Rauschnig, *Gespr.*, S. 252.

¹⁰⁴ A. a. O., S. 257.

¹⁰⁵ A. a. O., S. 232.

¹⁰⁶ Rauschnig, *Gespr.*, S. 41.

Sein zu erobertes Weltimperium wird ihm die Chance geben, den Machiavellismus rassistisch zu monopolisieren für den „nordischen“ Menschentyp, der sich schon immer durch das „imperiale Denken und das eiskalte Konstruktionsvermögen auszeichnete“¹⁰⁷. Hierzu bedarf es der „Verewigung“ der Klassenscheidung, und Hitlers Maßnahmen während des Krieges beweisen zur Genüge, daß er festen Willens war, die alten geschichtlichen Herrschaftsüberlagerungen, die das Ergebnis der Unterwerfung seßhafter Ackerbauern durch kriegerische Reitervölker waren, in einer höchst kunstvollen, ganz bewußten, zynischen Weise zu erneuern¹⁰⁸. „Man muß heute absichtlich machen, was vordem Glücksfall war“, ist auch hier sein Grundsatz¹⁰⁹. Eine Bevölkerungs- und Entvölkerungspolitik „größten Ausmaßes“ wird den Weg dazu bahnen, und schon lange vor Ausbruch des Krieges verweist er dabei auf den Osten als sein „großes Experimentierfeld“¹¹⁰. Rosenberg, Darré und der „Reichskommissar zur Festigung des deutschen Volkstums“, Himmler, steuern ihre Ideen zu diesen Experimenten bei. Auch geopolitische Erwägungen, wie sie in der Partei wohl zuerst durch den Haushofer-Assistenten Heß populär wurden, spielen eine Rolle. Das Wesentliche ist aber eine so radikale „Vertiefung“ der Ungleichheit der Menschen und die Errichtung so „unübersteigbarer Schranken“ zwischen ihnen¹¹¹, daß es der unteren Schicht ein für allemal unmöglich wird, der herrschenden Elite ins machiavellistische Konzept zu schauen. Dazu gehört eine systematische Verdummung aller unter der Herrschaft der Parteiaristokratie stehenden Schichten, jener „großen Masse der Anonymen, des Kollektivs der Dienenden, der ewig Unmündigen, gleichgültig, ob sie ehemals Vertreter des alten Bürgertums waren oder Großagrarien, Arbeiter oder Handwerker“. Völlig ins geistige Dunkel ist natürlich die noch darunter befindliche Schicht „unterworfenen Fremdstämmiger“ gehüllt, die man „ruhig die moderne Sklavenschicht“ nennen kann¹¹². So sicher die „einfachen Parteigenossen“ in einer Atmosphäre relativer Unwissenheit gelassen werden müssen, so „dringlich ist es, mit dem, was man Allgemeinbildung nennt, ein für allemal Schluß zu machen. Die Allgemeinbildung ist das zersetzendste und auflösendste Gift, das der Liberalismus . . . erfunden hat . . . Volle Freiheit der Bildung ist das Privileg der Elite und derjenigen, die sie besonders zuläßt. Der ganze Wissenschaftsbetrieb hat unter ständiger Kontrolle und Auslese zu stehen. Wissen ist Hilfsmittel des Lebens, aber nicht sein Sinn. Und so werden wir auch konsequent sein und der breiten Masse des untersten Standes die Wohltat des Analphabetismus zuteil werden lassen. Wir selbst aber werden uns freimachen von allen humanen und wissenschaftlichen Vorurteilen“. Oder wie Darré meint: das Wissen kann nur, wenn es den Charakter einer „Geheimwissenschaft“ zurückerlangt, wieder seine

¹⁰⁷ Tischgespräche, S. 309.

¹⁰⁸ Zum Überlagerungsproblem siehe bes. Alexander Rüstow: Ortsbestimmung der Gegenwart. Erlenbach-Zürich 1949.

¹⁰⁹ Rauschnig, Gespr., S. 29.

¹¹⁰ A. a. O., S. 46.

¹¹¹ A. a. O., S. 45.

¹¹² Rauschnig, Gespr., S. 46 f. Auch zum folgenden (Sperrung vom Verfasser).

„normale Funktion“ einnehmen, „nämlich Mittel der Beherrschung zu sein, der menschlichen Natur wie der außermenschlichen“¹¹³. Alle geistigen Bereiche sind von einem monströsen machiavellistischen Herrschaftswissen aufgeschluckt worden. Dieses soll, wie die „Heimlichkeiten“ der alten Ritterbünde, in den nationalsozialistischen Ordensburgen weitergereicht und den profanen Augen entzogen werden. Die Führungselite wird dann auch den „ganz besonderen heimlichen Genuß“ haben, den der Führer schon heute auskosten kann, „zu sehen, wie die Leute nicht gewahr werden, was mit ihnen wirklich geschieht“¹¹⁴. Aber man darf nach Hitlers Meinung nicht bei dieser immer noch viel zu provisorischen Veranstaltung stehen bleiben. Die Wissensdifferenz soll vielmehr in alle Ewigkeit dadurch unwiderruflich gemacht werden, daß die beherrschte Schicht auch rein biologisch der Verkümmern anheimgegeben wird. „Götter und Tiere, so steht die Welt heute vor uns.“ So „elementar einfach wird alles“¹¹⁵.

*

Das Ende des Regimes entsprach seinem innersten Wesen. Es schritt über die Lebensnotwendigkeiten der Nation hinweg. Denn für diesen fanatischen Machiavellismus war nicht nur jedes Wissen, jede Moral¹¹⁶ der Macht untergeordnet, sondern auch der Staat selber erscheint nur als eine „Waffe im Lebenskampf“¹¹⁷. Das Denken in nationalstaatlichen Kategorien ist für Hitler längst überholt, er setzt dafür, in der Bedeutung von Machiavellis „lo stato“, den „stahlharten Machtkern“ seiner internationalen Elite¹¹⁸. Wenn dieser Machtkern bricht, so kann es bei der in Gang gesetzten Revolutionierung und Bevölkerungsbewegung nur noch das Chaos geben. Seine „Götterdämmerung“ mußte die des ganzen Machtkomplexes sein¹¹⁹.

¹¹³ A. a. O., S. 40. Zu diesen früh geäußerten Plänen hat Hitler auch auf der Höhe seiner Macht über die Ostvölker gestanden: Man müsse den Leuten „durch den Rundfunk (= Drahtfunk) Musik und noch einmal Musik vermitteln. Denn richtige Musik fördere die Arbeitsfreude“ („Tischgespräche“, S. 73). „Nur geistige Arbeit sollen sie nicht lernen und wir dürfen ja nichts drucken lassen“ (S. 50). „Kenntnisse der Russen, Ukrainer, Kirgisen usw. im Lesen und Schreiben könnten uns nur schaden. Denn sie ermöglichen es helleren Köpfen, sich ein gewisses Geschichtswissen zu erarbeiten und damit zu politischen Gedankengängen zu kommen, die irgendwie ihre Spitze immer gegen uns haben müßten“ (S. 73).

¹¹⁴ Rauschning, Gespr., S. 181.

¹¹⁵ A. a. O., S. 232.

¹¹⁶ Hitler faßt schon in „Mein Kampf“ den moralischen Anschein nur als „Waffe“ auf, die man sich nicht aus der Hand schlagen lassen darf (S. 252).

¹¹⁷ Mein Kampf, S. 440.

¹¹⁸ Rauschning, Gespr., S. 41.

¹¹⁹ Hitler hat das schon um die Zeit der Machtübernahme klar genug einkalkuliert. „Wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir selbst untergehend noch die halbe Welt mit uns . . . reißen.“ (A. a. O., S. 115.) Und auf der Höhe seines Krieges ist die gleiche Haltung gegenwärtig: „Ich bin auch hier eiskalt: Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, sich für seine Selbsterhaltung einzusetzen, gut, dann soll es verschwinden!“ (Tischgespräche“, S. 202.)

HENRI BRUNSCHWIG

DIE HISTORISCHEN GENERATIONEN IN FRANKREICH UND DEUTSCHLAND

Vorbemerkung des Herausgebers: Dr. Henri Brunschwig, Professor für Geschichte und Kultur an der École nationale de la France d'outre mer und am Institut des sciences politiques in Paris, hat die Bewußtseins- und Vorstellungswelt, das politische Lebensgefühl der in beiden Ländern das öffentliche Leben beherrschenden Generationen untersucht und einander gegenübergestellt. Aus französischer Schau hat er das gegenseitige Verhältnis der beiden Länder aus den Beziehungen ihrer „historischen Generationen“, ihrer Eliten, in einem Vortrag vor der Technischen Hochschule in Karlsruhe im Mai dieses Jahres zu erklären versucht.

Er hat dabei angesichts der gegenwärtigen „Gleichzeitigkeit“ der Generationen hüben und drüben mit einem optimistischen Ausblick und beherzigenswert praktischen Forderungen geschlossen. Wir veröffentlichen die historischen Teile der Arbeit, deren Diktion mit Rücksicht auf die Originalität möglichst wenig angetastet wurde. Gerade in der hier so persönlich vertretenen Auffassung dürfte ihr besonderer Wert für die Erkenntnis gegenwärtiger Strömungen in Frankreich liegen. Dabei sei auch von jeder Vorerörterung der begrifflichen Seite des Generationenproblems abgesehen.

T. E.

I.

Unter den Vorurteilen, die das nationale Bewußtsein der Völker bestimmen, ist eines, an dem die Franzosen ganz besonders hängen: nämlich die Idee, sie seien ein revolutionäres Volk. Wie die Figur Luthers sofort den Blick dessen auf sich zieht, der sich für die Geschichte Deutschlands interessiert, so scheint denn auch in der Tat die Vergangenheit Frankreichs auf den ersten Blick beherrscht von der Revolution von 1789. Zweifellos nicht mit Unrecht, denn in der Geschichte Frankreichs mit ihrer bemerkenswerten Kontinuität, die sich so stark unterscheidet von der Geschichte Deutschlands mit ihren häufigen Unterbrechungen in der Tradition, ist die Revolution von 1789 eine Ausnahme. Sie ist ein Bruch mit sehr alten Traditionen. Eine neue soziale Klasse, die Bourgeoisie, tritt an die Stelle der Aristokratie. Sie setzt den alten Privilegien der Herkunft ein Ende und bringt die neuen Prinzipien in Anwendung, die dem Einzelwesen Freiheit und Gleichheit garantieren. Sie läßt gesetzgeberische Körperschaften wählen, die zum ersten Male das parlamentarische Regime verwirklichen. Die Eliten von einst, die nicht ohne Wert gewesen waren, werden ausgeschaltet, und die neuen Männer schaffen neue Institutionen. Daß die Französische Revolution das moderne Nationalgefühl geschaffen hat, gibt vielleicht die Erklärung dafür, daß sie im Bewußtsein des französischen Volkes so lebendig geblieben ist. Zwischen 1789 und 1793 mußten alle Franzosen ungefähr im gleichen Augenblick zu ihr Stellung nehmen. Die Revolution ist ein so weit ausgreifendes und so tief gehendes Ereignis gewesen, daß sie in alle Kreise eingedrungen ist und sogar den grobschlächtingsten Bauern aus der hintersten Pro-

vinz in peinliche Gewissenskonflikte brachte. Die Franzosen jener Zeit haben sich für oder gegen die Priester ausgesprochen, weil sie sich gegen die zivile Verfassung des Klerus erklärt hatten; sie haben an den Versteigerungen der „Biens Nationaux“ teilgenommen oder sich davon ferngehalten; sie haben Assignaten entgegengenommen, die sich schnell entwerteten; sie sind gegen den ausländischen Eindringling, den die Emigranten begleiteten, einberufen worden — kurzum, sie waren in ihren Gefühlen, in ihrem Glauben, ihren Ideen, in ihren Interessen unmittelbar betroffen, sie waren gezwungen, sich so oder so zu bekennen. Jeder hat seine eigene, persönliche Revolution durchmachen müssen. Solche Augenblicke sind selten im Leben eines Volkes: Wir nennen sie Krise.

*

Aus einer Krise geht immer eine neue historische Generation hervor. Das wird hier zunächst zu betonen sein. Eine demographische Generation umfaßt im Durchschnitt einen Zeitraum von 30 Jahren. Auf die Väter folgen die Söhne, die häufig fortfahren, wie die Väter zu denken und zu empfinden. Gewiß kommt es zwischen Vätern und Söhnen auch zu einer Fülle von Meinungsverschiedenheiten im einzelnen. Die Söhne sind begierig, Neues zu erleben, haben ihre besondere Ausdrucksweise, ihre eigenen Modevorstellungen und kritisieren die Lebensführung der Eltern. Das hindert indessen nicht, daß sehr lange Zeit hindurch ein ganzes Volk die gleichen wesentlichen Wertmaßstäbe bewahren und auf die gleiche Art unter gewissen wesentlichen Voraussetzungen reagieren kann. Diese Werte herauszufinden und diese neuralgischen Punkte ans Licht zu bringen — mit einem Wort, das Kriterium zu erfassen, das für eine historische Generation gilt —, ist für den Historiker eine schwierige Aufgabe. Er läuft hier ständig Gefahr, Irrtümer zu begehen, denn ebensogut wie man die Bedeutung eines Kriteriums überschätzen kann, das nur auf eine Gruppe des Volkes, das man studiert, zutrifft, — ebensogut kann man Gefahr laufen, einen neuen Zug zu übersehen, hinter dem das Kriterium, das bis dahin gültig war, zurücktritt. Der letztgenannte Irrtum kann insbesondere dann leicht unterlaufen, wenn eine historische Generation eine andere ohne Krise ablöst. Dies war jedoch 1789 nicht der Fall. So begann mit der Französischen Revolution eine Generation, deren Ideal die Bewahrung gewisser Grundprinzipien von 1789 war, nämlich der Freiheit des Einzelnen und jener der Gleichheit, die es dem Einzelnen erlaubt, sich durchzusetzen und in der sozialen Hierarchie aufzusteigen. Die Engländer von 1830 ihrerseits haben zwar eine Weltanschauung gehabt, die von der ihrer Vorfahren zu Ende des 18. Jahrhunderts grundverschieden war, doch hat es zwischen dem aristokratischen und dem liberalen Regime keinen brutalen Bruch gegeben. Man kann daher über das Geburtsdatum der liberalen historischen Generation Englands, die diejenige zu Ende des 18. Jahrhunderts ablöst, im Zweifel sein. In Frankreich und in Deutschland hingegen sind die historischen Generationen, mit oder ohne Krise, aufeinander gefolgt, und ihre Verschiedenheiten treten so klar in Erscheinung, daß man ihre Kriterien auf den ersten Blick erkennt.

*

Wenn die Franzosen sagen, sie seien ein revolutionäres Volk, dann denken sie aber auch an ihre Revolutionen von 1830 und 1848. Doch diese Bewegungen gleichen in nichts der von 1789. Sie haben keine neue Klasse an die Macht geführt. Sie haben nicht jeden Staatsbürger zu einer Stellungnahme genötigt. Nur Paris und ein paar große Städte haben die Revolutionen von 1830 und 1848 wirklich erlebt, in der Provinz haben sie höchstens zu einem Fahnenwechsel und zur Ablösung einiger Beamter geführt. Das Wesen dieser Revolutionen besteht darin, daß sie konservativ waren. Das Frankreich des 19. Jahrhunderts war ein Bauernstaat. Die Massen hingen, selbst wenn sie nicht von den „Biens Nationaux“ unmittelbar profitiert hatten, an dem neuen Regime der Bodenverteilung und an der Gleichheit vor dem Gesetz. Beides gab ihnen die Möglichkeit, selbst Eigentümer zu werden. Sie hingen an der individuellen Freiheit, die ihnen ein mit Vorliebe abgeschlossenes Privatleben mit den Möglichkeiten der materiellen Verbesserung ihrer Lebenshaltung sicherte. Das „Enrichissez-vous“ von Guizot war nicht nur an die Bourgeoisie gerichtet. Diese erhielt ihrerseits regelmäßig Nachschub vom Lande aus dem Bauernstand. Bourgeois und Bauer waren von dem gleichen Geist der Sparsamkeit beherrscht.

Der Trubel von Paris und die Intensität des literarischen Lebens können zu einer optischen Täuschung führen. Charakteristisch für die historische Generation zwischen 1789 und 1870 blieb doch das Streben, die Früchte der ersten Revolution zu bewahren und sie in Frieden zu genießen. Eben deswegen waren die meisten Franzosen gegen Napoleon eingestellt, als dieser ihre Ruhe durch seine Kriege bedrohte, gegen Charles X., als er Miene machte, das „Ancien Régime“ wiederherzustellen, aber auch gegen die „Terreur“ von 1794 und gegen die vorläufige Regierung von 1848, als diese beiden allzu demokratische und soziale Bestrebungen an den Tag legten. In den Augen der Franzosen zwischen 1815 und 1870 waren die Abschnitte der Großen Revolution, die die Zeit der „Girondins“ und Bonapartes umfaßten, am volkstümlichsten geblieben, nicht die des Wohlfahrtsausschusses. Die beschauliche Ruhe, das langsame Reichwerden, der vorausschauende und vorsichtige gesunde Menschenverstand — das alles brachte Frankreich in einen Gegensatz zu den Ländern, in denen der demographische Auftrieb zu einer revolutionären Dynamik führte, also in Gegensatz zu England, das sein Imperium bevölkerte, zu Deutschland, das sein Ziel in der Einheit suchte.

Die Generation von 1789 hätte in der Folge der Entwicklung des Zweiten Kaiserreichs vom autoritären Regime zu einem parlamentarischen System noch lange weiterleben können, wenn nicht plötzlich der Krieg von 1870 die Franzosen alarmiert hätte. Dieser Krieg traf sie nicht zutiefst in ihrem Patriotismus und in ihren Interessen, er bewirkte auch nicht einen Bruch ihrer geistigen Traditionen oder eine Änderung ihrer Institutionen. Er führte aber eine neue historische Generation herauf. Sie ist dadurch charakterisiert, daß nach 1871 der allen Franzosen gemeinsame Zug, der neuralgische Punkt gleichsam, der ihre Reaktionen bestimmte, nicht mehr in der Bewahrung der Prinzipien von 1789 zu finden war. Diese Prinzipien wurden nicht mehr bedroht. Statt dessen glaubten die Franzosen im Schatten

Deutschlands zu leben. Insofern ist das Kriterium für die historische Generation nach 1871 das beständige Bewußtsein der Gegenwart Deutschlands. Ob man in den Schulbüchern blättert, insbesondere in den Lesebüchern der Volksschulen, ob man die Tagespresse aus Paris und der Provinz überfliegt, ob man an den Erfolg der Romane von René Bazin, Maurice Barrès, Erckman-Chatrion und ihrer Gesinnungsgenossen denkt, ob man schließlich die wissenschaftlichen Veröffentlichungen von Germanisten wie Andler, Hertz oder Lichtenberger, von Historikern wie Lavissee, Ernest Denis oder die geographischen Gesellschaften und Kongresse studiert, ob man die Programme und Manifeste der politischen Parteien liest — immer ist man betroffen von der allgemeinen Gleichheit der Haltung der Franzosen. Alle leben im Schatten der deutschen Gefahr. Die gegen die Willenskundgebung der Elsaß-Lothringer vollzogene Annexion der beiden Provinzen, der Protest gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Nachbarschaft einer militärisch ebenbürtigen, wenn nicht gar stärkeren Großmacht, die im Verlauf der diplomatischen Krisen von 1875, 1887 und 1911 immer wieder erneuerte Bedrohung, die das Reich für die Zukunft eines jeden Franzosen bedeutete — das alles schuf eine besondere Mentalität, eine besondere Sensibilität, welche die Haltung der historischen Generation von 1871 im wesentlichen bestimmte. Die Franzosen sind zwischen 1871 und 1914 oft uneins gewesen. Aber der Hintergrund, auf dem sich ihre Streitigkeiten abspielten, hat sich nicht geändert: Republikaner und Monarchisten, Boulangisten und Anti-Boulangisten, Dreyfusards und Anti-Dreyfusards, Klerikale und Anti-Klerikale — sie alle, so aufgebracht sie in ihren Leidenschaften gegeneinander sein mochten, behielten ein Gemeinsames: das Bewußtsein der deutschen Gefahr. Die meisten Franzosen haßten die Deutschen, viele fürchteten sie, einige bewunderten sie, gleichviel, alle Franzosen haben damals im Schatten Deutschlands gelebt, geliebt und gelitten. Wohl hatten sie noch andere Feinde, aber das war nicht dasselbe. Die öffentliche Meinung stimmte dem Bündnis mit Rußland zu, trotz des Despotismus der Zaren, sie nahm die „Entente Cordiale“ hin, obwohl Faschoda vorausgegangen war, und trotz der Anglophobie, die vor allem in den Marine- und Kolonialkreisen so lebendig geblieben war: Die öffentliche Meinung Frankreichs nahm das alles hin, weil Deutschland existierte.

Der Ausgang des ersten Weltkrieges brachte Elsaß und Lothringen an Frankreich zurück. Er hat Deutschland geschwächt und dort die Einrichtung eines demokratischen Regimes ermöglicht von der gleichen Art wie das Regime, an dem die Franzosen so sehr hingen. Aber der Krieg 1914—18 hat in Frankreich keine neue historische Generation heraufgeführt, und das ist vielleicht die wesentliche Tatsache für die Beziehungen zwischen den beiden Völkern in der jüngsten Zeit.

Die Außenpolitik des siegreichen Frankreich nach 1918 war in der Tat eine Verlängerung der Außenpolitik des besiegten Frankreich nach 1871. Ihr Hauptziel blieb die Einkreisung Deutschlands, das weiterhin als gefährlicher Nachbar galt. Auch die Innenpolitik änderte sich nicht wesentlich: bis kurz vor dem zweiten Weltkrieg wurde das Regime weder durch eine monarchistische äußerste Rechte noch durch eine kommunistische äußerste Linke, da beide in der Minderheit blie-

ben, ernsthaft bedroht. Der Kolonial-Imperialismus wurde fortgesetzt. Die Eliten aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg blieben bestehen. Sie erneuerten sich nur in gewissen eng begrenzten Bereichen, wie z. B. in der Literatur, wo der Surrealismus eine Revolution versuchte, und in der Kunst, die die Abstraktion entdeckte. Im ganzen aber blieb für Frankreich das alte Kriterium gültig. Zudem waren die Besten der jungen Generation im Krieg gefallen. Die Kindheit fast aller Minister in der Zeit zwischen den beiden Kriegen lag vor 1900 und war vom Anti-Germanismus geprägt worden. Das Durchschnittsalter des französischen Volkes war vielleicht im Jahre 1939 nicht sehr verschieden von dem des deutschen; aber die historische Generation, die in diesem Augenblick in Frankreich lebte, war fast 70 Jahre alt.

So hat es denn von 1789 bis 1945 in Frankreich nur zwei historische Generationen gegeben. Die erste starb achtzigjährig bei Sedan, die zweite wurde im Alter von mehr als siebzig Jahren durch den Triumph der Nazis vernichtet. Wenn man also den Begriff der historischen Generation als Grundlage annehmen will, ist es wohl richtig zu sagen, die Franzosen seien ein altes Volk. Wie steht es nun mit den Deutschen?

II.

Auch in Deutschland war zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine neue Generation heraufgekommen, die von der Romantik und den Freiheitskriegen wie von der industriellen Entwicklung beeinflusst wurde. Es war eine historische Generation liberaler, konservativer und romantischer Färbung, die die politische Einheit Deutschlands zu verwirklichen trachtete. — Das alles hat zu einem Klima geführt, das von dem der Aufklärung sehr verschieden war. Die neue Führungsschicht konnte sowohl aus den Kreisen des Handels und der Industrie wie aus den Universitäten und den Kirchen hervorgehen. Sie hoffte das Ziel deutscher Einheit ohne Gewaltanwendung zu erreichen und widersetzte sich dem Despotismus selbst in seiner aufgeklärten Form. Sie war ungefähr gleichaltrig mit der Generation von 1789 in Frankreich.

Das Mißlingen der Revolution von 1848 machte die Hoffnung der Liberalen zunichte. Die Konservativen übernahmen bald die nationalstaatlichen Ziele, die bis dahin nur von Liberalen vertreten worden waren. Bismarck entschied sich für die Gewaltpolitik und machte anläßlich des Krieges um die Herzogtümer Schleswig und Holstein 1864 die Erfahrung, daß die nationalistische Leidenschaft imstande war, alle Deutschen unter der Führung eines Fürsten mitzureißen. Die Reaktion nach der gescheiterten Revolution von 1848 brachte die liberalen Eliten zum Verschwinden. Veit Valentin verzeichnet, daß zwischen 1849 und 1854 1,1 Million Deutsche, also ungefähr ein Vierzigstel der Bevölkerung, als Emigranten ihr Vaterland verlassen haben. Ob es sich dabei um Bürger, Beamte, Intellektuelle, Offiziere oder durch die Not vertriebene Arbeiter und Bauern handelte — denn die Not trieb in dieser Zeit die Auswanderungswelle hoch —, dieser Aderlaß mußte einen Wechsel des moralischen Klimas der Nation begünstigen. Die Tatsache, daß die Auswanderer

etwa dreihundert Millionen Taler mit sich nahmen, beweist, daß die Eliten einen bedeutenden Teil der Enttäuschten ausmachten. Im Verlauf dieser Periode vollzieht sich ein Wechsel der historischen Generation; ein neues Ideal tritt zutage, das die Generationen von 1850 bis 1918 nach und nach geformt hat. Die nationalen und humanitären Utopien machen einem realistischen und materialistischen Geist im Dienst des Nationalismus Platz, der in den aufeinanderfolgenden Schlagworten zum Ausdruck kommt: „Einheit, durch Blut und Eisen“, „Nach Canossa gehen wir nicht“, „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“, „Mit Volldampf voraus“, „Gott strafe England“. Die „Realpolitik“, die sich auf den Glauben an den technischen Fortschritt, die Organisation und die Weltendung des Germanismus gründet, kennzeichnet diese neue historische Generation.

Die Deutschen dieser Phase waren sich mehr oder weniger einig über den absoluten Vorrang des Staates und im Streben nach Rentabilität. Der traditionelle Einfluß der englischen Kultur verwischte sich nach und nach, ohne daß etwas anderes an seine Stelle trat. Der deutsche Geist entfernte sich von seinen alten Idealen in Richtung auf ein immer praktischeres Denken. Der Techniker erhielt den Vorrang vor dem Intellektuellen, und dieser ging mehr darauf aus, seinem Land, als der Wahrheit oder der Gerechtigkeit zu dienen. Ein Machiavellismus ohne Niveau ergriff Besitz von den Massen.

Der Realismus triumphierte auf allen Gebieten: Er schuf ein politisches Imperium, einen industriellen Großkapitalismus und eine mächtige Flotte. Dieser Realismus führte zu einem weitgehenden Konformismus. Überall der gleiche Respekt vor der Autorität: ob es die des Familienvaters, des Eigentümers, des Beamten oder des Offiziers war. Die Sozialdemokraten organisierten die Massen, um ihnen zu einem höheren Lebensstandard zu verhelfen; aber ihre Anhänger, die weit weniger anspruchsvoll waren als die der Trade-Unions, gaben sich mit einer bescheidenen Existenz zufrieden, die vereinbar blieb mit den Interessen der Konservativen. Das große Heer der Landarbeiter, von dem ein Teil selber einst Bauern gewesen waren, bewirtschaftete weiterhin den Grundbesitz der Junker. Die Geschäftsleute und Industriellen eroberten neue Absatzgebiete. Offiziere und hohe Beamte, voller Mißachtung für unproduktive Ideologien, schmiedeten Weltherrschaftspläne. Und sie alle — voller Tatendrang, in straffer Disziplin, unkompliziert — legten eine jugendliche Spannkraft, eine Dynamik und einen Machthunger an den Tag, die ihre Einheit und ihre Größe ausmachten.

Diese Generation hatte ein ruhiges Gewissen. Sie stand Frankreich nicht feindlich gegenüber, ganz im Gegenteil: sie war bereit, ihr Opfer zu lieben. Man hat oft von der Anziehungskraft gesprochen, die der Süden auf die Deutschen ausübt. Aber das ganz und gar südliche Italien war ihnen fremd. Für die deutschen Intellektuellen und Künstler, denen allen vielleicht das Streben um ein Eindringen in die Werte der Mittelmeer-Kultur gemeinsam ist, bot Frankreich den idealen Übergang: es lag nah; es verschaffte den Deutschen Zugang zur antiken Welt über die Vielfalt und die zahllosen Nuancen seiner eigenen Kultur hinweg. Der deutsche Besucher war sich seiner Kraft genug bewußt, um sich nicht als Barbar zu fühlen, und

so schlug der leichte Minderwertigkeitskomplex, den er vielleicht hatte, nicht in Feindseligkeit um. Die so häufig zitierten Komplexe mögen vielleicht die psychologischen Beziehungen zwischen den beiden Völkern beeinflußt haben. Aber man darf ihre Einwirkung auf beiden Seiten nicht überschätzen. Der Deutsche litt zwar an gewissen Minderwertigkeitsgefühlen in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht, machte dies aber leicht wett durch das Bewußtsein seiner nationalen Stärke und seiner wirtschaftlichen Macht. Der Franzose litt unter seiner relativen Schwäche und einer gewissen Unterlegenheit auf dem Gebiet der Technik, fand aber einen Ausgleich in seinem Gefühl geistiger Überlegenheit.

So herrschten in Frankreich und in Deutschland gegen 1914 stabile Generationen. Sie blieben einander fremd infolge des Nationalismus, der in Deutschland gezüchtet wurde, und infolge der Furcht, die die Franzosen erfüllte.

Der erste Weltkrieg hat in Frankreich die Vorstellungswelt der Generation von 1870 bestehen lassen, in Deutschland aber die der Generation von 1850 zum Verschwinden gebracht. Der seelische Schock der Niederlage, die politische Revolution, der soziale Umbruch infolge der Inflation, die Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1933 fast 6 Millionen Menschen erfaßt hat, d. h. 9% der Gesamtbevölkerung und 18% der arbeitenden Bevölkerung — das alles führte zu einer dauernden Unsicherheit, die den französischen Beobachtern auffiel. Die traditionellen Werte waren zusammengebrochen, die sozialen Strukturen gesprengt. Stabilität schien einer Bevölkerung, die moralisch nicht mehr altern konnte, nicht einmal mehr erstrebenswert. Hier ließe sich der Stoff für eine philosophische Novelle finden, eine sehr deutsche philosophische Novelle, die seltsamerweise noch nicht geschrieben ist. Denn, wenn das reife Lebensalter dadurch gekennzeichnet wird, daß man eine eigene Familie begründet, in einem Beruf aufgeht und in einer Weltanschauung gefestigt ist, so haben es die Umstände seit vierzig Jahren der deutschen Jugend nicht mehr erlaubt, zu diesem Gleichgewicht zu finden. Bei der Volkszählung von 1925 hatte Deutschland ohne das Saargebiet 62,4 Millionen Einwohner, von denen 30 Millionen, also 48%, noch nicht 30 Jahre alt waren. Die Generation des Weltkrieges war eine von Besiegten. Ihre Angehörigen waren durch die Krise von 1918 ruiniert worden. Sie konnten ihren Kindern keine Zukunft und keine Sicherheit bieten.

Die Jugend hatte sich in zahlreichen Gruppen verschiedenster Richtungen organisiert. Sie alle besuchten die gleichen Jugendherbergen. Oft teilten sie miteinander auch dieselben Lokalitäten in den Städten, wo ein gewählter Zentral-Ausschuß sie verwaltete. Die Jugendbewegung, die seit 1896 bestand, übte heftige Kritik am Konformismus der vorherigen Generation. Jahre hindurch profanierten die jungen Leute die Tempel der bürgerlichen Tugend. Die Ausstellungen von „Kitsch“, der Expressionismus in der Kunst, der Individualismus in der Mode, die Verspottung des traditionellen Patriotismus, die sexuelle Freiheit gegenüber den Vorurteilen, die einst einer illegitimen Liaison entgegengestanden oder zu deren scheinheiliger Geheimhaltung geführt hatten, schließlich die politischen Leidenschaften, die nach und nach die Jungen den extremistischen Parteien zutrieben; alles dies schien die Kluft zwischen den Kindern und ihren Eltern zu vertiefen.

Aber diese Jugend mit ihrer Dynamik hatte keine Führung. Ihre Anhänger hatten das Verführerische von Optimisten oder zumindest von lebensvollen jungen Menschen, deren Abenteuerdrang in der Freizeit, im Herumstreunen von einer Herberge zur anderen und in der Kameradschaftlichkeit auf seine Kosten kam. Die demokratischen Ideale konnten diese Jugend nicht fesseln, und zwar wegen der Zeitumstände, unter denen sie ihr lächerlich erschienen. Es gab kein Ziel, auf welches hin diese jungen Leute, während sie sich in Erwachsene verwandelten, sich orientieren konnten. Die deutsche Dynamik ist ebensowenig wie der Nationalismus, die Romantik oder die Religiosität etwas Angeborenes oder Ewiges: sie ist vielmehr das Ergebnis von demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Umständen. Die jungen Leute nach 1918 lebten in einer dauernden Ungewißheit vor dem kommenden Tag, einer Ungewißheit, die sie ständig in dem Geisteszustand heranwachsender junger Leute gefangen hielt. So erklärt sich die Begeisterung, mit der diese Generation sich auf jede nur mögliche Lösung stürzte, ob es der Pazifismus, die Wiederaufrüstung, der Kommunismus oder der Rassismus war.

Die Deutschen nach 1918 waren verfügbar, sie waren bereit, alles als Heilmittel zu versuchen — leidenschaftlich und ohne Hintergedanken. Sie blieben ihrer Mentalität nach jung, und sie trachteten, eine Demokratie von westlichem Typus zu organisieren. Es gelang ihnen allmählich, ihre Eliten wiederherzustellen — aber es gelang ihnen nicht, die seit 1871 bestehende Vorstellungswelt der französischen Nachbarn zu ändern und die Franzosen von ihrer Aufrichtigkeit zu überzeugen.

III.

So hat Deutschland in dem gleichen Zeitraum, in dem nur zwei historische Generationen in Frankreich aufeinandergefolgt sind, ihrer drei vorüberziehen sehen. In dieser Hinsicht sind die Franzosen seit einem Jahrhundert fast immer ein älteres Volk als die Deutschen gewesen. Frankreichs historische Generation war bereits 60 Jahre alt, als in Deutschland die Generation von 1850 erstand. Sie war zwanzig Jahre jünger als die deutsche Generation zwischen 1870 und 1918. Aber sie war fünfzig und dann mehr als sechzig Jahre älter zwischen den beiden Kriegen. Der Dialog ist also fast immer unter schlechten Voraussetzungen angeknüpft worden, zwischen Partnern, die ihrem Alter nach zu verschieden waren, um einander leicht verstehen zu können.

Im Jahre 1871 ist der Altersunterschied am geringsten gewesen. Es sieht ganz so aus, als hätte sich in diesem Augenblick die heranwachsende Generation der deutschen Sieger mit derjenigen der Franzosen verständigen können, die älter war und besiegt, aber bereit, den Groll über ihre Niederlage auf Napoleon III. und das Kaiserreich abzuladen. Hätten die Deutschen nicht Elsaß und Lothringen gefordert, so wäre es wahrscheinlich in Frankreich nicht zu einem Generationswechsel gekommen, und die Franzosen hätten sich nicht drei Vierteljahrhunderte lang gegen Deutschland eingestellt.

Im Jahre 1918 brach das imperialistische Deutschland zusammen. Sollte sich aber die Annäherung, die sich in Locarno abzeichnete, verwirklichen, so hätte es auch einer Erneuerung in Frankreich bedurft. Die tiefere Ursache dafür, daß Locarno scheiterte, lag in dem enormen Altersunterschied zwischen den beiden historischen Generationen, die einander gegenüberstanden. Sie setzten lange Zeit mit einem unbestreitbar guten Willen ihren Dialog fort, aber sie redeten aneinander vorbei.

Unter den zahlreichen Gruppen, die auf beiden Seiten für die Annäherung arbeiteten, ist eine, die Deutsch-Französische Gesellschaft, die uns besonders aufschlußreiche Dokumente hinterlassen hat, nämlich die *Revue d'Allemagne*, die in Paris von Professor Maurice Bouchez geleitet wurde, und die „Deutsch-Französische Rundschau“, die der Schriftsteller Otto Grautoff in Berlin herausgab. Der Unterschied im Ton, der zwischen den beiden Veröffentlichungen besteht, fällt sofort auf. Und doch handelt es sich um eine Bewegung, die von Männern synchronisiert war, für die die Annäherung eine Berufung darstellte. Die Sache schien im übrigen fast gewonnen, als im November 1927 die erste Nummer der *Revue d'Allemagne* erschien. Verschiedene spezialisierte Kreise organisierten Begegnungen. Der luxemburgische Großindustrielle Mayrisch hatte im Jahre 1926 den deutsch-französischen Studienausschuß gegründet und ständige Informationsbüros in Berlin und Paris errichtet. Vertreter verschiedener Berufe und Studenten kamen im Jahr 1928 in Davos zusammen. Die Jugendorganisationen veranstalteten die Begegnungen vom Sohlberg im Jahre 1930, von Rethel im Jahre 1931 und von Mainz im Jahre 1932. Die ehemaligen Frontkämpfer folgten dem Beispiel.

An der Spitze der *Revue d'Allemagne* stand ein glänzendes Redaktionskomitee, in dem man die großen Namen der Literatur und der Wissenschaft vereinigt fand. Der jüngste war Jules Romains mit 42 Jahren; der älteste, Lucien Lévy-Brühl, war über 70. Arrivierte Männer, große Namen: Focillon, Giraudoux, Edmond Jaloux, Langevin, die Deutschen Curtius, Thomas Mann und Grautoff.

„Diese Zeitschrift“, erklärten sie, „wird ein Band zwischen denen sein, die Deutschland studiert haben und denen, die es besser kennen zu lernen wünschen . . . Diejenigen, die sich einer solchen Aufgabe widmen, tun es nicht im Geist einer Doktrin, noch mit irgendwelchen Tendenzen: sie begnügen sich damit, guten Willens zu sein . . . Wenn die augenblicklichen politischen Voraussetzungen und die Entspannung, die sich augenblicklich in den deutsch-französischen Beziehungen beobachten läßt, eine diesem Plan günstige Atmosphäre schaffen, so bedeutet das für sie lediglich eine Hoffnung, zahlreichere Anhänger zu gewinnen.“ Und mit kluger Vorsicht schoben sie die Themen beiseite, „die man noch nicht ohne Polemik behandeln kann“. Es blieb ihnen die Wirtschaft, das Finanzwesen, Philosophie und Soziologie, Literatur, Wissenschaft und Kunst.

Die Deutsch-Französische Rundschau hatte in ihrem Redaktionskomitee Männer, die weniger bekannt und mehr spezialisiert waren: Heinrich Eduard Jacob, Rudolf Meerwarth, Fritz Norden, Edgar Stern-Rubarth und die Franzosen Maurice Bouchez, Edmond Jaloux und Henri Lichtenberger. Die Rundschau schloß ein brennendes Thema nicht von vornherein aus: „Unsere Zeitschrift will die politische und

wirtschaftliche Struktur Frankreichs deuten, die Probleme seiner lebenden Sprache erfassen, den ständigen Wechsel seiner sozial treibenden Kräfte, die dauernde Bewegung seiner Staatsideologie und Rechtsauffassung, die Probleme der Arbeitnehmer und Arbeitgeber behandeln, und alle wissenschaftlichen und künstlerischen Erscheinungen aus dem inneren Zusammenhang mit dem Leben der ganzen Nation erkennen und darstellen.“

Die Deutsch-Französische Rundschau veröffentlichte sehr spezialisierte Artikel, so z. B. über die Linoleum-Industrie in Frankreich, über die Kunstseide usw. Von ihrer zweiten Nummer an deutet sie einen Plan für eine gemeinsame Ausrüstung der Kolonien an und veranstaltet eine große Umfrage darüber, wie sich auf die beste Weise systematisch die Studien und der Austausch, die Zusammenarbeit in Presse, Handel und Industrie organisieren lassen würden.

Wir wollen nicht die politischen Debatten verfolgen, die daraufhin begannen. Es genügt uns, auf die reservierte Haltung der Franzosen hinzuweisen, über die die Deutschen sich ohne Unterlaß beklagten. Tatsächlich waren in Davos bei den zweiten dort organisierten Hochschulkursen im Jahre 1929 nur 14 französische Professoren und 40 französische Studenten anwesend, gegenüber 22 Professoren und 101 Studenten von deutscher Seite. Überdies sind, so stellt die Deutsch-Französische Rundschau fest, „leider bis auf wenige Ausnahmen die französischen Gelehrten erst in der letzten Woche erschienen, so daß sie nicht vollzählig an der Diskussion der deutschen Philosophen teilnehmen konnten“, und „leider war die Zahl der französischen Studenten relativ gering, und mehrere von ihnen blieben nur kurze Zeit. Es ist zu wünschen, daß im nächsten Jahr erheblich mehr Franzosen als bisher zu den Hochschulkursen nach Davos kommen“. — Diese Beschwerden über die schwache Anteilnahme von französischer Seite kehrten bis 1933 ständig wieder.

Der packendste Augenblick der Debatte lag zwischen 1930 und 1933. Unter dem Eindruck des Erfolges der Nationalsozialisten lehnten die Franzosen sich gegen die Unabwendbarkeit des Krieges auf. Sie gaben ihrem Mißtrauen gegen ihre eigenen, zu alten politischen Führer Ausdruck. André Ganem hatte im Jahr 1928 eine Studie über die Generationen von 1860 und 1875 veröffentlicht, die bis dahin alle Regierungen besetzt hatten. Die neuen Männer, die Vierzigjährigen, auf die man Hoffnungen setzte — die Marquet, Spinasse, Bonnet, Chautemps, Daladier, Delbos, Mandel — waren im Ausland noch unbekannt. Ebenso die anderen, die von ihrem Ziel einer Revolutionierung der Außenpolitik sprachen. In der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Berlin erklärte sich der Abgeordnete Pierre Cot in seiner Antwort an seinen deutschen Kollegen Joseph Joos im Oktober 1930 als Anhänger einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit für die Ausrüstung der Kolonien, einer Revision der Verträge und einer allgemeinen Abrüstung. Fast im gleichen Augenblick warfen Emmanuel Berl in einer Sondernummer der Zeitschrift „Europe“ und Jean Schlumberger in der Nouvelle Revue Française vom Dezember 1930 den Franzosen vor, daß sie die Begriffe Frieden und Friedensverträge gleichsetzten. „In einer Welt, in der nichts mehr an seinem alten Platz ist“, schrieb Schlumberger, „hat Frankreich seine Positionen nicht fühlbar verändert . . . Unser gutes Gewissen schläft auf der

juristischen Illusion, man könne nicht schuldig sein, ohne etwas ‚getan‘ zu haben, man bleibe über allen Tadel erhaben, solange man keine Verträge verletzt habe und Unterlassung sei keine Sünde . . . Alles, was die Verbesserung unserer Beziehungen mit Deutschland unterbunden hat, ist, abgesehen von der Besetzung der Ruhr, nichts weiter als eine Serie von Unterlassungen und verpaßten Gelegenheiten gewesen, und wir wundern uns darüber, daß man sie uns zum Vorwurf macht, daß wir sie büßen müssen wie positive Handlungen . . . Setzt Frankreich seine Hoffnung auf den Frieden oder auf die Friedensverträge? Denn dies sind zwei Begriffe, die sich nicht decken, die häufig im Gegensatz zueinander stehen und zwischen denen man seine Wahl treffen muß.“

Den Vorschlag der Wahl machte Jean Luchaire, in dessen Zeitschrift „Notre Temps“ im Jahre 1931 ein Manifest von 186 französischen Intellektuellen für den Frieden „ohne Zögern und Zweideutigkeit“ erschien. Nicht alle mögen den anderen aufsehenerregenden Artikel Luchaires vom September 1933 gleichermaßen gebilligt haben. Er gab in diesem Artikel den Rat, die Hoffnung einer französisch-italienischen Allianz aufzugeben und ein allgemeines Abkommen mit Deutschland zu schließen. Die wesentlichen Interessen Frankreichs lägen im Mittelmeergebiet und in Nordafrika, diejenigen Deutschlands in Osteuropa. Die Einigung mit dem Reich verpflichte Frankreich zu keinerlei Konzessionen, weder am Rhein noch in Nordafrika, und sichere den Frieden, die Prosperität des Kontinents und die Einheit Europas.

Eine derartige Umkehrung der Allianzen setzte die vollkommene Erneuerung des politischen Personals voraus, und ebenso eine öffentliche Meinung, die Zutrauen zu Deutschland hatte. In einem Artikel, der im Jahre 1933 zugleich in der „Deutsch-Französischen Rundschau“ und in der „Revue d'Allemagne“ erschien, stellte Distelbarth fest, es bestehe zwischen den beiden Völkern kein tieferer Grund eines Gegensatzes. Es bestehe nichts weiter als Mißtrauen. Dieses Mißtrauen kennzeichnete die historische Generation, die seit 1870 in Frankreich am Ruder war. War im Jahr 1932 ein Generationenwechsel denkbar? Die Revolution des Front Populaire von 1936, die erkennen ließ, wie stark die Massen in Frankreich im Banne der sozialen Probleme standen, deutete an, daß eine neue historische Generation auf dem Wege war, die von 1870 abzulösen. Sie hätte an ihr Programm der wirtschaftlichen und sozialen Reformen neue außenpolitische Prinzipien anschließen können. Das Kriterium für diese Generation wäre nicht mehr die deutsche Frage, sondern die soziale Frage gewesen. Ihre Außenpolitik wäre dem Bemühen untergeordnet worden, in Ruhe ihr soziales Ideal zu verwirklichen. Aber als der Front Populaire 1936 die Macht ergriff, war der deutsche Partner, mit dem er sich hätte einigen können, verschwunden. Und die Bedrohung durch Hitler führte wiederum zu einer Verlangsamung der französischen Reformen: die Tatsachen schienen denen recht zu geben, die immer Mißtrauen gepredigt hatten. Deutschland rückte von neuem in den Vordergrund der öffentlichen Meinung.

IV.

Wenn es im Jahre 1952 keine tiefen Gründe eines Gegensatzes zwischen den beiden Völkern gegeben hat, wäre es vorstellbar, heute das gleiche zu sagen? Eine militärische Besetzung läßt immer Bitterkeit zurück. Aber wenn zu ihr das Walten einer Gestapo hinzukommt, wenn sie begleitet ist von Massen-Deportierungen, wenn man erfährt, daß Verwandte, Freunde, politische Gegner, die man mit fairen Waffen zu bekämpfen gewöhnt war, kaltblütig vergiftet worden sind, in eigens zu diesem Zweck errichteten Gaskammern, wenn man aus den Konzentrationslagern Leute als Skelette zurückkommen sah, die man ein paar Monate zuvor gesund von dannen hatte ziehen sehen, wie sollte man dann einem Volk nicht feindlich gesinnt sein, bei dem und in dessen Namen diese Verbrechen begangen wurden? Die Zeit hat diese Erinnerungen noch nicht ausgelöscht. Es gibt im Augenblick noch kaum einen Franzosen, der nicht in seiner Familie oder in seinem Freundeskreis von ihnen berührt worden wäre.

Trotzdem kann heute die deutsche Frage nicht mehr als Kriterium für die augenblickliche Generation Frankreichs dienen. Die noch nicht Dreißigjährigen reagieren bestimmt überhaupt nicht, die noch nicht Vierzigjährigen wahrscheinlich schon nicht mehr in erster Linie auf Deutschland. Der Wechsel, der sich im Jahre 1936 ankündigte und durch die Bedrohung durch Hitler verzögert wurde, hat im Jahre 1945 stattgefunden oder ist im Begriff sich zu vollziehen. Die Franzosen stehen nicht mehr wesentlich im Bann der deutschen Nachbarschaft. Ihre Hauptsorgen wären wohl eher die wirtschaftlichen und sozialen Reformen, deren Notwendigkeit sie spüren und die durch einen Geburtenüberschuß — ein anderes Kennzeichen dieser neuen Generation — dringlich werden. Also ein soziales Problem, das auf dem außenpolitischen Gebiet eher zu Reaktionen gegenüber Rußland und den Vereinigten Staaten führt als gegenüber Deutschland. Die Gegebenheiten dieses Problems nehmen nach und nach klare Umrisse an, denn trotz des Krieges hat keine Krise stattgefunden, und die neue Generation richtet sich allmählich ein.

Das ist wichtig. Viele Ausländer und sogar manche Franzosen schließen aus dem schlechten Funktionieren unserer Institutionen im Augenblick auf eine Überalterung des Regimes und der Nation. Aber die entgegengesetzte Diagnose wäre zutreffend. Bei der Überalterung derer, die noch da sind, muß man bedenken, daß sie nicht mehr das ganze Land gültig vertreten, und sich dadurch gelähmt fühlen. Diejenigen dagegen, die den traditionellen Leaders kein Vertrauen mehr schenken, haben noch nicht die Führerpersönlichkeiten gefunden, die an deren Platz treten könnten. Neue Männer werden sich durchsetzen, sobald sie die neuen Massen hinter sich spüren. Frankreich steht im Begriff, sich zu verjüngen. Das schlechte Funktionieren seiner Institutionen ist daraus zu erklären, daß diese weder vollständig die alte noch die neue Generation vertreten. Dieses Zögern tritt auch in der Spaltung aller sozialen Kreise, der meisten politischen Parteien und der Organisationen zutage, die sich mit allen wichtigen Fragen auseinanderzusetzen haben. Sogar was das Zutrauen zu Deutschland betrifft, gibt es heute ebenso viele Vertrauende wie

Mißtrauische. Das ist seit 75 Jahren nicht mehr dagewesen. Wir sind in voller Entwicklung.

Und Deutschland? Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus hat in Deutschland eine Krise hervorgerufen, die ohne Zweifel die heftigste und die grausamste gewesen ist, die dieses Land je erlebt hat. Keiner ist von ihr unberührt geblieben; es gibt niemanden, der nicht körperlich und seelisch schwer gelitten hätte. Jeder hat dort seinen Weltuntergang erlebt. Wieder ist eine neue Generation heraufgekommen und dramatisch in den Vordergrund gestoßen worden, nach der Zerstörung der Eliten, die sich im Schatten darauf vorbereitet hatten, sie zu lenken.

Welches wird das Kriterium für diese Generation sein? Vielleicht wie in Frankreich das Bemühen um ein zufriedenstellendes wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht. Vielleicht auch der Versuch, die europäischen Staaten zu föderieren, um endlich den Kriegen ein Ende zu machen, die die westliche Kultur mit Vernichtung bedrohen. Auch dieses Ideal könnte beiden Völkern gemeinsam werden, wo zum ersten Mal seit einem Jahrhundert zwei gleichaltrige historische Generationen einander gegenüberstehen. Der neue Dialog beginnt also unter günstigen Voraussetzungen. Das bedeutet nicht, er müsse zwangsläufig zu einer Einigung führen.

Übersetzt von Frantz Vossen

Miszelle

HERMANN LUTZ

FÄLSCHUNGEN ZUR AUSLANDSFINANZIERUNG HITLERS

Vorbemerkung des Herausgebers: Forschungen über die Finanzierung der NSDAP, die inländische wie die ausländische, sind von verschiedenen Seiten her im Gange. Sie begegnen aus naheliegenden Gründen sehr großen Schwierigkeiten. – Auf den Tathestand ausländischer Finanzhilfe hat Brüning vor allem hingewiesen, und seine Erinnerungen dürften Material dazu enthalten. Spezialuntersuchungen zu diesem Thema stehen in den USA vor dem Abschluß. Wir haben bestimmte Aussicht, von dem Verfasser der vorliegenden Miszelle in Kürze eine Erörterung wichtiger Einzelfragen (etwa des Verhältnisses Deterdings zur SA) sowie eine Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse bringen zu können. Sie gehen in des Autors wohlabgewogenen eigenen Worten dahin, daß „die nicht-deutsche Finanzierung der NSDAP, wenn auch sicher im ganzen beträchtlich und in Einzelfällen sogar recht beträchtlich, auf gar keinen Fall entscheidend für Hitlers Machtergreifung“ war.

Wenn im folgenden zunächst ein „negativer“ Ausschnitt aus dem genannten Problemkreis behandelt wird, so entspricht das der dem Historiker geläufigen Methode der Eliminierung. Sie sollte indessen nicht mißverstanden werden. Um es deutlich zu sagen: es geht in keiner Weise an, wie das in Papens Erinnerungen (Deutsche Ausg., S. 357 ff.) geschieht, mit dem Nachweis der Fälschung in einem Fall die Frage nach den finanziellen Subventionen überhaupt beiseite zu schieben. Es handelt sich zunächst nur um die Ausmerzung von einigem wildgewachsenen Gestrüpp, das noch immer weiterwuchert. Denn das ist allerdings zugleich festzustellen: es handelt sich im folgenden um Angaben, die trotz ihrer äußeren und inneren Unglaubwürdigkeit offenbar nicht ohne Nachspiel gewesen sind, als internationaler Störungsfaktor wie als Verführung für Anfällige. Auch hier ist es die Aufgabe verantwortungsbewußter Zeitgeschichte, sich auf einwandfreier wissenschaftlicher Grundlage von aller Legendenbildung abzusetzen, einerlei ob sie im nazistischen oder im kommunistischen Gewande einhergeht und ohne Rücksicht darauf, welcher Art von Apologetik sie etwa dient.

H. R.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler. Im Herbst jenes Jahres bot der Holländer J. G. Schoup dem angesehenen Amsterdamer Verlag Van Holkema & Warendorf N. V. eine Schrift an, die enthüllte, daß amerikanische Kapitalisten, mit englischer und holländischer Beteiligung, Hitler finanziell zur Macht gebracht hätten. Schoup erklärte, der Verfasser sei ein persönlicher Bekannter von ihm, Sidney Warburg, Sohn eines der größten Bankiers der USA. Zur Beglaubigung legte er ein Aktenbündel vor, das seinen Schriftwechsel mit Warburg enthielt. Die Briefbogen trugen den Aufdruck der Firma Warburg & Warburg, 5754 Fourth Avenue, New York. Das englisch geschriebene Manuskript wies die gleiche Handschrift auf wie die „Sidney Warburg“ unterzeichneten Briefe. In einem davon wurde Schoup ermächtigt, die Schrift holländisch unter seinem Namen zu ver-

öffentlichen, da Warburg nicht als Verfasser genannt sein wollte. Das Original sollte nach Drucklegung der Übersetzung vernichtet werden. Auf Grund dieser Unterlagen übernahm der Verlag die Veröffentlichung. Schoup überließ ihm den ganzen Schriftwechsel, der nach der deutschen Besetzung Hollands im zweiten Weltkrieg nebst allem, was mit der Schrift zusammenhing, auf deutsches Verlangen hin vernichtet wurde¹.

Die Schrift gab sich als das Bekenntnis eines von Reue erfaßten Mannes jüdischer Konfession, der, im Auftrag anderer handelnd, für Hitlers Bewegung insgesamt 32 Mill. Dollar vermittelt hatte. Das 99 Druckseiten starke Büchlein erschien im Herbst 1933 unter dem Titel: *De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie Gesprekken met Hitler door Sidney Warburg. Vertaald door J. G. Schoup.* Sein Inhalt sei hier nach der deutschen Übertragung skizziert, die René Sonderegger 1947 bei der Schweizerischen Landesbibliothek, Bern, hinterlegt hat.

Im Juli 1929 forderte Mr. Carter, Präsident des Guaranty Trust, Sidney Warburg zu einer Beratung in New York auf, an der die Präsidenten der Federal Reserve Banken, fünf unabhängige Bankiers, „der junge Rockefeller“ von der Standard Oil und Mr. Glean von der Royal Dutch teilnahmen. Die französische Politik machte Wall Street Sorge. Frankreich wollte Deutschland wirtschaftlich niederhalten, während andere Staaten, vor allem Amerika und Britannien, ein gedeihendes Deutschland brauchten. Eine nationale Revolution in Deutschland würde Frankreich einschüchtern, so dachte man, und den Wünschen der andern Mächte gefügig machen. Dafür schien Hitler der geeignete Mann zu sein. Da Sidney Warburg fließend deutsch sprach, sollte er bei Hitler erkunden, welche Summe er benötige, um die geplante Umwälzung durchzuführen. Durch Vermittlung von Oberbürgermeister Deutzberg in München hatte Warburg dort seine erste Besprechung mit Hitler. Dieser betonte sofort: „Frankreich ist unser Feind“. Durch seinen Finanzfachmann von Heydt errechnete er einen Geldbedarf von 100 Mill. Mark. Carter bewilligte 10 Mill. Dollar, auf deutschen Wunsch zahlbar durch Mendelssohn & Co., Amsterdam, wohin von Heydt den Mr. Warburg begleitete. Es wurden zehn Schecks zu je einer Mill. auf zehn verschiedene Namen ausgestellt.

Im September 1931 gab England den Goldstandard auf. Frankreich suchte London finanziell zu schwächen. Ministerpräsident Pierre Laval reiste nach den USA, um den Präsidenten Herbert Hoover zu veranlassen, seinen Moratoriumsplan aufzugeben. Um diese Zeit ließ Hitler bei Warburg anfragen, auf welchen weiteren Betrag er für seine Bewegung rechnen könne. Mr. Carter, wütend über das Verhalten Frankreichs, berief sogleich eine Versammlung ein, zu der auch der gerade in New York weilende Montagu Norman von der Bank of England hinzugezogen wurde. Auch Mr. Angell von der Asiatic Petroleum Co. gehörte nun der Gruppe an. Rockefeller, Carter und Glean gaben sich als „Hitlerianer“. Vor Bewilligung weiterer Mittel sollte indes Warburg die Verhältnisse in Deutschland erkunden. Er stellte dort eine ungeheure Vermehrung von Hitlers Anhängerschaft fest. Sogar ein jüdischer Bankdirektor in Hamburg – der im folgenden noch eine Rolle spielen wird – erklärte zu Warburgs Erstaunen,

¹ Brief der Firma an den Verfasser, 9. April 1952; Angaben ergänzt durch das Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam, 2. Mai 1952, nach einem am 23. November 1933 in der Amsterdamer Tageszeitung „De Telegraaf“ veröffentlichten Interview mit der Verlagsfirma.

Hitler sei der kommende starke Mann, den Deutschland brauche; er sei nur gegen die von Osten eingewanderten Juden, nicht gegen deutschstämmige Juden. Im Hause Fasanenstr. 28 in Berlin hatte Warburg seine zweite Unterredung mit Hitler, der große Zukunftspläne entwickelte. Es gebe für ihn zwei Wege: Revolution, mit einer halben Milliarde durchzuführen, oder legale Machtübernahme um den Preis von 200 Mill. Weitere Besprechungen folgten mit Göring, Streicher, von Heydt, Lütgebrun und Gregor Strasser. Carter bewilligte 15 Mill. Dollar. Auf Warburgs Namen wurden je 5 Mill. Dollar an Mendelssohn & Co., Amsterdam, an die Rotterdamsche Bankvereinigung und an die Banca Italiana in Rom überwiesen. Mit von Heydt, Gregor Strasser und Göring reiste Warburg nach diesen drei Orten. In Rom stellten sich Rossi und Balbo ein.

Auf Wunsch Carters begab sich im Februar 1935 Warburg nochmals nach Deutschland. Dieser hatte inzwischen eine starke Abneigung gegen die NSDAP gefaßt und meinte, seine Freunde seien auf falschem Weg. Warburg erlebte in Berlin den Reichstagsbrand. Am Tage darauf bestellten Göbbels und Göring ihn auf den Abend zu Hitler in die Fasanenstraße. Hitler raste über die Kommunisten. Zur Sicherung seiner Stellung und zum Unterhalt der Arbeitslosen brauche er noch viel Geld. Er machte auf Warburg den Eindruck eines Krankhaften. Nach der Unterredung zeichnete Warburg auf: „Wenn es wahr ist, daß die Hitler-Partei ihre Hand in dieser Reichstags-Brandstiftung hatte, dann ist Hitler der beste Schauspieler, den ich in den fünf Weltteilen kennengelernt habe.“

Carter gestand 7 Mill. Dollar zu. Davon wurden 2 Millionen Warburg durch die Rhenania AG, die deutsche Filiale der Royal Dutch in Düsseldorf, ausbezahlt, während die restlichen 5 Millionen wieder an die Banca Italiana gingen, wohin Göring Mr. Warburg begleiten sollte.

Die Schlußworte der Niederschrift Warburgs lauten: „Ich habe meinen Auftrag strengstens ausgeführt. Hitlers . . . Taten werden beweisen, ob er schlecht ist, wofür ich ihn halte . . . Die Welt leidet weiterhin unter einem System, das sich eines Hitler bedienen muß, um sich aufrechtzuerhalten. Arme Welt, arme Menschheit!“²

Kurz nach Veröffentlichung des Büchleins wurde der Verlag benachrichtigt, daß es einen Bankier Sidney Warburg nicht gebe. J. G. Schoup mußte dies in der Folge zugeben; er habe sein Wissen um Hitlers finanziellen Hintergrund unter dem Schleier einer Übersetzung veröffentlicht³.

Dem Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie, Amsterdam, verdankt der Verfasser folgende Feststellungen: Im Juni 1932 stand J. G. Schoup in Rotterdam wegen Geldbetrugs und unrechtmäßiger Führung des Dokortitels vor Gericht; er bekannte sich schuldig. In den Akten des British Intelligence Service war über ihn vermerkt: „Versucht sich dadurch interessant zu machen, daß er allershand Lügen aufischt . . .“⁴

² Diese Übertragung nebst einem Nachwort Sondereggers dazu und dessen 1936 erschienener Schrift „Finanzielle Weltgeschichte“ wurde von der Schweizerischen Landesbibliothek dem Hoover Institute, Stanford, California, ausgeliehen.

³ Brief des Sohnes Henri Schoup an den Verfasser, 23. April 1952.

⁴ Brief vom 2. Mai 1952 auf Grund von Pressenotizen im „Nieuwe Rotterdamse Courant“, 21. Juni 1932, und in der Wochenschrift „De Haagse Post“, zitiert von der Amsterdamer Tageszeitung „Het Volk“, 27. November 1933. Der Herausgeber von „De Haagse Post“ stand in verwandtschaftlichen Beziehungen zum damaligen britischen Militärattaché in Den Haag.

Sobald der Verlag den Schwindel, dem er zum Opfer gefallen, erkannte, zog er alle erreichbaren Exemplare zurück und vernichtete sie⁵. Man mag sich fragen, warum nicht schon bei Durchsicht des Manuskriptes ernste Zweifel auftauchten. Aber dem Verlag war die Vergangenheit des Schoup nicht bekannt; er konnte nicht ahnen, daß die ihm vorgelegten Schreiben mit dem Aufdruck „Warburg & Warburg“ gefälscht waren und daß es jemand wagen würde, weltbekannten Männern wie Rockefeller and Montagu Norman Riesenfinanzierungen Hitlers anzudichten. Die Ausschmückung mit vielen in der obigen Skizze kaum angedeuteten Einzelheiten erweckte den Eindruck tatsächlichen Geschehens. Auch hatte das Ganze eine gewisse Grundlage. In der großen Wirtschaftskrise, die im Herbst 1929 begann, beherrschte der französische Franc weitgehend Europa und wurde die Finanz in bisher unbekanntem Maß ein Instrument der Politik⁶. Ferner war in jenen Jahren die Tatsache weithin bekannt, daß der anglisierte Holländer Sir Henry Deterding aus erbittertem Haß gegen die Bolschewiken die Hitler-Bewegung freigebig unterstützte, wie ja auch einflußreiche Kreise in England Hitler als Bollwerk gegen den Kommunismus schätzten⁷.

Hätte der Amsterdamer Verlag Verdacht geschöpft, so wäre festzustellen gewesen: Es gab in New York keine Firma Warburg & Warburg; die Adresse 5754 Fourth Avenue konnte nicht stimmen, da diese Avenue bei Nr. 420 aufhört⁸. Ein Deutzberg war nie Oberbürgermeister von München⁹. Mit „von Heydt“ war gewiß Eduard von der Heydt gemeint, seinerzeit Direktor der Thyssen-Bank. Zwar hatte Fritz Thyssen als einer der ersten Großindustriellen Deutschlands Hitler finanziert, aber E. von der Heydt war als Nazi-Gegner bald ausgewandert und schon 1937 Schweizer Bürger geworden. Alles, was Schoup über ihn behauptete, war Schwindel¹⁰. Das Haus Fasanenstr. 28 in Berlin war nie ein Nazi-Quartier¹¹.

Um der Schoup'schen Broschüre entgegenzuwirken, wurde von der nazistischen Mussert-Bewegung eine „Ersatzschrift“ herausgebracht, „De geheime Geldbronnen der N. S. B.“, die die finanzielle Sauberkeit jener Bewegung darlegte¹². Zum

⁵ Brief des Verlags an den Verfasser, 30. Oktober 1951. „Het Volk“ meldete am 30. Januar 1954 diesen Vernichtungsbeschuß des Verlags.

⁶ Bertrand de Jouvenel, „D'une Guerre à l'autre“, Bd. I, Paris 1941, Kap. XXV, „Le Franc controle l'Europe“. Vgl. Sir Victor Wellesley, „Diplomacy in Fetters“, London-New York-Melbourne-Sydney 1944, S. 90. Wellesley war Stellvertretender Unterstaatssekretär im Foreign Office von 1925–36.

⁷ Zahlreiche anglo-amerikanische Werke erwähnen Deterding als eifrigen Förderer der NSDAP. Näheres wird eine Sonderarbeit bringen.

⁸ Chamber of Commerce, New York, an den Verfasser, 1. Juli 1952.

⁹ Der Oberbürgermeister, München, an den Verfasser, 31. Oktober 1952.

¹⁰ Briefe des Herrn E. von der Heydt an den Verfasser, 15. März 1952 und 1. Oktober 1952. Von einem „von Heydt“ hat er nie gehört. Siehe auch Bella Fromm, „Blood and Banquets. A Berlin Social Diary“, Garden City 1944, S. 104.

¹¹ Feststellungen dem Verfasser übermittelt von Prof. Dr. Eugen Fischer-Baling, Berlin, Fasanenstr. 48, 1. April 1953.

¹² Sonderegger, alias Severin Reinhard, hat diese Schrift als „Irreführung“ charakterisiert: „Finanzielle Weltgeschichte“, Zürich 1936, S. 25; „Spanischer Sommer“, Affoltern

Abschluß der holländischen Seite der Sache sei vermerkt, daß J. G. Schoup sein Unterfangen anscheinend mit dem Leben bezahlen mußte. Er wurde 1944 getötet¹³.

So weit der Nachweis der ursprünglichen Fälschung. Sie hatte indessen ein fatales Nachspiel.

René Sonderegger hat 1948 berichtet, der österreichische Gesandte von Alexis (sic) in Den Haag habe zwei Exemplare des Schoup'schen Buchs nach Wien geschickt, „wo es vom Bundeskanzler und einigen Vertrauten der Regierung gelesen wurde“, und durch einen Vertrauensmann von ihnen sei ihm, als Verleger von Otto Strassers „Die Deutsche Bartholomäusnacht“, eines der beiden Exemplare ausgehändigt worden¹⁴. Im August 1951 zeigte Sonderegger einem Vertreter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte eine Fotokopie des holländischen Büchleins, die Randstriche und Unterstreichungen aufwies. Diese stammten, so erklärte er, vom Bundeskanzler K. von Schuschnigg; von ihm habe er das Büchlein bekommen mit dem Auftrag, das Material deutsch zu publizieren. Diesen Auftrag habe er 1936 in seiner Schrift „Finanzielle Weltgeschichte“ wenigstens teilweise erfüllt¹⁵.

Eingehende Nachforschungen haben jedoch ergeben: Der frühere Bundeskanzler K. von Schuschnigg versteht Holländisch nicht und kann daher die Randstriche und Unterstreichungen nicht angebracht haben. In den Archiven des Wiener Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, war nichts über den Fall festzustellen; höchstwahrscheinlich hat der verstorbene Georg von Alexich die Schrift an die Abteilung Pressedienst des Bundeskanzleramtes gesandt, der der ebenfalls verstorbene Oberst a. D. Walter Adam vorstand. Von ihm allein, und nicht von einem Mitglied der österreichischen Regierung, wird an Sonderegger die Anregung – keinesfalls ein „Auftrag“ – gelangt sein, das Material der holländischen Schrift zu verwerten¹⁶.

Es ist als sicher anzunehmen, daß Herr von Alexich dem Leiter des Pressedienstes mitgeteilt hat, daß die „Geldbronnen“-Schrift, da als Mystifikation erkannt, Anfang 1934 aus dem Handel zurückgezogen worden sei. Andererseits war 1933 in Wien ein Heftchen erschienen, „Hakenkreuzjudas und seine Silberlinge“, das von

a. A., 1948, S. 179, 2. Auflage, Buenos Aires 1952, S. 145, und in beiden Ausgaben im Abschnitt IV des Anhangs.

¹³ Brief des Sohnes, 23. April 1952. Meine ihm gegenüber geäußerte Vermutung, daß die Nationalsozialisten seinen Vater umgebracht haben, blieb unbeantwortet.

¹⁴ „Spanischer Sommer“ – siehe Anm. 12 –, S. 180 bzw. 145–46.

¹⁵ Schreiben des genannten Instituts an den Verfasser, 18. Januar 1952.

¹⁶ Briefe an den Verfasser von Dr. Kurt von Schuschnigg, 2. März 1952; von Theodor Hornbostel, s. Zt. Chef der Politischen Abteilung im österreichischen Außenamt, 28. Mai 1952; von der Österreichischen Botschaft, Washington, für das Bundeskanzleramt, 2. Juni 1952; von zwei Mitgliedern des Pressedienstes, 11. März 1952 und 17. Juni 1952. In einer Erklärung von James P. Warburg – siehe Anm. 25 – ist Adam als Zusteller der „Geldbronnen“-Schrift bezeichnet. Ferner hat Dr. Otto Strasser in einem Brief an den Verfasser vom 17. Februar 1953 bekundet, daß Sonderegger mit dem Pressechef Adam bekannt war und, ohne es klar zu behaupten, angedeutet, daß er von ihm das Warburg-Material erhalten habe.

„rollenden Goldfranken, Gulden und Dollars“ für die Hitler-Bewegung sprach¹⁷. Ferner wurde 1934 ein äußerlich getarntes Schriftchen verbreitet¹⁸, das „Glück und Ende des Dr. Georg Bell“ schilderte. Er war Anfang April 1933 in einem österreichischen Dorf bei Kufstein von deutschen Nazis erschossen worden — ein Vorfall, der großes Aufsehen erregte. Dieser Bell wußte, wie es in dem Schriftchen hieß, als Mittelsmann zwischen der NSDAP und Sir Henry Deterding „von den Millionen-Subventionen, die aus London in die Kassen der Nazipartei geflossen sind“. Kein Wunder, daß im Bundespressedienst „alle fest davon überzeugt waren, Hitler werde vom Ausland finanziert.“¹⁹ Auch im Hinblick auf die nationalsozialistischen Umtriebe in Österreich, die in der scheußlichen Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß am 25. Juli 1934 gipfelten, ist es begreiflich, daß Oberst Adam schließlich bei Sonderegger die Auswertung der holländischen Schrift anregte.

Der Schweizer tat das in dem Heft „Finanzielle Weltgeschichte“, das den Untertitel trug „Das Dritte Reich im Dienste der Internationalen Hochfinanz“²⁰. Sonderegger nannte außer den von Schoup angegebenen Geldgebern nun auch Deterding, dessen Beiträge er auf 50 bis 60 Mill. Mark schätzte, und John Pierpont Morgan. Von deutschen Geldgebern nannte er das Bankhaus Schroeder mit 14 Millionen und die Stuttgarter Allianz mit 10 Millionen. Als Neuheit behauptete er, die holländische Schrift sei durch Verwandte Warburgs zurückgezogen und von Nationalsozialisten auf Befehl des deutschen Propagandaministeriums aufgekauft worden²¹. Beides hat der Amsterdamer Verlag als unwahr erklärt²². Von größerer Bedeutung ist, daß Sonderegger zur Rolle Sidney Warburgs angemerkt hat: „Die läppischen Versuche, Sidney Warburgs Existenz zu verdunkeln, scheitern angesichts einer unbeabsichtigten freimütigen Zeugenschaft einer sehr hochgestellten

¹⁷ Wiener Volksbuchhandlung, verantwortlich von dem Beamten Hans Philipp gezeichnet.

¹⁸ „Von der Brandstiftung zum Fememord.“ Als Elektrolux-Broschüre aufgemacht.

¹⁹ Brief von Dr. Anton Klotz, von 1936 an im Pressedienst, jetzt Chefredakteur der „Tiroler Tageszeitung“, Innsbruck, 11. März 1952. Ähnlich auch Dr. Kurt von Schuschnigg im Brief vom 2. März 1952.

²⁰ Heft 8 der Kulturpolitischen Schriften des Resoverlags, Zürich 1936. Die österreichische Anregung zur Veröffentlichung ist darin nur angedeutet. Auf dem Umschlag ist der Titel der „Geldbronnen“-Schrift wiedergegeben. Nach Sonderegger ging die Wirkung der „Finanziellen Weltgeschichte“ „in der Flut der politischen und anderen Enthüllungen“ jener Zeit unter: „Spanischer Sommer“, S. 180 bzw. 146.

²¹ Im „Spanischen Sommer“, S. 179 bzw. 145, weiter ausgeschmückt: „... was von einem jüdischen Rechtsanwalt in Amsterdam, im offensichtlichen Auftrag der Warburgfamilie nicht zurückgeholt werden konnte, wurde von den Geheimpolizisten der Hitlerbewegung in Holland erjagt . . . Auffallenderweise verzog sich auch der . . . Anwalt, welcher das Verschwinden des Buches geleitet hatte, nach den Vereinigten Staaten, wo er als Mitbewohner im Hause gesichtet wurde, das auch von Max. M. Warburg nach seiner Flucht aus Deutschland bewohnt worden ist.“ Mit dem Anwalt war Dr. Hans J. Meyer gemeint, 1933 Teilhaber von Warburg & Co., Amsterdam, und später in der Firma E. M. Warburg & Co. Inc., New York, tätig. Seine Rolle hatte lediglich darin bestanden, den Amsterdamer Verlag davon in Kenntnis zu setzen, daß er offensichtlich einem Schwindel zum Opfer gefallen sei; Brief von Dr. Meyer an den Verfasser, 4. Mai 1953.

²² Brief vom 30. Oktober 1951 an den Verfasser. Siehe auch Anm. 5.

amerikanischen Dame — deren Bruder Staatssekretär ist —, die eine Jugendspielin Sidneys ist²³.“ Das war der Beginn von Sondereggers Fälschungen und Erfindungen.

Der deutschen Übersetzung der Schoup'schen Schrift, die Sonderegger 1947 der Schweizerischen Landesbibliothek einsandte, fügte er ein aufschlußreiches Nachwort bei. Danach wußte er im Oktober 1946, daß van Holkema & Warendorf selbst die Schrift, als „große Mystifikation“, zurückgezogen und vernichtet hatten und daß James P. Warburg bestritt, der verkappte Sidney zu sein, was nachzuweisen Sonderegger sich nun anheischig machte. Denn der Warburg-Bericht sei eines der wichtigsten Dokumente unserer Epoche, weil er „scheinwerferartig in das Dunkel hineinzündet, in dem der zweite Weltkrieg und Hitler gemacht wurden“; er sei ferner ein politisches Lehrbuch ersten Ranges, weil er Einblick gebe in die innersten Geheimkammern der kapitalistischen Weltherrschaft; und er sei „ein erschütterndes Dokument, weil es zu klarem Bewußtsein bringt, daß die unerhörten Leiden und Opfer der Menschheit in den vergangenen fünfzehn Jahren im Interesse der internationalen und vor allem der amerikanischen Hochfinanz erlitten und gebracht wurden.“ Es sei daher Pflicht gegenüber dem allgemeinen Recht und der werktätigen Menschheit, die Wahrheit über diesen Bericht zu erforschen und bekanntzugeben.

Dieser Pflicht genügend, brachte Sonderegger unter dem Pseudonym Severin Reinhard 1948 sein Buch „Spanischer Sommer“ und als Ergänzung zu den Quellenangaben darin 1949 den Privatdruck „Die letzte Frage“ heraus²⁴. Folgendes sind seine Behauptungen:

„Eine erste Abklärung über den wahren Verfasser des geheimnisvollen („Geldbronnen“-) Buches ergab sich aus einer zufälligen Unterhaltung, die der Verfasser mit dem gerade zum Minister ernannten schweizerischen Geschäftsträger in Prag, Dr. Bruggmann, im Kreise seiner Familie hatte. Nach Erwähnung des Namens und der Umstände bestätigte die Gattin des hohen Gastgebers, daß es sich um niemand anders handeln könne als einen Gespielen aus ihrer Jugendzeit, der auch ihr Schulkollege war, und sie gab eine Reihe von Feststellungen an, welche nicht nur auf die Angaben des Buches paßten, sondern die Persönlichkeit des Verfassers deutlich machten. Sidney ist ein naheliegendes Synonym für James, weil beide Namen im familiären Umgang mit „Shimmy“ bezeichnet werden, und nach sorgsamsten Prüfungen sowohl der im Buche erwähnten Umstände als auch der übrigen Charakterisierungen und Tatsachen konnte hinter dem Verfasser niemand anders zu suchen sein als James P. Warburg, der im Jahre 1896 geborene, einzige Sohn des früheren Staatssekretärs Paul M. Warburg, des Teilhabers von Kuhn Loeb & Cie.“

²³ „Weltgeschichte“, S. 22–23. Sonderegger spielt da, wie sich zeigen wird, auf Mrs. Charles Bruggmann an, Gattin des derzeitigen Schweizer Gesandten in Washington. Sie ist eine Schwester von Henry A. Wallace.

²⁴ Untertitel des „Spanischen Sommer“: „Die europäische Wandlung zwischen Osten und Westen. Zusammenfassung der Gegenwartsgeschichte. Errichtung des zionistischen Reiches Gottes. Dargeboten auf Grund schweizerischer Forschung und Dokumentensammlung“. – „Die letzte Frage. Zusammenfassung aus Darlegungen, Unterlagen und Dokumentationen“, Zürich 1949.

Dazu hat James P. Warburg in einer eidesstattlichen Erklärung bekundet, daß er Mrs. Bruggmann nie gekannt habe; die Identifizierung seiner Person mit „Sidney“ sei eine vollkommene Erdichtung²⁵. Herr Charles Bruggmann, Gesandter der Schweiz in Washington, schrieb dem Verfasser der vorliegenden Arbeit dazu, Sonderegger habe Mrs. Bruggmann in Prag gefragt, ob ihr ein Mr. Warburg in New York bekannt sei. Sie erwiderte, „Nein, aber sie sei mit einer Miss Warburg zur Schule gegangen, die vielleicht einen Bruder habe; seinen Namen kenne sie nicht.“ Dem fügte Herr Bruggmann in seinem Schreiben hinzu: „Das ist alles, und was in Herrn Sondereggers Veröffentlichung über diese Tatsachen hinausgeht, ist frei erfunden“²⁶.

Als weiteren Beweis erzählt Sonderegger folgendes Erlebnis:

„Als der schweizerische Verleger und Publizist mit seiner geheimnisvollen Wahrheit und dem Wissen, das nirgends willkommen war, den bekannten Leiter der amerikanischen Liga für Menschenrechte, Roger N. Baldwin, in New York aufsuchte, nahm dieser lächelnd das Telefon und verband sich mit Warburg, der seiner radikalen Bewegung offenbar ebenso nahe stand, wie er ihm selber befreundet war. ‚Hallo, Shimmy‘, rief er in den Draht, ‚ich habe diesen Schweizer neben mir, der sich um die Geschichte des Buches bekümmert . . .‘ Aber er hatte kaum den Satz beendet, als ihm ein wütender Ruf das Wort verschlug: ‚Zum Teufel mit diesem Schweizer, ich will nichts mit ihm zu tun haben!‘ Die Verlegenheit überwindend, welche das Dabeisein des Betroffenen erzeugen mußte, fügte er seinen späteren Erklärungen lächelnd die Frage hinzu: ‚Warum kümmern Sie sich denn um derlei Sachen, ist es denn verwunderlich und haben nicht alle Diktatoren Geld von uns erhalten, Lenin ebenso wie Hitler?‘“

James P. Warburg hat bezeugt, daß ein solches Telefongespräch nie stattgefunden hat. Ferner schrieb Mr. Roger N. Baldwin dem Verfasser:

„Ich erkläre kategorisch, daß die mir von René Sonderegger zugeschriebenen Äußerungen ganz und gar unwahr sind. Soweit ich mich erinnere, kannte ich nie einen Herrn solchen Namens und hatte nie eine Unterhaltung der geschilderten Art. Falls ein Herr unter anderem Namen mich wegen einer Wall-Street-Bankiers betreffenden Veröffentlichung ansprach, so habe ich bestimmt nicht James P. Warburg, noch irgendeinen anderen mit Wall Street verbundenen Herrn angerufen. Bis in die letzten zwei oder drei Jahre habe ich Herrn Warburg so selten angerufen, daß ich mich eines Gesprächs wie des vorgeblichen erinnern würde“²⁷.

Um eine zionistische Verschwörung zur Beherrschung Europas unter Leitung der Warburgs darzutun, hat Sonderegger auch einen Tagebucheintrag des Berliner amerikanischen Botschafters William E. Dodd der Zeit und dem Inhalt nach gefälscht. Max M. Warburg, ein in Hamburg ansässiger Onkel von James, soll im Juli 1938, kurz vor seiner Flucht aus Deutschland, dem Botschafter gestanden haben, „wie meisterhaft er die Deutschen getäuscht und ihrem vorbereiteten

²⁵ Die Erklärung ist abgedruckt in den „Memoirs“ von Franz von Papen, London 1952, als Anhang I. In der deutschen Ausgabe „Der Wahrheit eine Gasse“, München 1952, ist die Schoup-Warburg Schrift auf den S. 257–59 behandelt.

²⁶ Brief, Washington, 16. Juni 1952. – Siehe Anm. 25.

²⁷ Brief, New York, 10. Mai 1952.

Schicksal entgegengeführt“ habe. Dodd hat nichts dergleichen aufgezeichnet²⁸. Aus Schoups ungenanntem Hamburger Bankdirektor, der sich 1931 für Hitler erklärte, hat Sonderegger, die angebliche Zeugenschaft des amerikanischen Botschafters anrufend, den Verschwörer Max Warburg gemacht.

Sondereggers große These erhellt aus einigen Zitaten:

„Die gewaltigen Geldmittel, welche Hitler durch Warburg in den entscheidenden Phasen seines Aufstiegs vermittelt worden sind, haben ihre Wirkung getan. Der deutsche Riese Goliath ist, wie einst der zaristische Koloß, gefällt . . .“

„Um die führende Stellung Frankreichs endgültig zu brechen, aber auch um Europa einer dominierenden Macht zu unterwerfen, . . . wurde ein deutscher Nationalismus aufgezogen, und es kam eine Transaktion zustande, welche in ihrer Folge und weltgeschichtlichen Bedeutung die Finanzierung des Bolschewismus noch weit übertrifft. Die Ausführung war wiederum einem Mitglied der Warburgfamilie übertragen, als dieses in den Jahren 1929 bis 1933 von amerikanischen Bankiers in Wallstreet berufen war, Adolf Hitler durch Geldhilfen in großem Ausmaße die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ihm die Macht vorenthielten . . .“²⁹

Wie erklärt Sonderegger aber den Widersinn, daß sich die Zionisten ausgerechnet Hitler, einen der besessensten Judenhasser aller Zeiten, zum Werkzeug erkoren? Sehr einfach: „Sein Antisemitismus erfüllte genau die auf ihn gesetzten Erwartungen der Bankleute in Wallstreet; ihr Zionismus schoß darauf hoch wie im Dunkeln die Pilze“ — die Juden gewannen Weltsympathie³⁰.

In seinem Dokumentarnachweis bezeichnet Sonderegger die „Geldbrunnen“-Schrift von 1933 als „pièce de résistance“ für die Beweisführung³¹. Schoup hatte jedoch keinen Juden als Geldgeber genannt oder angedeutet. Sein erfundener Sidney Warburg spielte nur eine vermittelnde Rolle und beklagte schließlich die Machtergreifung Hitlers. Durch dreiste Erfindungen und krasse Fälschungen hat René Sonderegger aus Sidney Mr. James P. Warburg konstruiert. Sein ganzes Machwerk zerstiebt in nichts, ist aber nicht ohne Folgen geblieben.

Voreilig, aber in gutem Glauben hat ein anderer Schweizer, Werner Zimmermann, 1948 in seinem Buch „Liebet eure Feinde“ Sondereggers Behauptungen über die anglo-amerikanische Finanzierung Hitlers übernommen, im Frühjahr 1953 jedoch einen ehrenhaften öffentlichen Widerruf erlassen³². Die Schriften der beiden

²⁸ „Ambassador Dodd's Diary, 1933–1938“, herausgegeben von William E. Dodd, Jr., und Martha Dodd, New York 1941. Einen Eintrag vom 9. August 1934, S. 145, hat Sonderegger auf den 28. Juli 1938 verlegt und geändert: „im letzten Jahr“ in „in den letzten Jahren“, und „steht jetzt in Gefahr“ in „stand in Gefahr“. Vgl. Dodd, S. 145, mit Sondereggers „Dokumentar- und Quellennachweis“ im Anhang des „Spanischen Sommer“, sowie mit S. 25 von „Die letzte Frage“. — Dodds letzter Eintrag über Max Warburg erfolgte am 27. November 1935, a. a. O. S. 280. — Im Kreise des Botschafters war die „Geldbrunnen“-Schrift — ungenau — bekannt geworden, siehe bei Martha Dodd, „Through Embassy Eyes“, New York 1939, S. 312–13.

²⁹ „Spanischer Sommer“, S. 182–83 bzw. 147–48, und „Letzte Frage“, S. 24–26.

³⁰ „Letzte Frage“, S. 31.

³¹ „Spanischer Sommer“, S. 296 bzw. 231.

³² „Liebet eure Feinde“, Thielle/Neuch. 1948, Abschnitt „Hitlers geheime Geldgeber“,

haben indes in Deutschland üble Wirkungen ausgelöst. So haben in den Spruchkammerverfahren namhafte „Betroffene“ unter Berufung auf die Feststellungen der Schweizer geltend gemacht, daß ja die amerikanische und britische Hochfinanz Hitler zur Macht gebracht habe. Das wurde in der deutschen Presse vielfach aufgegriffen. Im Ausland, besonders in den USA, entstand der fatale Eindruck, daß anti-demokratische und chauvinistische Gruppen in Deutschland sich systematisch bemühten, die Schuld am Nationalsozialismus fremden Kapitalisten, und besonders einer jüdischen Verschwörung, zuzuschreiben. Dies veranlaßte James P. Warburg im Juli 1949 zur Niederschrift seiner oben erwähnten Darlegung und eidesstattlichen Erklärung, die er offiziell der Schweizer und der amerikanischen Regierung sowie dem britischen und dem französischen Hohen Kommissar in Deutschland zustellte.

Da immer wieder, und nicht bloß in Deutschland, vorgebracht wird, J. G. Schoup habe doch wohl bestimmte Unterlagen gehabt, sind neuerdings bei den angeblich Hauptbeteiligten Erkundigungen eingezogen worden. Es ergab sich:

Mr. Carter war nie Präsident der Guaranty Trust Co. Dies war vielmehr Mr. William C. Potter von Juli 1929 an und über zehn Jahre hinaus. Carter gehörte der Firma J. P. Morgan & Co. an. In den Jahren 1929–33 und schon viele Jahre vorher war kein Mitglied der Rockefeller Familie mehr Direktor oder Beamter oder Angestellter der Standard Oil Co. Von allen ist nachdrücklich erklärt worden, daß Beratungen oder Transaktionen, wie sie Schoup behauptet und Sonderegger weiterverbreitet hat, nie stattgefunden haben³³.

René Sonderegger hat sich bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges als heftiger Gegner des Nationalsozialismus gezeigt³⁴. In den Jahren 1940 und 1941 jedoch veröffentlichte er mehrere Schriften, die Hitler und seine Partei derart verherrlichten, daß sie von der schweizerischen Zensur unterdrückt wurden³⁵. Fürchtete

S. 73–79. Widerruf in „Freisoziale Presse“, Lüdenscheid-Hagen, 27. Februar 1953, und in „Drei-Eichen-Blätter“, München, 1. April 1953.

³³ Schreiben an den Verfasser von J. P. Morgan & Co., New York, 8. Dezember 1953; von der Standard Oil Co., New York, 15. Dezember 1953; und von William C. Potter, Albany, 17. Dezember 1953.

³⁴ Dies hinderte Sonderegger jedoch nicht, als Hitler in den 30er Jahren seinem erbitterten Feind Otto Strasser 400 000 Franken für die Einstellung des Kampfes gegen den Führer anbieten ließ, was Strasser entrüstet und verächtlich ausschlug, diesem zuzureden, das schöne Angebot anzunehmen, wobei er deutlich zu verstehen gab, daß man einem Verbrecher wie Hitler gegenüber eine Zusage, fortan zu schweigen, nicht zu halten brauche. Daraufhin trennten sich die Wege Strassers und Sondereggers. (Nach Briefen Dr. Otto Strassers an den Verfasser, 18. Juni 1952 und 28. April 1953. Hitlers Angebot ist in dem Sonderdruck „Gregor und Otto Strasser“ von Reverend Father Bernhard Strasser, Primrose, Nebr., behandelt.)

³⁵ Sonderegger erblickte damals in Hitler „eine ausgesuchte Blume in der Gattung der europäischen Blumen“. Auf Grund solcher Huldigungen nannte der Journalist Dr. Fritz Heberlein Sonderegger im Januar 1951 einen „speichelleckenden Appenzeller“. Dessen Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen („National-Zeitung“, Basel, 12. Nov. 1951; „Appenzeller Zeitung“, Herisau, 3. Jan. 1952; Brief Dr. Heberleins an den Verfasser, 5. Juni 1952).

er im Falle einer deutschen Besetzung der Schweiz um sein Leben? Das Schicksal J. G. Schoups wäre ihm dann wohl auch kaum erspart geblieben. Im September 1946 bot Frau Sonderegger Mr. James P. Warburg brieflich das Warburg-Material ihres Mannes für 3000 Dollar an. Als ihr Schreiben unbeantwortet blieb, erneuerte René selbst dieses Angebot. Sonderegger war in wirtschaftliche Bedrängnis geraten²⁶. 1952 ist er nach Spanien ausgewandert. Im gleichen Jahr hat er in Buenos Aires seinen „Spanischen Sommer“ in zweiter Auflage herausgebracht. Er hat eine Studie „Die Rolle der Warburg in Deutschland und Europa“ in Vorbereitung und will seine „Finanzielle Weltgeschichte“ von 1936 in neuer Bearbeitung vorlegen. Es ist daher dringend geboten, seine Fälschungen ins rechte Licht zu rücken.

Kurz nach dem verlorenen Prozeß wanderte Sonderegger aus, um, wie er der „Appenzeller Zeitung“ (Nr. vom 3. Jan. 1953) schrieb, „in freierer Luft den Kampf um die Aufklärung des Jahrhunderts fortzusetzen“!

²⁶ Mr. Warburg gewann den Eindruck eines Erpressungsversuches (s. seine Erklärung bei Papen, engl. Ausg., S. 590–91, 595). Von gut unterrichteter Seite wurde dem Verfasser mitgeteilt, daß Sonderegger sein Material bis ins Jahr 1950 anderweitig herumbot. Er glaubte, die Identität Sidneys mit James P. Warburg auch ohne dieses angebotene Material nachweisen zu können.

DokumentationNEUE DOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DER REICHSWEHR
1930—1933*)

Zwischen 1925 und 1928 vollzog sich eine bedeutsame Wandlung in der Führung der Reichswehr und damit in ihrer Position innerhalb des Weimarer Staates. Konnte im Herbst 1923 der General von Seeckt auf die Frage des Reichspräsidenten Ebert „Ich möchte nun wirklich wissen, wo steht denn eigentlich die Reichswehr?“ erwidern: „Die Reichswehr steht hinter mir“¹, so hätte er eine solche Antwort gegenüber dem Reichspräsidenten von Hindenburg weder wagen noch vertreten können. Seeckt hatte mit Bedacht die Distanz zwischen seiner Armee und Ebert gepflegt. Nunmehr drängte Hindenburgs Autorität diejenige Seeckts zurück. 1926 wurde er entlassen. Sein Nachfolger, der General Heye, war ein unpolitischer Soldat, hatte nicht die Führungsbegabung seines Vorgängers und war daher außerstande, sich auch nur annähernd dessen Ansehen in der Reichswehr zu verschaffen. Noch zu Zeiten Seeckts war der wendige und parlamentarisch versierte Oberstleutnant von Schleicher in das Ministerium berufen und später zum Chef des Ministeramts ernannt worden². Damit erhielt er faktisch eine Stellung, die einem Staatssekretär im Reichswehrministerium entsprach. 1928 übernahm Schleichers väterlicher Freund und früherer Vorgesetzter, der Generalleutnant a. D. Groener, als Nachfolger Geßlers das Reichswehrministerium. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das militärpolitische Schwergewicht endgültig von der Heeresleitung auf das Ministerium verlagert.

Groener war als geborener Württemberger eine „unpreußische“ Offizierserscheinung mit großen organisatorischen Fähigkeiten. Ludeendorfs Nachfolger im Amte des Ersten Generalquartiermeisters (1918) und Reichsverkehrsminister unter Ebert, war er im Offizierkorps der Reichswehr wegen seiner Haltung bei der Abdankung des Kaisers und seiner verständnisvollen Einstellung zur demokratischen Republik eine umstrittene Figur, wurde jedoch von Hindenburg gestützt. Demgegenüber brachte ein großer Teil der demokratischen Parteien ihm Vertrauen entgegen.

*) Zugrunde liegen die Befehlshaberbesprechungen nach den Aufzeichnungen des Generals a. D. Liebmann. Sie sind bearbeitet von Thilo Vogelsang, der die gesamten Aufzeichnungen zusammen mit anderen ungedruckten Quellen im Rahmen einer Untersuchung über das Verhältnis zwischen Wehrmacht und Staat veröffentlichen wird. (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte München, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.)

¹ F. von Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918—1936, Leipzig 1940, S. 341f.

² Zum 1. Februar 1926 wurden die Aufgaben der „Gruppe für militärpolitische Angelegenheiten“ des Truppenamtes (T 1 III) von der Nachrichtenstelle des Ministeriums übernommen, die darauf die Bezeichnung „Wehrmachts-Abteilung“ erhielt. Ihr Leiter wurde Oberstlt. von Schleicher, der in den folgenden Jahren einen schnellen Aufstieg erlebte (Oberst 1. 3. 26; Gen.Maj. 23. 1. 29) und dessen Aufgabenbereich mit der Ernennung zum Chef des Ministeramtes (1. März 1929) bedeutsam erweitert wurde.

Die Offiziere, die nunmehr an der Spitze der Reichswehr standen, waren dieselben, die im November 1918 Ebert die Hilfe der Armee gewährt hatten. Im Gegensatz zu ihrer selbständigen Stellung neben Reichspräsident und Reichsregierung unter Seeckt gelangte die Reichswehr jetzt durch die eingetretenen Veränderungen immer mehr in den politischen Wirkungsbereich des Reichspräsidenten, welcher seinerseits mit der Ernennung Brünnings zum Reichskanzler (1930) anfang, eine eigene Politik zu treiben. Hinzu kam, daß es in den Jahren vorher auch Groener nicht gelungen war, die permanente, auf Gegenseitigkeit beruhende Vertrauenskrise zwischen Reichswehr und politischen Parteien zu überwinden³. Der Kampf um das Panzerschiff A zeigte deutlich die Hemmungen und Schwierigkeiten, vor denen die Sozialdemokratische Partei, vor allem ihr linker Flügel, stand und zu deren Ausräumung sich mit der Amtszeit des zweiten Kabinetts Müller die eigentlich letzte Gelegenheit geboten hatte⁴. Auch das Mißtrauen gegen das Offizier- und Unteroffizierkorps, welches aus ihr fremden, vielfach zu ihr im Gegensatz stehenden Kreisen zusammengesetzt war, blieb trotz der Sympathien für den neuen Minister bestehen.

Hindenburg und Groener hatten im Mai 1930 in den von ihnen erlassenen „Berufspflichten des deutschen Soldaten“ die überkommene Anschauung, die Reichswehr aus dem Streit der Parteien herauszuhalten, nochmals unterstrichen, um sie desto nachhaltiger zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber Reichsführung und Reichsverfassung anzuhalten⁵.

Aber diese angestrebte Bindung blieb allen Bemühungen Groeners zum Trotz letzten Endes doch ein Wunschbild. Das Offizierkorps stammte überwiegend aus Kreisen, die den Rechtsparteien angehörten oder ihnen zumindest zuneigten. Abgesehen davon fühlte es sich auch zu diesen mehr hingezogen, da sie die Belange der Wehrmacht mit Entschiedenheit vertraten, während es den demokratischen Parteien mit demselben Mißtrauen begegnete, das diese ihm entgegenbrachten. Zu den niemals aufgehörenden Zweifeln von außen gesellten sich innerhalb des Offizierkorps

³ Einen tiefen, wenn auch nur gedrängten Einblick in die Nöte dieser Jahre gibt H. Herzfeld, *Das Problem des deutschen Heeres 1919–1945*, Laupheim 1952, besonders S. 11 ff. Wesentlich ausführlicher, aber bei aller Schärfe in der Diktion nicht immer klar ist der Beitrag von K. D. Bracher, *Auflösung einer Demokratie, Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem*, in: *Faktoren der Machtbildung*, hrsg. A. R. L. Gurland, Berlin 1952, S. 62 ff. Zur Person Groeners ist zu vergleichen E. Kabisch, *Groener*, Leipzig 1932, und neuerdings G. A. Craig, *Reichswehr and National Socialism, The policy of Wilhelm Groener 1928–1932*, in: *Political Science Quart.* 63 (1948), S. 194–229 (unter Benutzung des in den National Archives, Washington, befindlichen Groener-Nachlasses).

⁴ Es sind weniger wehr- als vielmehr innenpolitische Gründe gewesen, nämlich die Rücksicht auf die kommunistische Propaganda, welche die SPD zum Widerstand gegen den Bau dieses Schiffes veranlaßt haben.

⁵ Art. 1 lautete: „Die Reichswehr ist das Machtmittel der gesetzmäßigen Reichsgewalt. Sie schützt die Grenzen des Deutschen Reiches nach außen und nach innen. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Ihrer Verfassung schwört der Soldat die Treue. Die unverbrüchliche Wahrung der dem Vaterland gelobten Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten.“ (H. V. Bl. vom 23. Mai 1930.)

sehr unterschiedliche Auffassungen, besonders was Sinn und Umfang der „unpolitischen Haltung“ betraf. Nur zu oft wurde die Möglichkeit einer innenpolitischen Neutralität, die, von einem staatsbejahenden Geiste durchdrungen, sogar schöpferisch hätte wirken können, mit der angeblichen Notwendigkeit einer abwartenden Exklusivität verwechselt, so daß sich vielerorts der Blick für die wirklichen Gefahren trübte. Der Auftrag, über den Parteien zu stehen und nur die Reichsverfassung als bindende Instanz anzusehen, wurde von vielen Offizieren — mehr oder weniger bewußt — höchst eigenmächtig erweitert. Man glaubte, am Ende auch über der Staatsform der Republik stehen zu dürfen, und sprach schließlich von dem Staat schlechthin unter Verschweigung oder gar stiller Verwerfung der demokratischen Form, man dachte nur an Volk und Vaterland, wenn man von jenen Dingen sprach, die zu verteidigen man berufen war⁶.

Diese Gesinnung berührte sich mit den wehr- und innenpolitischen Auffassungen der Rechtsparteien, die jedoch mit der als „schlapp“ getadelten Reichswehrführung oft sehr wenig einverstanden waren. Auch ihre Antipathien beruhten weniger auf wehrpolitischen als auf innenpolitischen Erwägungen. Im Interesse ihrer gegenrevolutionären Ziele wollten sie über die Reichswehr, die der stärkste Machtfaktor der Republik war, verfügen. Diese Position zwischen zwei Feuern gab der politischen Führung der Reichswehr nach 1928 Veranlassung, immer mehr einen eigenen Kurs zu steuern, was ihr zunächst um so leichter möglich war, als nunmehr auch ihre Spitze eine Homogenität erhalten hatte, die zu Seeckts Zeiten in dieser Form nicht gegeben gewesen war. Das Ruder wurde jedoch weder von Hindenburg noch von Groener bedient. Es lag vielmehr in den Händen Schleichers⁷. Dieser, nicht die Zentrumspartei, präsentierte bei Hermann Müllers Rücktritt Hindenburg den neuen Kanzler.

Im Jahre 1930 erlangten zwei Ereignisse für die Reichswehr besondere Bedeutung: die Aufdeckung nationalsozialistischer Umtriebe im Heere, welche im September zum Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht führten⁸, und, zeitlich dazwischenliegend, die Reichstagswahlen am 14. September, welche den Nationalsozialisten 107 Mandate einbrachten, sie zur zweitstärksten Partei werden ließen und eine Regierungsbildung der nicht sozialistischen Parteien ohne Nationalsozia-

⁶ Vgl. z. B. die Ausführungen des Gen.Maj. Frhr. von Hammerstein-Equord (Kurt), des späteren Chefs der Heeresleitung, in der „Magdeburgischen Zeitung“ vom 21. Juli 1929. Selbst Groener hat sich nach und nach zu Auffassungen bekannt, die einer solchen Haltung ziemlich nahe kamen, wenn auch erst am Ende seiner Tätigkeit als Minister.

⁷ Eine der Persönlichkeit Schleichers gerecht werdende Biographie liegt noch nicht vor. In der Sicht der damaligen Zeit entstanden K. Caro und W. Oehme, Schleichers Aufstieg, Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933, R. Fischer, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1933 und H. Brauweiler, Generäle in der Deutschen Republik, Berlin 1932. Mit Vorsicht zu benutzen ist H. R. Berndorff, General zwischen Ost und West, Hamburg 1951. Vgl. zuletzt die Charakterisierung Schleichers durch H. von Holtzendorff in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 267–270.

⁸ Einen guten Überblick gibt R. H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten V, Der Fall Scheringer-Ludin-Wendt, in: Dtsch. Rdsch. 76 (1950), S. 915–922.

listen und Deutschnationale nicht mehr erlaubten. An die Stelle des sich auf Duldung beschränkenden Parlaments trat der die Notverordnungen unterzeichnende Reichspräsident und rückte dadurch immer mehr in den Vordergrund der Politik.

Im Reichswehrministerium fanden damals in regelmäßigen Abständen zumeist von einem Vierteljahre Befehlshaberbesprechungen statt, die vom Minister oder vom Chef der Heeresleitung einberufen wurden. Dabei wurden Vorträge ohne nachfolgende Diskussion, auch politische Referate, die fast immer durch den Chef des Ministeramtes vorbereitet waren, gehalten. Vom Herbst 1930 an liegen der Forschung Aufzeichnungen vor, die bei diesen Besprechungen skizziert und in unmittelbarem Anschluß daran für die Weitergabe vor dem Offizierkorps ausgearbeitet worden sind. Sie stammen von der Hand des Generals d. Inf. a. D. Liebmann, der ab Februar 1930 als Chef des Stabes des Gruppenkommandos 2 (Kassel) und seit Dezember 1931 als Befehlshaber im Wehrkreis V (Stuttgart) an den Zusammenkünften teilnahm. Diese Aufzeichnungen reichen bis zum Jahre 1935 und befinden sich seit 1951 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München. Ihr besonderer Quellenwert ergibt sich daraus, daß sie jeweils ausführliche Stellungnahmen des Reichswehrministers, des Chefs des Ministeramtes und des Chefs der Heeresleitung zu den innen-, außen- und wehrpolitischen Fragen dieser Zeit enthalten, Ausführungen also, die geeignet sind, bereits Bekanntes zu erläutern und neu zu beleuchten, aber auch manche bisher unbekannte Ansichten und Maßnahmen aufzuzeigen. Unretuschiert geben sie die jeweilige politische Vorstellung der Reichswehrrführung in allen entscheidenden Stadien der Entwicklung jener Jahre wieder. Diese Berichte werden von uns gelegentlich durch Materialien aus dem Nachlaß Schleichers ergänzt.

Die erste der nun folgenden Aufzeichnungen beginnt mit der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber am 25. Oktober 1930, welche noch stark im Zeichen der innenpolitischen Auswirkungen des Leipziger Prozesses stand. Daß hierzu inzwischen auch eine Stellungnahme Hindenburgs erforderlich geworden war, ergibt sich gleich zu Anfang aus den Worten Schleichers.

Nr. 1.

1930 Oktober 25, Berlin. Ausführungen des Gen.Maj. von Schleicher, des Reichswehrministers Groener und des Gen.d.Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord* auf der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnung des Gen.Maj. Liebmann auf Grund von Bleistiftnotizen als Grundlage für eine Offiziersbesprechung am 11. November 1930. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 3—6.

* Heye, dessen Ausscheiden aus dem Wehrdienst zum 31. Oktober 1930 vorgesehen war, hatte schon einen Teil seiner Dienstgeschäfte als Chef der Heeresleitung abgegeben. Daraus erklärt sich, daß Hammerstein an dieser Besprechung im RWM bereits teilnahm.

Niederschrift der Besprechung im R.W.M. am 25. 10. 30

A. General von Schleicher.

Leipziger Prozeß.

1. Frage, ob d. Angelegenheit disziplinarisch erledigt werden konnte, ist in dem Vortrag des Majors Theisen¹⁰ eingehend beantwortet.

2. Stellung des Reichspräsidenten zum Prozeß.

Er hat über die Begnadigungsanträge ganz allein entschieden. Irgend ein Vortrag seitens des R[eichs]w[ehr]m[in]ist[ers] oder anderer Stellen hat nicht stattgefunden.

Zum Vorstoß Oldenburg-Januschau. Der offene Brief des R.W.Ministers hat dem R[eichs]präs[identen]¹¹ vorher vorgelegen. Er hat ihn zunächst als zu milde beanstandet, da Ö. in zu hohem Grade disziplinerschütternd gewirkt habe. Die Reichstagsrede Oldenburgs¹² war viel schlimmer, als sie in die Presse gekommen ist. Er hat zudem Sachen gesagt, von denen er vorher wußte, daß sie unrichtig wären. Er wollte ursprünglich überhaupt nicht sprechen, wurde dann aber von der Partei vorgeschickt, als man die ungünstige Wirkung des vorherigen Angriffs Schmidt-Hannover (Fahnen-eid)¹³ erkannte. R.Pr[äsident] hat dem Abg. v. Oldenburg seinen Vorstoß außerordentlich übelgenommen; für das Schlimmste hält er, daß er darin einen Versuch der Rechtsparteien sieht, einen Keil zwischen den älteren und jüngeren Teil des Offz.Korps zu treiben.

Einzelheiten zum Inhalt des Vorstoßes: (3 Hauptpunkte) Verhaftung vor der Truppe: S. Vortrag Theisen. Der Modus war an Ort u. Stelle zwischen dem Abt.-Kdr. u. dem Untersuchungsrichter vereinbart. Eine Schuld des Ministeriums daran liegt also keinesfalls vor. Urteil stellt deshalb auch fest, daß sowohl Unt[ersuchungs]-richter wie M. Theisen das beste gewollt hätten¹⁴.

Der Uhren-Erlaß¹⁵ ist auf Grund des Angriffs auch vom R.Präs. nochmals geprüft worden. R.P. hat keinerlei Grund gefunden, ihn abzuändern. Von Spitzeldienst in der Truppe ist darin mit keinem Worte gesprochen.

Das Civiltragen in Ulm¹⁶ bei einer komm. Demonstration ist vom dortigen Kdten, nicht vom R.W.M. befohlen. Von diesem liegt nur die allg. Weisung vor,

¹⁰ „Der Prozeß gegen die ehemaligen Leutnants Scheringer und Ludin und Oberleutnant a. D. Wendt vor dem Reichsgericht zu Leipzig“ (Anl. zum Erlaß Nr. 3700/30 W I vom 20. Okt. 1930). Die Frage der disziplinarischen Erledigung wurde von Major Theisen, der zur Wehrmachts-Abteilung des RWM gehörte, negativ beantwortet.

¹¹ Vom 21. Oktober. Die wichtigsten Sätze in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 22. Oktober 1930.

¹² Elard von Oldenburg (1855—1937), Rittergutsbesitzer in Januschau/Westpr., war seit dem 14. September 1930 M.d.R. (Deutschnationale Volkspartei). Zum Wortlaut der Rede vgl. dessen „Erinnerungen“, Leipzig 1936, S. 225 ff.

¹³ Der deutschnationale Abg. Otto Schmidt hatte sich in abfälligster Form über den auf die Reichsverfassung abzulegenden Fahneneid der Reichswehr geäußert.

¹⁴ Bei der Verhaftung war ein Vertreter des Ministeriums zugegen, offenbar Major Theisen.

¹⁵ H. V. Bl. vom 4. März 1930. Der Erlaß versprach demjenigen Soldaten, der sich an der Abwehr von Zersetzungsversuchen innerhalb der Reichswehr erfolgreich beteiligte, eine Uhr mit Gravierung oder ähnliche Belohnungen.

¹⁶ Dieser Befehl erfolgte anlässlich des sog. „Antikriegstages“ am 1. August 1929, der von kommunistischer Seite mit Kundgebungen begangen werden sollte. Bemerkenswert, daß das RWM sich davon distanzierte, um dem Vorwurf der sog. „Schlappheit gegen Links“ zu begegnen.

daß ein Zusammentreffen v. Soldaten mit Kommun. möglichst vermieden werden soll. Der Befehl des Kdten. ist vom R.W.M. nicht gebilligt worden.

3. Vorwurf, die Truppe würde nicht genügend unterrichtet. Nicht zutreffend! Es sind zahlreiche Verfügungen u. Mitteilungen ergangen. Sie dringen aber nicht immer durch. Auch jetzt gibt es noch Führerstabs-Offiziere, die die Verfügungen über Nazi u. Ulmer Prozeß nicht kennen¹⁷. Tatsächlich besteht bei vielen Kommandeuren eine Scheu, mit ihren Offizieren über die Nationalsozialistische Bewegung zu sprechen.

Die „Wanderredner“ die das R.W.M. angeboten hat, sind von der Mehrzahl der Div.Kdre. abgelehnt worden¹⁸.

4. Es ist gesagt worden, das R.W.M. hätte das R[eichs]Gericht dahin beeinflussen müssen, daß der Prozeß nicht gerade nach den Wahlen verhandelt würde.

D.R[eichs]gericht läßt sich in dieser Hinsicht nicht beeinflussen. Es ist in diesem Punkt außerordentlich empfindlich u. hätte den Versuch, eine Verschiebung des Prozesses zu erreichen, mit Bestimmtheit glatt abgelehnt.

R.W.M. hat in diesem Punkt Erfahrung aus den Feme-Prozessen. Um den Prozeß Fahlbusch zu verschieben, den man jetzt natürlich nicht brauchen konnte, hat der Reichskanzler eingreifen müssen.

5. Über die Vorgänge bei der Verhaftung hat Oberst Beck¹⁹ im Prozeß eine Darstellung gegeben, die nach Ansicht des Untersuchungsrichters Braune nicht zutrifft. Braune hat nach dem Prozeß verlangt, daß Beck revoziert. Diese Angelegenheit wird zur Zeit noch untersucht.

Die Ansicht, daß in diesem Falle die Bestimmungen über Verhaftung in der Vorschrift „Wehrmacht u. Polizei“ hätten beachtet werden müssen u. demgemäß der Untersuchungsrichter den Rgts.Kdr. um die Verhaftung ersuchen mußte, ist nicht zutreffend. Braune²⁰ war zum Zweck der Verhaftung von einem Offizier des R.W.M. begleitet u. es lag eine Verabredung über den Modus zwischen diesem Offz. und dem Abt.Kdr. vor. Damit war v. S[eiten] der Polizei alles nötige geschehen.

6. Presse zum Prozeß war rein parteipol. eingestellt, genau wie bei den Feme-Prozessen.

Linkspresse war vorsichtig, da bei der augenblicklichen innerpol. Lage für sie kein Kapital daraus zu schlagen war. Daß Linksparteien aber eines Tages wieder

¹⁷ Gemeint sind wohl die bei G. A. Craig, a. a. O., S. 205f. und S. 207, Anm. 37 angeführten Erlasse. Vgl. auch R. H. Phelps, a. a. O., S. 917f. In einem Briefe an Groener vom 13. Oktober 1930 hatte Heye („trotzdem ich schon mein Amt zum Teil abgegeben habe“) sich gegen den Erlaß vom 6. Oktober (Nr. 3570/30 W I a) gewandt, da er zu diesem wie auch zu einem anderen (Nr. 486/30 g. W I a) vorher nicht gehört worden sei. Er sprach den verurteilten Offizieren „unedle Motive“ ab und verlangte, daß „Geistesbewegungen, die das ganze Volk durchziehen, . . . erkannt und dementsprechend geklärt und für uns brauchbar gemacht werden.“ Im Hinblick auf die hier wiedergegebene Besprechung vom 25. Oktober bat er ferner darum, „daß die bestellten Oberbefehlshaber und Divisionskommandeure Gelegenheit erhalten, sich freimütig über das ganze Thema äußern zu dürfen . . .“. (Aus dem Nachlaß des Gen. von Schleicher, Bundesarchiv Koblenz, künftig zitiert: Schleicher-Nachlaß, Koblenz.)

¹⁸ Auch dieser Hinweis Schleichers erfolgte in der Absicht, sich und das RWM vor dem Vorwurf mangelnder Aufklärung zu schützen. Die „Wanderredner“ waren in der Regel Offiziere des RWM, die auf den Truppenübungsplätzen und in den Standorten zu den Offizieren der Truppe sprachen. Eines der wichtigeren Themen war immer wieder das Verhältnis zu den „Verbänden“.

¹⁹ Oberst Beck, der spätere Chef des Generalstabes des Heeres, war Kommandeur des 5. Art.-Rgts., jedoch bei der Verhaftung der Offiziere nicht anwesend.

²⁰ Der Untersuchungsrichter.

kommen und mit Berufung auf den Prozeß ihre Forderungen auf Änderung des Offz. Ersatzes stellen werden, ist sicher. Die Berichterstattung der Linkspresse war ungefährlich, da die Truppe gegen Verhetzung von dieser Seite im allg. als immun anzusehen ist.

Kritik der Rechtspresse dagegen ist gefährlich, da die Truppe – vor allem der jüngere Teil des Offz. Korps – glaubt, was von dieser Seite kommt, muß richtig sein. Von den Führern der radikalen Rechtsparteien (Hitler, Hugenberg) war die Parole ausgegeben, den Prozeß bis zur äußersten Grenze im parteipol. Sinne auszuschlachten. Gleiche Parole lag auch den Vorstößen von Gr. Goltz²¹ und Oldenburg²² zugrunde. Dem R.W.Min. haben zum Prozeß durchaus vernünftige Artikel, die von den Chefredakteuren von Rechtszeitungen selbst geschrieben waren, vor Erscheinen vorgelegen. Kein einziger dieser Artikel ist tatsächlich in die Zeitungen gekommen, sondern an ihre Stelle nur ganz einseitig parteipol. gefärbte Berichte.

Es ist zur Zeit ganz unmöglich, in die Rechtspresse irgendetwas hineinzubringen, was dem Standpunkt des R.W.Min. zu den augenblickl. Fragen entspricht. Das R.W.M. kann also zur Zeit nichts tun, um in der Rechtspresse für Aufklärung zu sorgen. Diese folgt absolut dem Diktat der radikalen Führer.

Von dem besonneneren Teil der Deutsch-Nationalen wird dieser Konflikt zwischen R.W.M. u. D[deutsch]nat[ionaler Volks]partei außerordentlich bedauert. Der 2. Vorsitzende der D.Nat., Winterfeld, hat dies dem Min. gegenüber selbst zum Ausdruck gebracht. Die preuß. Landtagsfraktion der D.Nat. beteiligt sich übrigens nicht an dem Feldzug der radikalen Reichstagsfraktion.

Tendenz der Rechtspresse: ging dahin, den Prozeß zu benutzen, um eine Beseitigung der Minister zu erreichen, die ein Hindernis gegen eine Reg. Bildung mit Nat. Sozialisten darstellen, d. i. Brüning u. Curtius. Seitdem die Nazi auch den Posten des R.W.Min. beanspruchen, gehört auch Groener zu diesen Ministern²³. Treiber der Rechtsradikalen ist im Auftrage Hugenbergs der Abg. Schmidt-Hannover²⁴.

Gemäßigt u. vernünftig haben über d. Prozeß nur die Blätter der Mitte – Börsenzeitung, Germania, Köln. Volkszeitung – berichtet.

Lage erinnert an 1923, wo der General v. Seeckt, als er sich den Diktatur-Wünschen der Rechten gegenüber ablehnend verhielt, als „Gesinnungslump“, „Judenfreund“, „Ehrgeiziger Streber“, „kein nationaler Mann“ bezeichnet wurde. Von diesen Dingen will die Rechtspresse heute nichts mehr wissen, mit Ausnahme der

²¹ Vgl. in diesem Zusammenhange auch den Brief Groeners an den Gen.Maj. a. D. Grafen von der Goltz, wiedergegeben in der „Augsburger Postzeitung“ vom 9. Oktober 1930.

²² S. oben und Anm. 12.

²³ Ein ausführliches Musterbeispiel der nationalsozialistischen Angriffe gegen Groener bietet W. Weiß, Der General Groener, in: Nat. Soz. Monatsh. 1 (1930), S. 131–139.

²⁴ Für diese ausführliche Stellungnahme zur Presselage hatte Schleicher seine Gründe. Ihm lag daran, „vernünftige“ Artikel gerade in der Rechtspresse zu finden, schon deshalb, weil der Großteil der Offiziere glaubte, „was von dieser Seite kommt, muß richtig sein“. Daher auch das Interesse des Ministeramtes an den Prozeßartikeln vor dem Erscheinen. Neben Schleicher betrachtete besonders Hammerstein in diesen Wochen die Vorwürfe von rechts als schwerwiegend, „weil sie von der Seite kämen, der wir uns selbst zugehörig fühlen“, wie aus einem Briefe Schleichers an Maj. von Müldner, Adjutanten des Kronprinzen, vom 1. Dezember 1930 hervorgeht (Schleicher-Nachlaß, Koblenz). Eine Verständigung mit der deutschnationalen Presse blieb Schleichers besonderes Anliegen, das er über Schmidt und Dr. von Winterfeldt zu verwirklichen suchte (Briefentwurf an den Abg. Schmidt-Hannover vom 12. November 1930) (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

„Deutschen Zeitung“, die ihre damaligen Anschuldigungen gegen den General v. Seeckt auch heute noch aufrechterhält²⁶.

7. Angeblicher Linkskurs des R.W.M.

Einerseits wirft man dem Minister „Weichheit gegen Links“ vor, andererseits stellt man die Ulmer Offz. als Märtyrer ihrer nationalen Gesinnung hin, obschon die Forderungen, die sie im Prozeß vorgebracht haben, zum großen Teil dem sozialdem. Parteiprogramm entnommen sind (In Uniform in Arbeiterlokale gehen, nicht mehr 2. Klasse fahren, Beseitigung der Kasinos, vermehrte Beförderung von Mannschaften zu Offizieren).

In Wirklichkeit ist Gerede von Linkskurs Unsinn: Kein einziger der 10 Punkte des soz. dem. Parteiprogramms zur Wehrfrage²⁶ ist erfüllt! Den Ulmer Leutnants ist entgangen, daß gerade in den Punkten, bei denen das R.W.M. angeblich vor der Sozialdemokratie zurückgewichen sein soll – z. B. Panzerkreuzerfrage – wesentliche Erfolge des Ministers vorliegen. Sie sind eben der Mache der Rechtspresse völlig erlegen. – Seit 1/2 Jahr hat die Sozialdemokratische Partei die Beziehungen zum R.W.M. völlig abgebrochen (seit Briefwechsel d. Min. mit Abg. Künstler); Breitscheid hat damals seinen offiziellen Abschiedsbesuch beim Minister gemacht²⁷.

Ein anderer Punkt, der auch von den Ulmer Leutnants vorgebracht wurde und der den „Linkskurs“ des Min. dartun soll, ist der, daß der Min. sich immer mehr von den „Nationalen Verbänden“ entferne, obwohl die Wehrmacht nach außen hin ohne diese Verbände nichts machen könne („als wir eintraten, da sang man noch ‚Hakenkreuz am Stahlhelm, usw., das ist jetzt alles anders geworden‘“ (Einer der Verteidiger von Scheringer und Ludin)²⁸). Die Erfahrung hat bewiesen, daß die „Verbände“ als solche zur Mitarbeit im „Grenzschutz“ u. „Landesschutz“ gänzlich unbrauchbar sind (besonders scharfer Standpunkt des Generals v. Seeckt in dieser Frage!). Sie wollen zwar in diesen Fragen gern im Vordergrund stehen, andererseits aber keinerlei Verantwortung tragen (Schwierigkeit der Div. 1 mit „Feldjägern“)²⁹. Also: jeder einzelne nationale Mann soll für L[andes]schutz willkommen sein, „Verbände“ sind als unbrauchbar abzulehnen³⁰.

²⁶ Schleicher war im Winter 1923/24 als Mitarbeiter Seeckts der eigentliche Organisator des militärischen Ausnahmezustandes gewesen.

²⁷ Verkündet auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Jahre 1929.

²⁸ Die Gründe können u. a. auch im Verhalten Groeners gesucht werden, der schon im Winter 1929/30 eine große Koalition, wie sie von der Regierung Müller verkörpert wurde, nicht mehr für allzu zweckmäßig hielt, G. A. Craig, a. a. O., S. 208 f. Am 24. März 1930 hatte Groener an den Gen. von Gleich geschrieben: „Was in meinen schwachen Kräften steht, werde ich tun, um den sich anbahnenden Kurswechsel zu beschleunigen.“ (Briefentwurf im Schleicher-Nachlaß, Koblenz). Daß Schleicher Ende März 1930 gegenüber Hindenburg mit dem Rücktritt Groeners gedroht habe, falls Müller erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden würde, behaupten K. Caro und W. Oehme, a. a. O., S. 196 und R. Olden, Hindenburg, Nürnberg 1948, S. 210.

²⁹ Es handelt sich hier um Zitate aus den Ausführungen eines der Verteidiger im Leipziger Reichswehrprozeß.

³⁰ Von der Existenz der „Feldjäger“, organisatorisch vom Truppenamt betreut und im Ernstfall für Partisanentätigkeit im Rahmen des Grenzschutzes vorgesehen, waren die zivilen Dienststellen offiziell nicht unterrichtet worden. Schleicher, der zwar über die Feldjäger orientiert war, hat jedoch diese Organisation, die stets neue Vorwürfe gegen das RWM auslöste, nicht gebilligt (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 66).

³¹ Vgl. hierzu Notizen für eine Kommandeurbesprechung Ende März 1930: „Alle Bünde vom Übel. Ihr Vorhandensein oder gar die Anerkennung ihrer Tätigkeit bedeutet unerträgliche Deklassierung der Wehrmacht“ (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

Minister Frick hat jetzt jeden Nazi mit Ausschluß aus der Partei bedroht, der sich noch zu den L.-Arbeiten der R.Wehr hergibt⁸¹!

Bis zu einem gewissen Grade bedauerlich ist, daß die Truppe über die gesamten L.-Arbeiten u. Rüstungsvorbereitungen nach wie vor nicht näher unterrichtet werden kann. Verständlich, daß Jugend ein Ziel sehen will. Auch früher ist [das] nicht mögl. gewesen, allerdings auch nicht so notwendig. Es gibt aber doch Möglichkeit für d.Kdr., darüber zu sprechen: Hinweis auf die Kämpfe, die nötig waren, um das zu erreichen, was ist; der Etat von 700 Millionen ist erhalten, die Hauptmasse davon geht an den Landesschutz!

Nicht so günstig steht die Frage der Wehrhaftmachung der Bevölkerung: Die Innenministerien haben in diesem Punkte das R.W.M. betrogen! Die „Sportvereine“ wurden s. Zt. nur unter der Bedingung an die Zivilbehörden abgegeben, daß sie im Geiste der Wehrhaftmachung weitergeführt würden. Dies geschieht tatsächlich nicht. Das Geld wird vielfach für ganz andere Zwecke ausgegeben (z. B. wird der Antimarineschreiber Albold durch d. R.Innenmin. finanziert, dies Min. hat auch arbeitslose Schauspieler subventioniert, die das Geld benutzten, um „Krach um Lt. Blumenthal“ aufzuführen!) Auch Reichs-Innenminister – Keudell u. Schiele – ist es nicht gelungen, die wehrfeindlichen Giftmänner im Innenministerium zu beseitigen. Minister hat jetzt Forderung gestellt, daß Geld an Verbände nur noch mit Einverständnis des Wehrmin. gegeben werden darf. Min. hofft, die Dinge, die damals in zu großer Gutmütigkeit aus der Hand gegeben wurden, wieder mehr an sich zu bringen⁸².

8. Gesetze gegen Landesverrat sind anerkanntermaßen unzureichend. Es wird versucht, ein Gesetz oder eine Verordnung gegen „Staatsverleumdung“ zu schaffen.

9. „Kultur- u. Salonbolschewismus“ (Theater, Filme, Literatur). Reich kann hierin kaum etwas tun. Ein Teil der Länder aber ist blind gegen diese Gefahren. (Alle vorstehenden Angaben sind in der Erklärung des Reichskanzlers über die Wehrmacht enthalten.)

Politische Lage.

Beurteilung der Nationalsozialistischen Bewegung⁸³.

D.N(ational)s[ozialistische] Partei hat 3 Arten von Wählern:

- a) Die Idealisten. Alle die, die aus Idealismus u. patriotischer Begeisterung im Freiheitskampf und in der Auflehnung gegen die Knechtschaft die Hauptforderung des Tages sehen. Zu diesem Teil der Wähler gehören vor allem die Studenten.
- b) Die materiell und ideell Entrechteten. Sie sind die große Masse der natsoz. Wähler!

materiell Entrechtete: Die Landwirtschaft (namentlich im Osten) und d. Mittelstand, also die beiden Schichten, denen es früher gut ging u. die im neuen Staat entweder schon alles verloren haben oder demnächst verlieren werden.

⁸¹ Die derzeitige Einstellung der NSDAP zur Reichswehr zeigt A. Hitler, Reichswehr und deutsche Politik, in: Nat. Soz. Monatsh. 1 (1930), besonders S. 101–105. Hieraus ist die ablehnende Haltung gegenüber einer Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Landesschutzes ausreichend zu erklären.

⁸² Einzelheiten über den Grenzschutz Ost und den seit 1927 sogenannten Landesschutz bei W. Görlich, Der deutsche Generalstab, Frankfurt a. M. 1950, S. 359–361.

⁸³ Die nachstehenden Ausführungen Schleichers waren angesichts des Leipziger Prozesses und der neuen Verhältnisse im Reichstag (erster Zusammentritt: 13. Oktober 1930) von besonderem Interesse.

ideell Entrechtete: Die uns nahestehenden Kreise, die auf geringe Pensionen angewiesen, die ihr gesellschaftliches Ansehen eingebüßt haben und die, ohne es ändern zu können, mit ansehen müssen, wie alles das, was ihnen früher als heilig u. unantastbar galt, heruntergerissen u. verächtlich gemacht wird: Religion, Kirche, Schulen, Theater, Fürstenhäuser. – Dazu auch die, die früher als Beamte in solchen Staatsstellungen saßen, die jetzt nur noch auf Grund des Parteibuches besetzt werden.

- c) Der Teil, der im Grunde des Herzens zu den Kommunisten gehört. Er ist zwar nicht der zahlreichste, wohl aber der aktivste und daher der gefährlichste Teil der Wähler.

Programm der Nationalsozialistischen Partei: Sie haben jeder der drei Wählergruppen etwas versprochen oder vielmehr: sie haben ihnen nahezu alles versprochen, was diese wollten. Dies [macht] keine Schwierigkeiten, solange man in d. Hauptsache nur Wahlagitation zu treiben braucht. Schwierigkeiten müssen natürlich eintreten, sobald ihre Oppositionsstellung sie zwingt, ihr Programm näher auszuführen und wenn sie gar selbst in Regierung oder Verantwortung kommen sollten.

Den nationalen Teil des Programms kann wohl jeder unterschreiben, auch wenn man Forderungen, wie die „Kündigung der Friedensverträge“, nur als ein Ziel, nicht aber als etwas z. Zt. Ausführbares ansieht. Wichtiger als derartige Forderungen, deren Erfüllbarkeit die Einsichtigen zur Zeit natürlich selbst nicht für gegeben halten, ist die durch die Nat. Soz. Bewegung in Gang gebrachte Entrüstungswelle gegen Bolschewismus, Landesverrat, Schmutz u. s. w. Hierin wirkt die Nat. Soz. Agitation ohne Zweifel außerordentlich aufrüttelnd und es ist durchaus möglich, daß diese Welle von der Regierung benutzt werden kann, um viele Gesetze jetzt vorwärtszubringen, die bisher stecken geblieben sind. (Gegen Landesverrat, Staatsverleumdung, Verschandelung der Theater und Filme, Verderbung der Jugend u. der Schulen.)

Bei dem sozialen Teil des Programms ist irgendwelcher Optimismus durchaus fehl am Ort! Der Ansicht, daß die sozialistischen Forderungen der Nazi „nicht ernst gemeint“ seien, muß man durchaus entgegen treten. Sie sind doch ernst gemeint und ihr Kern ist kaum etwas anderes als „reiner Kommunismus“. (Gleichmachung der Gehälter, Einziehung aller Gewinne seit 1914, Verstaatlichung der Banken u. s. w.) Es ist kein Zweifel, daß Moskau die Geistesverwandtschaft der Nazi mit sich selbst bereits lange erkannt hat und diese ausgiebig unterstützt³⁴.

Einstellung zur Wehrmacht: Wenn Hitler im Ulmer Prozeß erklärt hat: „Wir wollen, daß die Wehrmacht intakt bleibt“, so ist dies neu. Bisher haben sie klar u. planmäßig an der Politisierung der Armee gearbeitet und dabei vor allem versucht, eine Kluft zwischen Führern und Geführten, zwischen dem älteren u. jüngeren Teil des Offz. Korps aufzureißen. Ziel ist „Wehrmacht als nationalsozialistische Parteitruppe“. Wer glaubt, daß dies möglich ist, hat von der Psyche unserer Truppe keine Ahnung. Würde es den Nazi gelingen, den jungen Teil des Offz. Korps für sich zu gewinnen, so würde die Truppe daran zerbrechen, wie bei jedem anderen Versuch, sie anders als in den legalen Bahnen zu verwenden. Das Verhalten der Ehrhardt-Brigade während des Kapp-Putsches ist ein Beispiel für das, was mit der Truppe geschehen würde. Beim ersten Anzeichen aber, daß Wehrmacht nicht gehorcht u. der Führung entgleitet, würden die Radikalen ihre Stunde für gekommen sehen u. das Land stände in Flammen.

³⁴ Es ist nicht anzunehmen, daß Schleichers Bemerkungen über die sozialen Ziele der NSDAP von taktischen Rücksichten bestimmt wurden, obgleich er als „sozialer General“ galt. Die Befürchtungen vor dem „zu radikalen“ Programm dieser Partei waren damals allgemein verbreitet.

Daß Moskau die Zersetzung der Wehrmacht, die ihm auf dem Wege über den Kommunismus bisher hoffnungslos fehlgeschlagen, jetzt über den Nationalsozialismus versucht, steht fest.

Taktik der Nazis: Sie wollen nicht in die Regierung; Forderungen, wie die ihrigen, kann nur einer aufstellen, der wohl agitieren, nicht aber Verantwortung tragen will. Auch D. Nat. haben bereits eingesehen, daß Nazi zur Zeit nicht zur Beteiligung an Regierung zu haben sind. Was Nazi wollen, ist: baldige erneute Auflösung des Reichstags u. Fortführung ihrer Agitation, in der Hoffnung, dann im nächsten Reichstag mit über 200 Mandaten zu einer ausschlaggebenden Machtstellung zu kommen.

Der Gedanke einer Reichsregierung Nazi bis mindestens Zentrum ist daher eine Utopie! Die Nazi wollen nicht und das Zentrum ist für dies Zusammengehen auch unter keinen Umständen zu haben. — Was wollen aber unter diesen Umständen die Deutschnationalen? Ihre Möglichkeiten, politisch zu wirken, sind ja gegenwärtig außerordentlich gering: Eine Linksregierung können sie nicht verhindern, man braucht sie dazu nicht; soll aber mit Rechts regiert werden (d. h. ohne Sozi u. Demokraten), so reichen die D.Nat. dazu wieder nicht, sondern man braucht die Nazi! Dies ist gegenüber den Möglichkeiten, die D. Nat. im alten Reichstag hatten, eine ungeheuerliche Verschlechterung ihrer Position! Im alten R. hatten sie die Möglichkeit, die Reg. Politik auf Jahre hinaus entscheidend zu beeinflussen! Diese große Position ist aufgegeben. Hugenberg hat die Partei von 111³⁵ auf 41 Abg. gebracht und sie parlamentarisch-taktisch einflußlos gemacht. Was D. Nat. jetzt streben, ist: Rücktritt der Regierung; neue parlament. Regierung v. D. Nat. bis Zentrum mit Duldung der Nazi u. freundwilliger Haltung der Sozi. Für die Verwirklichung dieses Planes fehlen alle Vorbedingungen. Der Plan einer Regierung mit Rechtsmehrheit ist also angesichts der Haltung der Nazi undurchführbar!

Mitte allein (D[utsche]V[olkspartei] — Zentrum) ist zu schwach!

Also Mitte und Links (D. Vp. — Sozi). Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß einzelne Maßnahmen v. geringerer Bedeutung mit dieser Mehrheit durchzubringen wären. Feste Koalition kommt nicht in Frage. Bei jedem Zugeständnis an die Sozi (u. ohne Zugeständnisse an sie geht es natürlich nicht!) würde die rechte Gruppe (D. V. P.) ausbrechen. Auch dies geht daher nicht! — Es bleiben daher 2 Möglichkeiten:

1. Regierung legt ihre Maßnahmen d. Reichstag vor und überläßt es ihm, zuzustimmen oder nicht. Das kann zunächst gehen, da Sozi möglicherweise — ebenso wie Anfang Oktober — mitmachen. Auf d. Dauer geht es nicht, Etat z. B. ist so nicht durchzubringen.
2. Reichspräsident regiert mit § 48 ohne Reichstag, nachdem dieser d. Beweis geliefert hat, [daß] es nicht anders geht.

Entscheidung wird sehr bald nach Wiederezusammentritt d. Reichstags fallen, wahrscheinlich im 2. Sinne. Schwache Möglichkeit besteht, daß sich eine Mehrheit für erneute Vertagung bis April findet.

B. Minister führt aus³⁶

1. Freude an der Truppe im Manöver, vor allem an d. jungen Offz., wäre ihm durch Ulm stark getrübt. Er hätte für d. verurteilten Offz. nicht d. geringste Sympathie; sie hätten

³⁵ Diese Zahl ist nicht zutreffend. Die DNVP sank von 103 (1924) über 78 (1928) auf 41 Mandate (14. September 1930).

³⁶ Zu den folgenden Ausführungen Groeners vgl. die von ihm aufgesetzten Besprechungsnotizen, die R. H. Phelps, a. a. O., S. 920ff. wiedergibt.

1. ihre Vorgesetzten belogen u. getäuscht,
2. die obere Führung – vor allem ihn, d. Min., selbst verleumdet, indem sie ihm „Linkskurs“ vorwarfen u[nd] s[einen] Wehrwillen anzweifelten.

Wenn pol. Tollhäusler dies täten, so wäre ihm das gleich; wenn aber die eigenen Untergebenen sich zu derartigem verstiegen, so stünde es auf einem anderen Blatt.

Er habe nur ein Ziel: die Förderung der Wehrmacht u. der Wehrhaftigkeit, damit Heer u. Volk eines Tages bereit seien. Er könne seine Pläne u. Ziele nicht hinausrufen, kein Führer könne das. Das Erreichen des Zieles im Sturm, wie d. Jugend es gern will, ist unmöglich. Man müsse Geduld haben und die Hindernisse Stück um Stück beseitigen. Die Führung dabei gebühre reifen, erfahrenen Männern, nicht der schwärmerischen Jugend.

Für d. Wehrmacht wäre Einheitlichkeit u. innere Geschlossenheit mehr als je nötig. Nur eine über allen Parteien stehende Wehrmacht würde in der Lage sein, den Aufgaben, die sich ihr möglicherweise schon in naher Zukunft in der inneren Politik gegenüberstellen würden, zu erfüllen. Wahrhaftigkeit u. Kameradschaft müßten die Grundpfeiler der Wehrmacht sein; die Ulmer Offz. hätten diese Pflicht aufs gröblichste verletzt.

2. Zur innerpol. Lage: Er habe dem Reichskanzler zugesagt, ihm bei Durchführung seiner schweren pol. Aufgabe mit der Wehrmacht durch dick und dünn zu unterstützen!

C. Chef d. H[erres-]L[eitung]

1. Stehe unbedingt hinter d. Minister, dessen Worten er in jeder Hinsicht zustimme. Wer den Minister anzweifle oder angreife, tue dies auch gegen seine Person.
2. Stimmt Wort für Wort mit dem Erlaß d. Ministers betr. Pflichten der Kdre. überein³⁷.
3. Wünscht, daß in Kasinos u. Lesezimmern nicht nur einseitig d. Rechtspresse ausliege; vor allem der Teil, der sich in letzter Zeit ausgesprochen wehrfeindlich gezeigt habe (Kreuzzeitung). Es gäbe genügend anständige Rechtsblätter.
4. Scharfe Verurteilung des Klatsches im Heere, womit in d. Hauptsache herabsetzende Äußerungen über Min. u. vorigen Ch. H. L. gemeint. Vorwurf träfe vor allem das R.W.M. selbst!
5. Es müsse dafür gesorgt werden, daß Erlasse von oben tatsächlich nach unten durchdringen.

Die Beurteilung der NSDAP durch das Ministeramt muß an den Erkenntnismöglichkeiten des Jahres 1930 gemessen werden. Der Satz „Ziel ist Wehrmacht als nationalsozialistische Polizeitruppe“ ist unter diesen Umständen sehr bemerkenswert. Andererseits fehlt noch die Auseinandersetzung mit der Person Hitlers. Einstweilen überwog der Gedanke, die sich in der Partei manifestierende „nationale Entrüstungswelle“ für die Zwecke der Wehrpolitik auszunutzen.

Seit dem Zusammenbruch der Großen Koalition im März 1930 waren für die Reichswehrführung gewisse Rücksichten nach links entfallen. Die Position der Wehrmacht im innerpolitischen Getriebe wandelte sich unter der Regierung Brüning weiter – wahrscheinlich jetzt deutlicher wahrnehmbar als zuvor. Den

³⁷ Wahrscheinlich handelt es sich um den bei G. A. Craig, a. a. O., S. 207 Anm. 37 zitierten Erlaß.

Ausführungen Groeners ist der Wille zu entnehmen, die Arbeit des Reichskanzlers nachhaltig zu unterstützen³⁸. Entscheidend aber wurde für die weitere Entwicklung, daß durch die Notverordnungs politik Präsident und Kanzler in weit stärkerem Maße zusammenwuchsen, als die Interpreten der Reichsverfassung es für möglich und nötig gehalten hätten. Dadurch sah sich auch die Reichswehrführung einer neuen Situation gegenüber. Aus der Krise des Staates ergaben sich für sie neue Aufgaben und Möglichkeiten, die sie durch die behutsame Handhabung eines — teils angemaßten, teils ihr stillschweigend überlassenen — „ius interpellandi“ zu erfüllen suchte³⁹.

Die aktivere Wehrpolitik, wie sie Groener vorschwebte, bedurfte indes einer nachdrücklichen Sanktionierung auf dem Felde der Außenpolitik. Auch Brüning vertrat von sich aus den Gedanken, die allgemeinen Abrüstungsbesprechungen mit dem Prinzip der militärischen Gleichberechtigung des Reiches zu verbinden. So nahm man im Reichswehrministerium an den damaligen Besprechungen in Genf, welche die für 1932 geplante Abrüstungskonferenz vorbereiten sollten, regen Anteil, ohne sich jedoch allzu großen Hoffnungen hinzugeben. In dieses „Vorstadium“ führt eine Ansprache Hammersteins in Kassel vom 24. April 1931.

Nr. 2.

1931 April 24, Kassel. Ansprache des Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord vor Offizieren des Gruppenkommandos 2.
Handschriftliche Aufzeichnung des Gen.Maj. Liebmann auf Grund von Bleistiftnotizen. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 7.

Besprechung des Ch. H.L. am 24. 4. 31 in Kassel

1. Außenpolitik. D. deutsche A[ußen]pol[itik] ist in den letzten Jahren in absolut gerader Linie geführt. Sie sucht Anlehnung an Moskau, solange der Westen nicht bereit ist, etwas Ähnliches wie Gleichberechtigung zu gewähren. Verhältnis zu M[oskau] ist Pakt mit Beelzebub. Aber wir haben keine Wahl. Aus Angst vor innerpol. Rückwirkungen darauf verzichten, wäre falsch. „Angst ist keine Weltanschauung“ (Seeckt)⁴⁰. Das Verhältnis zu M[oskau] wird — namentlich im Osten — vielfach falsch verstanden⁴¹.

³⁸ Vgl. dazu aus dem Briefe Groeners an seinen Freund, Gen.Maj. a. D. Alarich von Gleich, vom 28. Dezember 1930: „Mit dem Kanzler ist es ausgezeichnet zu arbeiten . . . Ich habe mit ihm einen festen Pakt geschlossen, und solange der Reichspräsident mit uns geht, werden wir mit dem Parlament so oder so fertig werden . . .“ R. H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten VI, Die Briefe an Alarich von Gleich 1930—32, in: Dtsch. Rdsch. 76 (1950), S. 1015.

³⁹ Vgl. hierzu die Worte Groeners nach den Herbstmanövern 1930: „Im politischen Geschehen Deutschlands darf kein Baustein mehr bewegt werden, ohne daß das Wort der Reichswehr ausschlaggebend in die Waagschale geworfen wird“, R. Fischer, a. a. O., S. 38.

⁴⁰ Hammersteins Deutung der deutschen Außenpolitik „in den letzten Jahren“ ist auch dann noch in ihrer Simplifizierung irreführend, wenn man seine Absicht bedenkt, „ad usum delphini“ zu sprechen. Von den wirklichen Intentionen Brünings wußte die Generalität, angenommen vielleicht Schleicher, nichts. Letzterer machte zuweilen eigene Versuche, zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen. Jedoch erfuhr ein Trinkspruch Hammersteins

Außenpol. Lage steht vor Änderung: letzte 12 Monate vor Abrüst[ungs] Konferenz. Es schien bei Frankreich Neigung zu sein, sich vor Konferenz mit uns auseinanderzusetzen. Dabei äußerste Vorsicht nötig; sehr zweifelhaft, ob dabei irgend etwas herauskommen kann. Keine Illusionen bezgl. des Ergebnisses der Abrüst[ungs-] Konferenz. Möglichkeit, diese vorzubereiten, sehr begrenzt: England verkauft uns mit Sicherheit für d. Seeabrüstung. Italien noch schlimmer, hat großes Maul, nimmt aber sicher das größere Angebot – französisches Geld – an. Wahrscheinlichkeit, daß praktisch nichts herauskommt, sehr groß; das einzige ist vielleicht eine Änderung unserer Rechtslage: Abrüstung gescheitert, also Handlungsfreiheit. Dies ist aber durchaus theoretisch! Praktisch sind unsere Möglichkeiten begrenzt; einmal so, daß wir nichts tun können, was zum Kriege oder nur zur Annahme eines Ultimatums führen könnte; zweitens durch Finanzlage. Bernstorff⁴² hat Interessen der Wehrmacht mit größter Geschicklichkeit vertreten u. verdient unseren Dank!

2. Innenpolitik. Es schien seit Wahlen am 14. 9., daß eine entscheidende Änderung der innenpol. Lage eingetreten sei. Starke nationale u. starke kommun. Welle. Das Heer muß über d. Parteien stehen, mit den gen[annten] großen Strömungen muß es sich aber auseinandersetzen. Die nationale Welle ist durchaus erfreulich; die Grenze liegt aber da, wo sie anfängt, revolutionär zu werden. Den Nazi ist kein Zweifel darüber gelassen, daß sie bei jedem Versuch der Illegalität mit schärfsten Mitteln bekämpft werden. Wenn nicht alles trügt, hat dies Hitler veranlaßt, sich streng auf den Boden der Legalität zu stellen. Er will dies wirklich, nicht nur scheinbar! Es sind aber Anzeichen, daß die nat[ionale] Welle bereits rückwärts rollt. Viele Unzufriedene gehen zu d. Kommun. zurück, wo sie hergekommen. Von den 107 Nazi-Abgeordneten sind 105 kleine Leute. Schärfste Aufmerksamkeit ist jetzt wieder auf d. kommun. Bestrebungen gegenüber d. Heer notwendig; dies war in [den] letzten Jahren kaum noch nötig, jetzt aber wieder. Fürstenwalde ist eines der ersten Anzeichen für die verstärkte kommun. Aktivität.

3. Folgerungen für d. Heer. „Nationaler Schwung“. – Wir sind keine Leisetreter. Wir, die wir s. Zt. Deutschland vor dem Chaos retteten⁴³, sind nationaler als die Radikalinski aller Richtungen. Schroffe Abwehr des ganzen Heeres gegen die Anmaßungen von rechts nötig; die von links kümmert uns nicht.

„Geschlossenheit“ und „Disziplin“. Hierüber nichts zu sagen.

„Kriegerischer Geist“ beruht auch darauf, daß man weiß, wozu man da ist. Zweifel im Heere hierüber eigentlich unerklärlich. Rühren vielleicht daher, daß Truppe jahrlang mit Mob[ilmachung] nicht befaßt. So vielleicht Anschauung der Ulmer ent-

beim Abschied des französischen Militärattachés, Gen. Tournès, am 10. November 1930 („... Die deutsche Armee ist einer gerechten und ehrlichen Verständigung, aus der sich eine ehrliche Freundschaft entwickeln könnte, nicht entgegen. Allerdings muß hierbei von dem Prinzip der Gleichberechtigung ausgegangen werden. Ein Unterdrückter wird nie mit seinem Unterdrücker ehrliche Kameradschaft schließen und nur echte Kameradschaft hat Wert. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas...“) in Paris nur ein ablehnendes Echo (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

⁴¹ Mit „Osten“ ist wohl Ostdeutschland gemeint.

⁴² Johann-Heinrich Graf von Bernstorff (1862–1939), früherer Botschafter in Washington und Konstantinopel, war nach 1926 Vertreter des Deutschen Reiches in der Abrüstungskommission des Völkerbundes.

⁴³ Offizielle Auffassung nicht nur Hammersteins, sondern der Reichswehrführung überhaupt. Vgl. dazu E. M. Marcks, Staat und Wehrmacht, in: Wissen und Wehr 11 (1930), bes. S. 74. E. M. Marcks, der Sohn des bekannten Historikers Erich M., war damals Major und Pressereferent im RWM. Er fiel am 19. Juli 1944 als Komm. Gen. des LXXXIV. A. K. in Frankreich.

standen. Jeder Vernünftige sollte sich aber sagen, daß alles geschieht, was möglich, auch wenn er selbst nicht daran beteiligt. Die jetzt stärkere Beteiligung d. Truppe wird hoffentlich bewirken, daß Zweifel aufhören⁴⁴.

Ausbildungsverfügung sehr lang, als Änderung gegen d. Bisherige auch sehr entscheidend⁴⁵. Nun aber keine Zusätze! Keine Extrabefehle der Zwischenvorgesetzten, wo nicht ausdrücklich verlangt. Komp[anie-] Chefs sollen selbständig arbeiten. Nur dann wird Dienstfreudigkeit erhalten. Rgts.Kdre sollen zufrieden sein, wenn sie sich darauf beschränken können, Auswüchse und Unrichtigkeiten zu beseitigen, u. nicht Nase in alle Details stecken brauchen.

4. Folgerungen für Heeres-Leitung. Wird unbeirrt von allen Einflüssen d. Interessen des Heeres vertreten. Keine Ausbaumöglichkeit wird verpaßt werden. Alle Feinde d. Heeres werden bekämpft, hauptsächlich auch die Nörgler von rechts. Angriffe gegen Minister und H.L. sind Angriffe gegen das Heer, die von allen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit u. ohne Rücksicht auf gesellsch. u. sonstige Stellung des Angreifers zurückgewiesen werden müssen⁴⁶. Wer die Führung angreift, hetzt die Untergebenen gegen d. Vorgesetzten auf u. greift an die Grundlagen der Disziplin!

5. Schluß. Es geht uns z. Zt. sehr gut: Wir haben den Feldmarschall als R.Pr., einen ausgezeichneten Mann als R.Kanzler, der neben seinen sonstigen Fähigkeiten auch außerordentlich viel Herz für alles Mil[itärische] hat (im Kriege M.G. Komp.Chef), einen Minister, der für unsere parlamentarische Vertretung hervorragend ist⁴⁷. Kein anderer hätte so viel für das Heer durchgesetzt, daneben grund-anständiger Mensch!

Es kann aber noch mal anders werden: die Zeit, wo ein anderer R.Pr. an der Spitze steht, rückt näher. R.Kanzler u. Minister können wechseln. Dann kann unsere Lage ganz anders werden. Auch dann muß das Heer die Probe bestehen, Recht u. Gesetz aufrechtzuerhalten!

„Es geht uns zur Zeit sehr gut“ — hinsichtlich des Verhältnisses Hindenburg-Brüning-Groener-Schleicher mag diese Feststellung nach dreivierteljähriger Anwendung des Artikels 48 ihre Berechtigung haben. Man darf aber nicht übersehen, daß auch nach den Versuchen, die Auswirkungen der Ulmer Vorkommnisse zu bereinigen, die Kritik innerhalb und außerhalb des Heeres nicht verstummte. Es gab

⁴⁴ Hammerstein meint damit eine gründlichere Orientierung der Truppe über Mobilisierungsvorbereitungen, welche bislang völlig getrennt von den Regimentern usw. gelaufen waren.

⁴⁵ Die neueren Erkenntnisse in der Truppenausbildung vermittelt der Aufsatz von F. Halder, Erziehung und Ausbildung des Berufsheeres, in: Wissen und Wehr 12 (1931), S. 12–23. Halder gehörte damals als Oberstleutnant zur Heeres-Ausbildungsabteilung (T 4) im Truppenamt.

⁴⁶ Dieser Satz bezieht sich auf Hammersteins Erlaß vom 29. Januar 1931 (Nr. 249/31 PA [2]) an die aktiven und ausgeschiedenen Generale des Reichsheeres, der sich gegen unberechtigte und unbegründete Kritik an Maßnahmen der Heeresleitung wendet und sogar die Möglichkeit erkennen läßt, ausgeschiedenen Offizieren, welche die gebotene Zurückhaltung hatten vermissen lassen, das Recht zum Tragen der Uniform des Reichsheeres aberkennen zu lassen.

⁴⁷ Mit Hilfe seiner Etatreden vor dem Haushaltsausschuß (9. März) und vor dem Reichstag (20. März 1931) war es Groener gelungen, den neuen Haushalt von Heer und Marine ohne größere Schwierigkeiten durchzubringen.

Offiziere, wie den Oberstleutnant von Rabenau (damals Ia beim Gruppenkommando 2 in Kassel), der etwa in Gesprächen mit dem Gen.Maj. Liebmann den verabschiedeten Gen.Ob. von Seeckt immer noch als den möglichen „Fels“ im Flusse parteipolitischer Strömungen ansah, also einen Chef der Heeresleitung, der politisch ungebunden sein, aber doch als politischer Faktor ins Gewicht fallen würde. Seeckt, seit dem 14. September 1930 als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei im Reichstag, hatte zuletzt am 9. März 1931 im Haushaltsausschuß zum Ausdruck gebracht, daß nach seinen „reiflichen Überlegungen“ der Leipziger Prozeß nicht nötig gewesen wäre, und dabei auch das problematisch gewordene Vertrauen der Truppe zur Führung berührt. Dieses Vertrauen, insbesondere das der Jugend in der Truppe, müsse erhalten und gepflegt werden. In einem Briefe vom 16. März 1931 an Seeckt wies Hammerstein mit Nachdruck auf die Auffassung des Ministeriums hin, begründet durch § 147 a M.St.G.B., und gab dieses Schreiben anschließend den Kommandeuren des Heeres bekannt⁴⁸.

In der Einleitung war auf die Verlagerung des militärpolitischen Schwerpunktes in der Zeit nach 1926 hingewiesen worden. Daß es dazu gekommen war, lag indes nicht allein, wie vielfach angenommen wird, an dem zunehmenden Einfluß Schleichers, sondern ergab sich auch aus der Wirksamkeit Heyes. Dieser hatte es zwar vermieden, die Seecktschen Auffassungen zu übernehmen, es aber auch nicht verstanden, zwischen der „Seecktschen Richtung“ sowie den stürmischen Anschauungen der Jugend einerseits und der notwendig loyalen Einstellung des RWM andererseits eine eigene mittlere Linie zu finden. Auch Hammerstein begnügte sich damit, lediglich Groeners Politik und Position zu stützen, und war nicht in der Lage, in der richtigen Weise der immer wieder auftretenden Kritik den Boden zu entziehen.

Das gute Einvernehmen der Reichswehrführung mit den Spitzen des Reiches erfuhr am 9. Oktober 1931 durch die Umbildung des Kabinetts Brüning eine weitere Intensivierung: der Reichskanzler wurde für den ausgeschiedenen Curtius mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers betraut, Groener dagegen übernahm als Nachfolger Wirths zusätzlich die Leitung des Reichsinnenministeriums⁴⁹. In diesem Augenblicke hatte das Präsidialsystem der Weimarer Spätzeit seinen Höhepunkt erreicht; jede Störung dieser neuen, im Grunde sehr anfälligen Konstellation mußte von jetzt an den Anfang vom Ende bedeuten.

⁴⁸ Erlaß Chef der Heeresleitung Nr. 622/31 PA (2) vom 16. März 1931.

⁴⁹ Der Vorschlag, Groener auch zum Reichsinnenminister zu ernennen, stammte von Schleicher. Vgl. die Bemerkungen des Gen. von Noeldechen (damals Adjutant Schleichers) in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 273.

Nr. 3.

1932 Januar 11 und 12, Berlin. Ausführungen des Gen. Lt. von Schleicher und des Reichswehrministers Groener auf der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber im Reichswehrministerium.

Handschriftliche Aufzeichnungen sowie Bleistiftnotizen des Gen. Lt. Liebmann als Grundlage für eine Kommandeurbesprechung im Wehrkreis V am 8. Februar 1932. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 9—15.

Befehlshaberbesprechung am 11. u. 12. 1. 32 in Berlin.

Minister Groener (Gen. v. Schleicher)

Außenpolitik. Welcher Gedanke liegt der A.Pol. Brüning's zugrunde? Isolierung Frankreichs in allen wichtigen Fragen⁶⁰! Legt man dies zugrunde, dann Erfolg Br[üning]'s in d. Augen springend. Nahezu die ganze Welt, d. Vasallen Frankreichs eingeschl., sind [sich] heute klar darüber, daß Fr. das Haupthindernis für eine Gesundung der pol. u. wirtsch. Weltlage darstellt.

1. Reparationsfrage. Lage heute einwandfrei so, daß alle Hauptbeteiligten — außer Frkr. — der Ansicht sind: Fort mit Rep[arationen] u. Kriegsschulden. Amerika vertritt diesen Standpunkt vielleicht am schärfsten, will allerdings Kr[iegs-] Schulden nur streichen, wenn Repar. aufgehoben werden. Fr. dagegen kämpft für Aufrechterhaltung des Young-Planes, um Hand an Deutschlands Gurgel zu behalten.

Rep.Konferenz wird voraussichtlich so verlaufen, daß Frkr. die Entscheidung hinauszuschieben versuchen wird, mindestens bis nach den Kammerwahlen; also vorläufige Lösung auf etwa 1/2 Jahr. Augenscheinlich haben sich Fr. u. Engld. auf dieses Kompromiß (das bekanntlich auf den Präs. d. Bank v. England Montag Norman zurückgeht) bereits geeinigt. Wie wird Brüning sich dazu stellen? Er wird erklären: Auch in [einem] 1/2 Jahr kann D[eu]tschland nicht zahlen; es kann auch später nicht zahlen, denn eine Besserung der Verhältnisse, die Zahlen ermöglichte, liegt außerhalb alles Möglichen. Und selbst wenn eine Besserung eintreten sollte, so wird man doch nicht den bisherigen Wahnsinn noch einmal machen u. damit wieder alles zerstören!

2. Stillhalteabkommen. Auch hier steht Fr. einer nahezu geschl. Front aller anderen Mächte gegenüber. Es vertritt fanatisch den Standpunkt: „vor den Wirtschaftsschulden kommen die pol. Schulden“, was es ohne weiteres kann, da Fr. uns bekanntlich nichts geborgt hat. Die anderen Gläubiger D[eu]tschland's auf wirtsch. Gebiet dagegen überlegen ruhig u. sachlich, „wie können wir unser Geld — oder wenigstens einen Teil davon — von D. wieder kriegen!“

Wahrscheinlich ist eine baldige Einigung trotz Frankreich. Nur ist zu wünschen, daß das neue sog. „Stillhalteabkommen“ besser sein wird als das erste. Bei diesem sind nämlich trotzdem etwa 1,2 Milliarden Kredite aus D. ins Ausland zurückgeflossen, was dann d. bekannten Wirkungen ausgelöst hat. Das neue Abkommen wird also so sein müssen, daß wirkl. alle Lücken geschlossen sind, also nichts aus D. hinaus kann, u. es wird ferner den Zinssatz in vernünftiger Weise regeln müssen als d. bisherige Abkommen.

⁶⁰ Ein derartig knapp zu formulierendes Ziel konnte sich Brüning auf Grund der außenpolitischen Position des Reiches niemals setzen. Allerdings führte die Politik Frankreichs in diesen Monaten zu einer gewissen Selbstisolierung.

3. Abrüstung: Hier werden d. Fronten auf der Konferenz anders sein, da hinter Fr. geschlossen seine Vasallen stehen.

Frs. Standpunkt: „Sicherheit“ ist d. Sicherheit Frankreichs! – Fr. muß s. Wehrmacht in vollem Umfang erhalten, da d. Sicherheit (sprich s. Sicherheit) sonst nicht gewährleistet. – Fr. ist bereit, an der Schaffung internationaler Exekutivorgane – V[ölker]b[und]-Armee, internat. Luftflotte – mitzuwirken, die ihm gestatten würden, abzurüsten. – D.frz. Propaganda für die Abr.-Konferenz ist im übrigen nicht ganz glücklich verlaufen: Seitdem d. Ausland sieht, daß H[err] Foerster u. Konsorten die Hauptgewährsmänner Fr.s bei s. Behauptungen über deutsche Rüstungen sind, ist man skeptisch geworden⁶¹. Der franz. Versuchsballon, wie man sich wohl zu einem Investigationsantrage Fr.s stellen würde, hat mehr geschadet als genützt. Es ist kaum ein Zweifel, daß ein Invest. Antrag Fr.s die Konferenz sprengen würde. Er wird also unterbleiben. D. deutschen Standp. dazu hat Noske in B.Z. z. Ausdruck gebracht (d. Staatsm[ann], der zustimmte, würde mit Recht wie „räudiger Hund“ erschlagen werden)⁶².

Im Gegensatz zu Rep. u. Stillehaltung, wo die anderen Mächte entscheidende u. endgültige Lösung anstreben, sind sie bei Abrüstung aber ausgesprochen kompromißbereit: Abrüstung nur etappenweise durchführbar.

D. Stärke von Deutschlds. Stellung beruht darauf, daß wir sagen können: „Wir verlangen nichts für uns, Ihr sollt nur auf unser Niveau herab!“ Dies wird unsere Formel sein; sie ist schärfer als „wir wollen aufrüsten“ u. (weil Konkurrenz mit Fr. für uns finanziell ausgeschlossen) ohne Zweifel die richtige u. gegebene Taktik. Erwünscht, daß dieser Standpunkt auch in Lokalpresse (d. d. Beeinflussung durch W[ehr]K[r]eis-K[omman]d[o]s unterliegt)⁶³ vertreten wird. Nie von Aufrüstung reden, sondern immer nur Abrüstung der anderen fordern! Scheitert d. Konferenz u. nehmen wir uns dann d. Freiheit zu rüsten, so haben wir Weltmeinung für uns.

Verlauf: Vermutl. Verschleppung des entscheid. Teils der Konferenz bis nach d. franz. Wahlen. Bis dahin wunderbare Reden, an denen s[ich] D. möglichst spät beteiligen wird.

Im allg. Hoffnung, daß auf allen 3 Konferenzen Dinge nicht ungünstig für uns verlaufen werden. Minister hat zur derzeitigen Politik des A[uswärtigen]A[mtes] volles Vertrauen u. betonte das ausgezeichnete Zusammenarb. des A. A. mit R.W.M.

Innenpolitik.

1. Verlängerung der Wahl⁶⁴ des R.Präs. Noch nicht entschieden⁶⁵. Gründe: Nazi bis Sozi im gr. der Ansicht: „H[indenburg] muß bleiben.“ Auch Nazi u.

⁶¹ Zur Tätigkeit F. W. Foersters auf diesem Gebiete vgl. dessen Memoiren „Erlebte Weltgeschichte 1869–1953“, Nürnberg 1953, S. 402ff. Die damalige offizielle Auffassung der Dinge bei A. von Carlowitz, Pazifismus und Landesverrat, in: Wissen und Wehr 12 (1931), S. 194–215. Carlowitz, ein Mitarbeiter Schleichers, war Zivilreferent für juristische Fragen im RWM.

⁶² Dieser Artikel war auf Schleichers Veranlassung geschrieben worden, G. Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach a. M. 1947, S. 288. Noske, von 1919 bis 1920 sozialdemokratischer Reichswehrminister, von 1920 bis 1935 Oberpräsident der Provinz Hannover, stand in Reichswehrkreisen immer noch in gutem Ansehen.

⁶³ Hier überwog der Wunsch. Von einer laufenden, eingespielten Einflußnahme der Wehrkreiskommandos auf die Presse konnte zu keiner Zeit die Rede sein.

⁶⁴ Muß heißen: Amtszeit.

⁶⁵ Zu diesem Zweck hatte Brüning am 7. Januar 1932 mit den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten Verhandlungen aufgenommen. Der Besprechung Brüning-Hitler wohnte

Sozi! Dabei natürlich Port[ion] Taktik, denn wen sollen sie aufstellen? Hitl. sagt: Ich kann aus Prest.Gründen nur dann auf Nazi-Präs. verzichten, wenn H. bleibt. Wen aber. Er selbst lehnt für sich aufs schärfste ab; „m[eine] Stärke liegt darin, daß ich nichts für mich will“⁶⁶; sowie ich was wollte, würden alle ämterhungrigen Persönl. sich sofort auf mich stürzen [und] würde offz. Eintritt in Partei auf 1 Jahr gesperrt“. Mit diesem Standpunkt findet er aber wenig Gegenliebe bei seinen Leuten. „Ich muß einen aus alter Garde (nicht Septemberling) nehmen.“ Wen? Litzmann, Epp, Frick? Es ist Hitl. nicht unlieb, wenn er dieser Schwierigkeit überhoben würde. Daher seine Einstellung: H[inden]b[ur]g muß bleiben!

Da auch Sozi so denken, eigentlich einfache Sache. Außenpol. Gründe dafür klar.

Aber ein Haken! Rechte (Harzb. Front) möchte gern Hbg., aber ohne Brüning! Gegen diesen ist Einstellung so schroff, daß kaum zu glauben. Rechte sucht Modus, wie Hbg. zu erhalten, ohne Brüning zu Erfolg zu verhelfen. Dabei 2 Dinge möglich:

1. $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für Hbg. machen wir mit, erkl. aber, daß dies k[ein] Vertrauensvotum für Br. ist,

2. Erkl., sie hätten verfassungsmäß. Bedenken gegen $\frac{2}{3}$ -Mehrheit, schlugen daher Volkswahl vor, bei der sie einmütig für Hbg. stimmen würden.

Hbg. hat sich alles vorbehalten. D[eutsch]n[at]ionale lehnen Kanzler ab. Hitler macht nicht mit (Scheidung der Geister)⁶⁷.

2. Letzte Notverordnung. Warum erst jetzt diese einschneidenden Eingriffe? Rein außenpol. Gründe! Seht: „Mehr kann wirklich kein Mensch tun!“ Früherer Entschluß hätte uns womöglich zahlungsfähig gemacht!

Gehaltskürzung nicht zu umgehen, nachdem 1927 Fehler zu großer Nivellierung gemacht. Wieder in Ordnung zu bringen nur durch gänzliche Änderung der Besoldungsordnung.

Versorgungsanwärter. Es ist erreicht folgendes: große Zahl von Einstellungen. Bessere Anstellungsgrundsätze. Für Länder bindend!

3. Uniformverbot. Stahlhelm am schwersten getroffen, Leitung vernünftig⁶⁸. Einzelne Führer – Henning! – grenzen an Hochverrat. Drohung d. Zurückziehung v. L.-Schutz. Richtig Standpunkt der W[ehr]kreise: „Reisende Leute soll m[an] nicht aufhalten.“

Heye hat geschrieben, daß er Un.Verb. bedauert, sei einseitige Maßnahme gegen rechts. Nicht richtig: [Auch] R[eichs]banner. Nur aus außenpol. Gründen wäre es

auch Groener bei. In einer Kundgebung der „Eisernen Front“ am 8. Januar wurde dieser Empfang scharf kritisiert. Die Pläne der Reichsregierung gingen dahin, entweder eine Sammelkandidatur Hindenburgs auf breitester Basis zu schaffen oder durch Zwei-Drittel-Mehrheitsbeschluß des Reichstags eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit zu erreichen.

⁶⁶ R. H. Phelps, a. a. O., S. 1018 (s. Anm. 58).

⁶⁷ Am 7. Januar 1932 hatte auch eine Begegnung Hitlers mit Schleicher stattgefunden, J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, 39. Aufl., München 1942, S. 21. Aus der Niederschrift geht nicht klar genug hervor, daß die NSDAP und die Deutschnationalen bei dieser Gelegenheit Brüning um jeden Preis zu Fall bringen wollten. Bereits am 11. einigten sich Hugenberg und Hitler darauf, den Modus der Zweidrittelmehrheit aus „verfassungsrechtlichen Gründen“ abzulehnen. Entsprechende Schreiben erhielt Brüning am folgenden Tage.

⁶⁸ Das Uniformverbot für politische Vereinigungen war ein Teil der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Daß die Entrüstung einiger Stahlhelmführer hierüber zu seiner Nominierung als Reichspräsidentenskandidat geführt habe, bezeugt Th. Düsterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 34.

geschehen! Unrichtig, im Gegenteil. Man hat d. früher oft erwogene Maßnahme jetzt durchgeführt, da sie seit langem v. Ausland nicht mehr gefordert wurde⁵⁹.

4. Org[anisation] f. Wehrsport ziemlich weit vorgeschr. (Stülpn. Edw.)⁶⁰. Dies wird d. „Verbänden“ Betät[igungs]mögl[ichkeit] geben. Geld, das W[ehr]sport erhält, zieht! Wenn Verb. wissen, daß sie Geld nur dann bekommen, wenn sie den Richtlinien des R.W.M. folgen, werden sie sich einfinden u. von ihrem politisierenden Treiben abstehen. Damit wird vielleicht auch Uniformfrage wieder in Ordnung kommen.

Daß Verbände sich Gerechtsame anmaßen, ist unerträglich! (Best in Hessen⁶¹; Reichsbanner überall). Müssen v. Politik auf Wehrsport abgedreht werden!

5. Nazifrage. Verhältnis d. W[ehrmacht] zu Nazi: W. ist genau umgekehrten Weg gegangen wie D[eutsch]-Nat[ionale], hat abgelehnt, hinter Nazi herzulaufen; sondern: „Wenn Ihr zeigt, daß Ihr loyal (Zersetzung), so seid Ihr willkommen.“ Seit Scheringer kein Zersetzungsfall mehr vor[gekommen]. Diese Bedingung haben sie erfüllt; deshalb hat man sich – als sie baten – mit ihnen unterhalten. Sie haben sich loyal gezeigt. Deshalb auch äußerlich Verhältnis geändert; dazu

Nazi aus Betrieben nicht mehr entfernen,

Nazi darf in L.Sch. eintreten,

Eintritt in Heer zurückgestellt; bisher nicht geglückt aus innenpol. Gründen. Volle Legalisierung d. Nazi wird in absehbarer Zeit kommen.

Es gibt Kreise, die größtes Interesse haben, Nazi zu provozieren u. sie von ihrem Weg zum Staat abzudrängen. In Nazi 2 Strömungen: Mitarbeit u. Revolutionär; 2. Gruppe vertrat Stennes. Großer Erfolg Hitlers, daß er damit schnell fertig [wurde], obwohl d. Bewegung stark unterstützt wurde v. denen, die Nazi nicht reg. fähig machen wollen.

Für W[ehrmacht] wichtig, in verständiges Verhältnis mit Nazi zu kommen⁶².

⁵⁹ Heye hatte in einem Zeitungsartikel im Sinne des Stahlhelms geschrieben.

⁶⁰ Die Organisation der wehrsportlichen Betätigung sollte einem „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ übertragen werden, welches im Sommer 1932 unter der Leitung des am 31. Oktober 1931 ausgeschiedenen Gen. d. Inf. a. D. Edwin von Stülpnagel seine Arbeit aufnahm. Das Ziel war, die verschiedenen Verbände für den Gedanken des Wehrsports zu gewinnen und ihnen so die Gefährlichkeit politischer Zielsetzungen zu nehmen. Die Finanzierung erfolgte durch das Reichsministerium des Innern. Im Frühjahr 1933 wurde das Reichskuratorium wieder aufgelöst; an seine Stelle trat der „Chef des Ausbildungswesens“ (Chef AW), der bis zum 30. Juni 1934 unter der Aufsicht des Stabschefs der SA arbeitete.

⁶¹ Am 25. November 1931 waren Dokumente bekanntgeworden, welche, ausgearbeitet von Dr. Werner Best, Mitglied der Gauleitung Hessen der NSDAP (später SS-Obergruppenführer, 1942–1945 Deutscher Bevollmächtigter in Dänemark), den Entwurf von drakonischen Anordnungen für den Fall einer Machtergreifung durch die SA zum Inhalt hatten. Nach dem Boxheimer Hof bei Worms, wo die entsprechenden Beratungen geführt wurden, erhielten sie in der Öffentlichkeit die Bezeichnung „Boxheimer Dokumente“.

⁶² In dieser Richtung bewegte sich der einige Wochen später herausgegebene Erlaß Groeners Nr. 600/32 W I a vom 29. Januar 1932 über die Wehrverbände und die Richtlinien bei der Einstellung in die Wehrmacht, der von der SPD mit scharfer Kritik aufgenommen wurde, da jetzt auch wieder Angehörigen der NSDAP der Eintritt gestattet wurde. Mit dem Erlaß wurden zwei frühere Verfügungen vom 16. Juli 1929 und vom 10. April 1930 aufgehoben, welche die Entlassung nationalsozialistisch organisierter Arbeiter in den Heeresbetrieben bzw. das Verbot der Teilnahme von Wehrmichtsangehörigen an Versammlungen, in denen das Hakenkreuz gezeigt wurde, ausgesprochen hatten. In seiner Reichstagsrede vom 24. Februar 1932 verteidigte und erläuterte Groener den Erlaß.

6. L[andes]-Schutz. Wenn Sozi in Pr[eußen] ausscheiden⁶⁵, können sie nicht leugnen, daß sie beteiligt waren. Aber arbeiten schon jetzt mit der Behauptung, daß vieles gegen die Vereinbarungen geschähe (Reise R.W.M. u. R. d. Inn. Schlesiens). L.Schutz kann dazu führen, daß pol. Parteien sich einigen.

7. Staatsgesinnung. Parteiwirtschaft ist unerträglich (Pol[izei] u. Beamte klagen darüber). Innerlicher Machtstaat! R[eichs]-P[räsident]-W[ehrmacht]-Pol[izei]-Beamte müssen aus Parteigetriebe raus! Hängt mit R[eichs]reform zusammen.

Minister⁶⁴

Nazi: Hitler auf Wunsch [des] [R[eichs]k[anzlers] empfangen⁶⁶. Besten Eindruck von Persönlichkeit (bescheiden; entschlossen, revol. Ideen auszumerzen). Entschlossen, alle Bestreb. H's, sich in pol. Leben einzugliedern, [zu] unterstützen; alles unterdrücken, was geeignet, Unruhe zu stiften. Wird lange Erziehungsarbeit sein, die nur gelingen wird, wenn wir [die] Führer (die guten Willens [sind]) heranholen an d. Staat.

Absichten und Ziele H's sind gut; aber Schwarmgeist, so erfüllt v. Begeisterung u. vulkan. Kraft, daß er sicher noch oft falsche Mittel anwendet u. weiter anwenden wird. Nicht verwunderlich!

Ihm gesagt, daß [er] vielen Gedanken zustimmt⁶⁸! Nur darauf ankommt, [daß] Beweg. in richtige Kanäle kommt.

Als Inn.Min.: Gerechtigkeit muß ebenso d. Nazi gegenüber geübt werden, wie gegenüber d. anderen.

Nazis haben die meisten Opfer, dann Kommun., dann R[eichs]banner; Stahlhelm ganz geringe Opfer.

Uniformverbot soll auß. Anlaß gegen solche Schläg[ereien] nehmen. Schon jetzt Erfolg zu spüren. B[eim] R.Kanzler beantragt, Knopflochabzeichen wieder zu gestatten.

Scharf betonen: Nichts Höheres als Wehrmacht! Idee, daß „Verbände“ Wehrmacht „stützen“, „tragen“ können, aufs schärfste abzulehnen. D. Gute d. Verbände wollen wir erhalten u. pflegen, aber nicht etwa Anhängsel von irgendwelchen Verbänden werden.

Kein Zweifel: „Bürgerkrieg gibts nicht!“ Wer Haupt erhebt, wird mit äußerster Brutalität (nicht nur Strenge) niedergeschlagen, wer es auch sei!! Dies auch außenpol. wichtig (Amerikaner wollen wissen, daß Staat, mit dem sie arbeiten, stark ist).

Die vorstehenden Ausführungen Schleichers und Groeners zur innenpolitischen Lage, zumal gegenüber dem Problem der NSDAP, wird man als optimistisch zu bezeichnen haben. Sie lassen sich allenfalls mit einem gewissen Bewußtsein der Stärke erklären, welches sich aus dem von Schleicher angeregten und von Hindenburg lebhaft gebilligten Doppelpamt Groeners ergeben mochte. Beide vertraten um die Jahreswende 1931/32 den Standpunkt, daß es nötig und wohl auch möglich sei,

⁶⁵ Man rechnete mit der Möglichkeit, daß die zum Frühjahr 1932 heranstehenden Landtagswahlen in Preußen das Ende der Regierung Braun/Severing zur Folge haben würden.

⁶⁴ Die vorausgegangenen Ausführungen hatte Schleicher gemacht.

⁶⁶ Gemeint ist die Besprechung Brüning-Groener-Hitler am 7. Januar 1932.

⁶⁸ Diese „Zustimmung“ kann taktisch begründet gewesen sein, um Hitler für die Pläne der zu verlängernden Amtszeit Hindenburgs zu gewinnen. Zur Begegnung Groener-Hitler vgl. auch R. H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten VII, Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning, in: Dtsch. Rdsch. 77 (1951), S. 20f.

die nationalsozialistische Bewegung samt ihren Verbänden „einzufangen“, sei es durch verantwortliche Beteiligung an einer Rechtsregierung auf breiter Basis⁶⁷, sei es auf dem Wege des staatlich zu fördernden Wehrsports. Die NSDAP auf der Grundlage der Verfassung „regierungsfähig“ zu machen, war eine Aufgabe, die nach der Meinung beider nur die Reichswehr, parteipolitisch nicht gebunden, aber in der Grundgesinnung „rechts“ stehend, zu erfüllen vermochte – eine Theorie, die nicht ohne Zustimmung blieb. Eine Einsicht etwa in die Symptomatik der sog. Boxheimer Dokumente war nicht vorhanden. Groener und Schleicher schienen trotz allem von den loyalen Absichten der Parteileitung überzeugt zu sein⁶⁸.

Die Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten in der Reichspräsidentenfrage, verbunden mit dem Einschalten Hugenbergs in die Verhandlungen und der kurz-sichtigen Politik des Stahlhelms ergaben seit Mitte Januar 1932 eine gründliche Ernüchterung über die Absichten Hitlers und seines Anhangs. Für die Verärgerung Groeners liegen mehrere Zeugnisse vor⁶⁹; auch fielen für seine künftige Einstellung die Auffassungen der höheren Beamtschaft im Reichsinnenministerium sowie diejenigen der Länderregierungen stärker ins Gewicht. Gleichzeitig mußte er sich wegen seines Erlasses den Vorwurf übermäßiger Tolerierung der NSDAP gefallen lassen. Die folgende Niederschrift einer Ansprache Hammersteins vom 27. Februar 1932 weist bereits deutlichere und illusionslosere Formulierungen auf.

Nr. 4.

1932 Februar 27, Berlin. Ausführungen des Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord auf der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnungen sowie Bleistiftnotizen des Gen. Lt. Liebmann als Grundlage für Kommandeurbesprechungen im Wehrkreis V einschl. 3. Kav.Div. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 28–30.

Berlin, d. 27. 2. 32.⁷⁰

Br[üning] hat mit R[eichs]t[ags]-Rede⁷¹ großen Teil Arbeit abg[enommen]. – Aber doch einige notwendige Lücken:

⁶⁷ Durchaus in gedanklicher Übereinstimmung mit Brüning, der am 27. Januar und am 6. Februar 1932 seine Demission anbot, um einer politischen Neuorientierung nicht im Wege zu stehen.

⁶⁸ So im Briefe Schleichers an Röhm vom 4. November 1931, Faksimile und Text bei C. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd 2, Köln 1950, S. 320 bzw. 322.

⁶⁹ C. Severing, a. a. O., S. 322. Dazu Groeners Brief an Gleich vom 24. Januar 1932, R. H. Phelps, a. a. O., S. 1017 f. (s. Anm. 38).

⁷⁰ Hammerstein hatte besonderen Wert darauf gelegt, das Offizierkorps über die in Vielem veränderte innen- und außenpolitische Lage zu orientieren. Daher die neue Besprechung bereits sechs Wochen nach der vorausgegangenen.

⁷¹ Im Verlaufe der sehr stürmischen allgemeinen Aussprache, die anlässlich der Terminfestsetzung für die Reichspräsidentenwahl im Reichstag erfolgte, hatte am 25. Februar Brüning eine großangelegte Rechtfertigung seiner Politik vorgenommen. Ihrem Aufbau folgen die Ausführungen Hammersteins. Vgl. Schultheß' *Europ. Gesch. Kal. 1932*, S. 37–45.

1. Außenpol.

Ostas[ien-] Konflikt⁷²: Gegensatz z. Presse, die sentimental chines. ist. „Chines. Allg. Ztg.“⁷³. Japan über Presse empört (Boycott deutsch. Waren droht). A.A. neutral, aber Dilemma; Neutralität einerseits, unmöglich V[ölker]b[und] jetzt zu zertrümmern (da wir z. Z. Vorteile davon). Jap. verteidigt in gew. Sinn Moral u. Recht gegen d. Bolschewismus. „Hinter China steht Moskau“ (Broschüre)⁷⁴. Rußl. will sich unter k[einem] Umst. einmischen u. wird alles aufbieten, herauszubleiben. Machtverhältnisse China-Jap.: Widerstand Ch[inas] achtbar, wenn aber die 3. (Wetzell) Nanking-Div. verbraucht, dann nichts mehr dahinter. Macht Chinas erschöpft, übrig nur unbekannt starke, sowjetmäß. aufgez. Mil.Macht in Prov[inzen] südl. Mongolei. Russe hat Teilung [der] Mandsch. abgewiesen, da so imp[erialistisch], daß [er] bolsch. Gesicht verliert (ist aber bereits freundsch. Abmachung). Wladiw[ostok] nicht durch Jap. bedroht, jedenfalls nicht jetzt, vielleicht später. Bolsch. Ausdehnungsbestreben geht über Mongolei nach Süden, dann auf Kanton. Einzige, die große Sorgen [haben], hineingezogen zu werden, sind Amerikaner.

1. Aber seitdem Jap. keinen Zentimeter aufgegeben, ist am[erikanische] Pol[itik] sehr vorsichtig geworden. Sollte Am. hineingezogen werden, für uns sehr ungünstig, da Interesse v[on] Europa abgezogen.
2. Verhältnis D[eu]tschland-Rußland. An r[ussisch]-poln. [Nicht-]Angr.Pakt beteiligt, loyal. R. hat Friedensbedürfnis u. Streben, nicht als Störenfried der Welt gestempelt zu werden.
3. Jap. hat sich Hilfe Frankreichs gesichert.

Diese 3 P[unkte] bedingen, daß auch wir v. dies. Dingen berührt.

Memel⁷⁵. Reg. in Kowno besteht aus Rauhebeinen. Daraus entstehen diese Dinge. Wird diplomatisch ausgepaukt. Wäre besser gewesen, es nicht als Haupt- u. St[aats]-Aktion zu stempeln. Anwes[enheit] v. lit. Offz. [im Reichsheere] beruht auf alt[er] Abmachung zw. A. A. u. lit. Reg. Wir wollen lit. Armee gut behandeln, im Gegensatz zur lit. Reg. Wenn Gesandter Pässe verlangt u. überhaupt nicht auf „Regelung“ eingegangen, dann hört uns dies auf.

Gefährl. Dinge in Genf.

a) Abrüstung (2. Rolle). Vorläufig das getan, was wir können. 1. Rede Brüning gut, klar, Rechtsstandpunkt herausgestellt. 2. Nadolny vielleicht zu früh⁷⁶, darf sich nicht durch törichte Rechtspressevertreter beeinflussen lassen.

Schärfstes Entgegenreten gegen schon jetzt geübte abfällige Kritik am Verlauf! Prakt. Resultat? Rechtsstandpunkt⁷⁷ muß u. wird durchgebracht u. durchgehalten werden.

⁷² Die seit September 1931 bestehenden schweren Spannungen zwischen Japan und China erreichten in diesen Tagen mit dem japanischen Angriff auf Schanghai ihren ersten Höhepunkt.

⁷³ Spöttische Bezeichnung für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“.

⁷⁴ G. Ritter von Kreitzer, Hinter China steht Moskau, Berlin 1932.

⁷⁵ Am 6. Februar 1932 hatte der litauische Gouverneur Merkys das memelländische Direktorium Böttcher gewaltsam abgesetzt.

⁷⁶ Botschafter Nadolny stimmte als deutscher Vertreter nach vorheriger Rücksprache mit Tardieu am 24. Februar 1932 dem Abrüstungsentwurf von 1930 als Verhandlungsbasis zu, was ein gewisses Zurückweichen vom bisherigen Standpunkt bedeutete.

⁷⁷ In der Formulierung Schleichers: „Ihr müßt auf unser Niveau herunter“, vgl. oben S. 414.

b) Rep[arationen] (ernster). Lausanne sabotiert⁷⁸; neue Konferenz in Aussicht gen[ommen]. Zeitpunkt – unmittelbar vor Ablauf Hoover-Jahr – sehr ungünstig.

Pol. Gefahrenplage D's, gesehen von Außenpol. In Danzig haben akt[ive] poln. Offz. Drohungen gegen Danzig u. Ostpr. ausgestoßen. Falsch, diese Reden für Zufall zu halten. Außerord. ernst. Stimmen überein mit Nachr., die wir aus guter Quelle aus Fr. haben: Frz. wollen uns in Rep.Frage zwingen, wollen uns vor d. Haag bringen (in Zollunionsfrage schon einmal hereingelegt). Kommt es zu Urteil gegen uns u. ergeb[en] sich daraus Sanktionen, so wird Franzose mit Ostsanktionen arbeiten (Polen u. Tschechen). Polen werden es gern tun, Tschechen ungern, werden aber gehorchen.

Plan teuflisch, aber sehr ernst zu nehmen.

Reg. will Pol[itik] treiben, die es dazu nicht kommen läßt. Wird sich größte Mühe dazu geben. Möglich, daß [es] gelingt.

Wir sind gehalten, an schlimmsten Fall zu denken⁷⁹. Keine Illusionen. Auch nach außen hin. Wenn wir Dinge nicht klar sehen können, sind wir unfähig und feige. Dies auch Sinn der Rede Brüning⁸⁰.

2. Innenpol. Lage.

Zunächst versucht, Außenpol. durch Ordnungschaffen im Innern zu erleichtern. 2 Hauptfragen, die jeder Ausl. stellt:

a) Wer wird R.Präs.?, b) Wann kommt Hitler?

Zunächst versucht, Gesetz mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit zu machen. Hinterher wurde Verfassungsmäßigkeit angezweifelt⁸¹. Dies nicht Grund, sondern Sabotierung.

Br[üning], Gr[oener], Hitler hatten sich zu 80% geeinigt, verhindert worden ist d. Einigung durch Hugenberg, der die Sache auf d. Parteigeschäftliche gebracht hat u. dadurch Erleichterung der außenpol. Lage verhindert bekommt⁸².

Nachher. Stadium: Verhandeln wir über Volkswahl Hindenburgs auf breitester Grundlage. Verhandlg. nunmehr äußerst schwierig, da nunmehr drin im parteipol. Schmutzgeschäft. Jeder stellte s. Parteiforderungen auf (D[deutsch]nat. u. Nazi): „Zunächst pol. Macht für mich allein“, auch nächste Nachbargruppe nicht beteiligen.

Bei Nazi auch verständlich (51% der künftigen Sitze), aber auch Hug[enberg] stellt diese Forderung (R[eichs]k[anzler] u. Pr[euß]. Min.Präs.) Daran haben sich die Verhandl. zerschlagen, denn Nazi nicht zu verantworten, Staatsmacht ihnen als Vorleistung zu übertragen. D.Nat. überhaupt nicht zu verstehen.

⁷⁸ Gemeint ist die auf Grund englisch-französischer Vorverhandlungen vorgeschlagene Verschiebung der Konferenz von Lausanne auf den 16. Juni 1932.

⁷⁹ Die Befürchtungen, mit Polen in eine militärische Auseinandersetzung zu geraten, sind in der Reichswehrzeit immer lebendig gewesen, W. Görlich, a. a. O., S. 389f. Die Reichsregierung war 1931 über einen polnischen Plan informiert worden, welcher vorsah, bei gebotener Gelegenheit Schlesien im Handstreich zu nehmen. Starke Beachtung fand im Jahre 1932 das Buch von Hans Nitram [Pseud.], „Achtung! Ostmarkenrundfunk! Polnische Truppen haben heute nacht die ostpreußische Grenze überschritten!“, welches seiner Auffassung und Anlage nach unter den Auspizien des RWM oder zumindest des Wehrkreises I verfaßt sein dürfte.

⁸⁰ Vgl. Anm. 71.

⁸¹ So die Begründung Hitlers.

⁸² Der Sinn dieser unklaren Stelle ist, daß Hugenberg durch seine Intervention die außenpolitische Lage erschwert hat.

Nunmehr Versuch ohne Parteien: Stahlhelm, Kyffhäuser, Sahn⁸³ nebeneinander. Mit Horn⁸⁴ Einigung (mühsam!); Stahlhelm war nahe dran, ging aber nochmals zu Hug. – Nur Form! (Unterrichtung über Zugeständnisse des R.Pr. an Rechts.)

(R.Präs. hat weitestgehende Zusagen angeboten, um Einigung herbeizuführen⁸⁵. Scheitert daran, daß Hug. als Bedingung stellt, er R.Kanzler u. er Pr.Min.Präs. R.Präs. lehnt entrüstet ab. Zugeständnisse nach rechts waren so weit.)

Stahlhelm ist anderen Weg gegangen, als Hug[enberg]. Zusage d. Unterrichtung nicht gehalten. Hug. hat Sache zum 2. Mal sabotiert.

Daraus der jetzige innerpol. Trümmerhaufen.

Vergleich Außen u. Innen grotesk! Verbrechen u. Dummheit, in dieser außenpol. Lage R.Pr.-Frage so zu behandeln!

Zu verurteilen Führer! Wir alle stehen der Ges[innung] n. rechts, aber wir müssen uns klar machen, durch wessen Schuld Trümmerhaufen entstanden. Das sind d. Führer d. Rechtsparteien. Sie haben es verschuldet.

Dahin zugespitzt: Hie Hindenburg, hie Hitler. Wahlkampf wird gemein geführt werden! Gemeinste Verleumdung H'bgs. schon jetzt im Umlauf.

Resultat für uns: Armee hat kein Wahlrecht, steht objektiv. Aber man hört danach, was Armee denkt über diese Sache.

Offz.Korps und Truppe informieren.

Verlange klare Ansicht, die mit Zurückhaltung oder mit Entschiedenheit zu vertreten ist.

K[eine] Dummheiten u. k[eine] Gemeinheiten! Propos sind uns gemacht worden (Min. u. R.Präs. hineinzulegen).

Keine Vertrottelung!

1. Vertrottelt,

2. Sohn eingeschr. Sozi,

3. Fr[au] v. H[indenburg] braucht Gehalt. – Verein d. Gottlosen⁸⁶

Rechts: Gemeine Verleumdung.

Links: Angst vor Hitler.

Heer muß gehorchen, aber auch richtig denken!! Disziplin, die auf Einsicht beruht.

⁸³ Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn hatte den sog. „Sahmausschuß“ gebildet, um die Wiederwahl Hindenburgs auf überparteilicher Grundlage zu propagieren.

⁸⁴ Gen. d. Art. a. D. Rudolf von Horn (1866–1934) war seit 1926 Präsident des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“.

⁸⁵ Hindenburg hätte die Einigung der gesamten Rechten auf seine Sammelkandidatur begrüßt. „Der Alte vom Berge will sich nicht küren lassen, wenn nicht auch die Rechter mitmachen“, Groener an Gleich vom 24. Januar 1932, R. H. Phelps, a. a. O., S. 1017 (s. Anm. 38). Auch einer neuen, „nach rechts verlagerten“ Regierung war er nicht abgeneigt, wie aus seinen persönlichen Darlegungen zur Vorgeschichte der Wiederkandidatur vom 25. Februar 1932 hervorgeht. Diese Stellungnahme wurde mit dem Vermerk „Vertraulich“ für Interessenten der Rechten vervielfältigt. Am 5. März sandte Schleicher ein Exemplar an den damaligen Obersten von Reichenau, Chef d. Stabes d. 1. Div., zu dessen Unterrichtung (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

⁸⁶ Dieser Absatz gibt knapp die Verleumdungen über Hindenburg wieder: Der Feldmarschall sei vertrottelt, sein Sohn sei eingeschriebenes Mitglied der SPD, Frau von Hindenburg habe geäußert, ihr Schwiegervater müßte schon deshalb gewählt werden, weil die Familie von der Pension nicht leben könne. Sie selbst sei dem Verein der Gottlosen beigetreten.

Spezielle Fragen⁸⁷: Was machen wir, wenn Hbg. nicht gewählt? Ist nicht unsere Frage, sondern hochpol. Frage, die v. anderen Instanzen zu beantworten [ist]. Im gegeb. Zeitpunkt wird es geschehen.

Werden Sie jem[als] dulden, daß überpart. Ideal-Standpunkt d. Heeres aufgegeben wird? Daß Parteibuch-Offz. hineingeschoben (Nazi oder Sozi)? Diese Fragen mit glattem Nein beantwortet. Herabziehen in Parteien [wird] mit allen Mitteln verhindert.

Mögl., daß ähnl. verlangt, wie in Italien? Bewaffnung der SA? Oder Rotfront? Werden Sie das tun? Jedes Gewehr wird gegen äußeren Feind gebraucht. Umstoßen der Mob. zu innerpol. Zwecken macht Mob-„Verwendbarkeit“ für 2 Jahre unmöglich.

Wer diese beiden Punkte antastet, hat Armee zu erbittertstem Feind. Wir werden mit schärfsten Mitteln diese Angriffe zurückweisen.

Bürgerkrieg gibts nicht! Indisziplin im Heere in Gefahrmomenten ist von jedem Vorgesetzten rücksichtslos mit Andiewandstellen zu unterdrücken.

Warum H[inden]b[ur]g? Wenn nicht Hbg.: „Hie Hitler, hie Linkssozialist“ wäre Folge gewesen. Rechtsleute (Kns.) haben ihn gedrängt. Stures Pflichtgefühl!

Hug.: Hitler darf nicht gewählt werden; Hbg. ist einziger, der ihn schlagen kann. Hitler: Ich kandidiere selbst auf k. Fall; nur wenn Hbg. nicht kandidiert, muß Nazipartei aus Prestige-Gründen Kandidaten aufstellen⁸⁸.

1. Parteimäß. Handeln der Rechtsführer,

2. Unzuverlässigkeit der Nazi u. Abhäng. Hitlers v. seinen Unterführern.

Resolution, Erlaß aufzuheben – (Nazi haben durch Verlassen zur Annahme gebracht)⁸⁹ – wird zunächst keine Folgen haben. Wie später, noch fraglich.

Diese Taktik der Nazi versteht kein Mensch mehr.

Preußenwahl findet statt; Gegenteil wäre Staatsstreich.

Wirtschaftslage: R[eichs]k[anzler] [hat] in kl. Kreise gesagt, nicht sehr schwierig, mit einigen Maßnahmen Wirtsch. in Gang zu bringen; aber erst Rep. erledigen, vorher hat es keinen Zweck.

Wehrsport: Kuratorium im Innen-Min. (unter Ltg. des R.W.M.), Finanzmin. bereit, Summe bereit zu stellen. Dietrich möchte d. S[ache] aber nicht in Etat einstellen, ehe er in d. Entwicklung der pol. Verhältnisse klarer sieht.

Den Worten Hammersteins läßt sich soviel entnehmen, daß die Einstellung der NSDAP gegenüber wieder kritischer und abwehrwilliger geworden war. Zwar wurde an dem Grundsatz, den „nationalen Schwung“ der Verbände aufzufangen, weiterhin festgehalten, doch sollte sowohl eine Kanzlerschaft wie eine Präsidentschaft Hitlers verhindert werden. Bezeichnend ist das Ausweichen Hammersteins vor der Frage, was im Heere geschehen solle, falls Hindenburg nicht wiedergewählt werden würde.

Gleich nach dem für Hindenburg erfolgreichen zweiten Wahlgang wurde die Reichswehrführung durch das am 14. April 1932 verkündete SA-Verbot zum ersten

⁸⁷ Das Folgende stellt eine Beantwortung von Fragen dar, die sich aus der Situation ergaben bzw. an Hammerstein selbst gerichtet worden waren.

⁸⁸ Diese Sätze entsprechen den „Ausgangspositionen“ Hugenbergs und Hitlers in den Besprechungen vom 6. und 7. Januar 1932.

⁸⁹ Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Groenerschen Erlasses vom 29. Januar 1932 (vgl. Anm. 62) war am Tage vorher mit 226 gegen 173 Stimmen bei 39 Enthaltungen angenommen worden.

Male uneins. Die damit anhebende Krise hatte am 15. Mai den Rücktritt Groeners als Wehrminister zur Folge, ein Ereignis, das den weitaus meisten Befehlshabern unerwartet kam. Auf einer Führerreise nach Süddeutschland benutzte Hammerstein die Gelegenheit, die Ereignisse in seinem und Schleichers Sinne darzustellen.

Nr. 5.

1932 Mai 21, Berchtesgaden. Ausführungen des Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord auf einer Führerreise.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann mit späteren Ergänzungen. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 31.

Ch. H.L. auf Führerreise am 21. 5. 32

Vorige[s] Mal: Weitgehende Verbreitung gewünscht. Hat geklappt, dankbar dafür. Hugenberg hat aus 6 Wehrkr. den Standpunkt der Wehrmacht zu den innenpol. Fragen, insbesondere die R.Präs.Wahl, erfahren. Jetzt Diskretion, da noch nicht abgeschlossen.

Groener wurde s. Zt mit Unterstützung d. H[eer]-L[eitung] Inn[en]- und R[eichs]w[ehr]minister], weil schon damals klar, daß Abbau der mil. Org. nötig. Nur mögl., wenn etwas anderes zu bieten. Seit Jahren Verhandl. mit Inn.Min. wegen überpart. Sport-Org. Da sie nicht vorwärtskamen, dafür eingesetzt, daß Gr. R.I. Min. übernahm u. vorwärts trieb. Suspekte Leute hinaus. Nicht geschehen. Gr. ist von freundl. Leuten (Min.Dir. im Inn.Min.) eingewickelt worden. Förderung der mil. Belange kam nicht zustande.

Dann Wahl R.Präs. Wild hergegangen. Rechte außer Kyffhäuser hat sich tönlich benommen. Alte Offz. unschön. Durch Verhalten d. Rechten Eindruck entstanden, daß R.Präs. nicht überparteil., sondern Kandidat der Linken. F.Marschall hat keine parteipol. Bindungen angenommen; nicht s[eine] Schuld, daß es so aussah. Fälschung! Aus dieser Wiederwahl gew[isse] Konsequenzen:

Unglückl. Verbot der SA⁹⁰! Gr. läßt eines Tages Chefs H.L., M.L., Min.A. kommen u. teilt Tatsache mit (1 Woche vorher)⁹¹. Kenntnis gen[ommen] u. haben gesagt: Zeitpunkt und Form eingehend zu erwägen u. vorsichtig sein! Reif gemacht durch Schuld von SA-U[nter]führern (Pommern, Gr[enz]-Schutz verweigert). Halle (Tradition 36er) Nr. d. alten Rgter. Haufen v. Dummheiten u. Anmaßungen. Aber: Verbot, einseitiges!, anrücklich⁹²: — Nach Mitteilung rechtzeitig stark mit Gr. um Verbot gekämpft⁹³; Absicht: Ultimatum an SA: Umstellung, Hitler wäre darauf eingegangen, hätte Dummheiten abgestellt. [Vergleich mit] Prozeß v. Leipzig: Centralleitung kann nachweisen, daß sie andere Befehle gegeben. (Verschied. Strömungen in der SA — Centrale ganz verständig). Getan, was möglich! Zum 1. Mal nicht durchgedrungen: Aber gegenüber R.I.Min.!

⁹⁰ Vorgeschichte und Ablauf des SA-Verbots werden, mit den Quellen des Groener-Nachlasses, am vollständigsten bei R. H. Phelps, a. a. O., S. 19 ff. (s. Anm. 66) geboten. Vgl. dazu neuerdings J. W. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power*, London 1954, S. 239 ff.

⁹¹ Am 8. April 1932.

⁹² Daß viele Kommandeure und Dienststellen mit der „Einseitigkeit“ des Verbots nicht einverstanden waren, bezeugen Schleicher (R. H. Phelps, a. a. O., S. 27) und Oberstlt. Ott, damals Leiter der Wehrmachtsabt. im RWM (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279).

⁹³ Noch am 9. April 1932 hatten Hammerstein und Schleicher den Absichten Groeners voll zugestimmt.

nicht R.W.M.⁹⁴. Zeitpunkt kompromittiert] F.Marschall (mußte als Bezahlung nach links aussehen!)⁹⁵. Trotzdem Verbot durchgegangen. Warum hat F.M. unterschrieben? Zunächst geweigert. Dann aber 1-stimm. Kab.Beschl. (?) u. R.I.Min. [hat] gesagt, daß Gefahr für Staat. Daraufhin hat F.M. ab[lehnen]den Standp. aufgegeben. u. Ordre unterschrieben. Brüning hat sie geduldet aus allgem. pol. Gründen, war nicht mit vollem Herzen dabei⁹⁶. – An diesen Tagen große Mühe gegeben, den übl[en] Drahtziehern im R.Inn.Min. – (nicht Groener, dieser ehrlich)⁹⁷ „reizen, dann wehren, Aufstand, dann Ausnahmezustand u. Absage der Pr[eußen]-Wahlen, also Provokationsabsicht!“ – d. Handwerk zu legen. Gelungen! Rat an SA, sich zu fügen, sonst üble Folgen!

Brief R.Präs. soll Gerechtigkeit wiederherstellen⁹⁸. War nötig! Nachdem SA diszipliniert gezeigt.

Groener schwerer Kampf. Hat als R.Inn.Min. gehandelt. Vereinigung konnte nicht weitergehen. Eigentl. Zweck nicht erfüllt, nun ganz schief. Aktion SA war rein innen- u. parteipol. Überparteilichkeit der Wehrmacht war verletzt, auch Minister muß überparteil. sein⁹⁹! Verkoppelung des hochpol. u. überpol. Ministeriums mußte gelöst werden. Darüber Einigkeit mit R.P. Nicht gedrängt. R.T. brachte Beschleunigung¹⁰⁰. R.Präs. stellte sofort Forderung. Lösung in mildesten Form.

Verkoppelung war Fehler! Auch Schleicher sieht das ein. Kein Schimpfen über Groener, sondern Erklärung, daß nur Zwiespalt zwischen pol. u. überpart. Min. entstanden (Gr[öener] „Überzeugungstäter“!).

Allgem. Pol. Lage so, daß Zukunft des R.Kab. abhängt v. Preußen. Beide Reg. müssen gleichgestellt werden, dies Sinn der Pr.Wahlen u. Wahl Hindenburgs. Da in Pr. noch nicht geklärt, auch R.Kab. etwas merkwürdige Stellung.

Dummheit der Parteiführer (Hug., Dingeldey) hatte Schuld, daß 1 1/2 Mill. Stimmen unter den Tisch gefallen (die der vernünft. u. ernst. Leute), sonst wäre klare Rechtsmehrheit vorhanden.

⁹⁴ Mit dieser Unterscheidung sollte so etwas wie eine Ehrenrettung Groeners vor dem Offizierkorps versucht werden.

⁹⁵ Eine der wichtigsten Begründungen für die Auffassung des Kreises um Hammerstein und Schleicher. – „Zeitpunkt kompromittiert Feldmarschall...“ – gemeint ist dabei „... in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht vor seinen Untergebenen.“

⁹⁶ Vgl. H. Brüning, Ein Brief, in: Dtsch. Rdsch. 70 (1947), H. 7, S. 4.

⁹⁷ Vgl. Anm. 94.

⁹⁸ Der Brief Hindenburgs an Groener datierte vom 15. April 1932. In ihm wurde auf beiliegendes Belastungsmaterial gegen das „Reichsbanner“ verwiesen, ferner um Untersuchung und gegebenenfalls um ein entsprechendes Verbot gebeten. Zur Herkunft des Materials über das „Reichsbanner“ vgl. R. H. Phelps, a. a. O., S. 28 (s. Anm. 66).

⁹⁹ Eine etwas zu einfach formulierte Forderung, die auch dann den Aufgaben des Reichsinnenministers, wie sie sich im Frühjahr 1932 darstellten, mit sehr wenig Verständnis gegenübersteht, wenn man das unglückselige „Doppelamt“ berücksichtigt.

¹⁰⁰ Mit seiner Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 hatte Groener unter lärmenden Zwischenrufen und unter großer Unruhe des Hauses das SA-Verbot zu verteidigen versucht und alle Angriffe gegen das Reichsbanner mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß dieses überparteilich sei und satzungsgemäß den Schutz der Reichsverfassung zur Aufgabe habe. Die Gerüchte, er sei an diesem Tage krank oder indisponiert gewesen, wies Groener später (R. H. Phelps, a. a. O., S. 29) zurück. Es ist wohl anzunehmen, daß, wenn Groener diese Rede unter den oben geschilderten Umständen nicht gehalten hätte, vor dem Sturz des Kabinetts Brüning kein Anlaß zu einem Rücktritt Groeners gegeben gewesen wäre.

Braun will kein Gesch[äfts]min[isterium], will in Opposition. Hauptpunkt: Nazi u. Centr. fangen nicht an, zu verhandeln.

Davon ist auch R.Reg. abhängig. R.Präs. strebt vernünft. Regierung in beiden an. R.Kab. stirbt ab, auch R.W.Min.-Posten wird kaum besetzt, ehe entscheid. Frage geklärt¹⁰¹.

Polen. Nie Sorge los. Nach wie vor akut. Pilsudski vernünftig, hat auch noch Macht. Aber wenn er geht oder stirbt, ist Gefahr akut. Gefahr [für] Ostpr[eußen] besteht, noch mehr [für] Danzig. Bei Fr[ankreich] Kampf dipl[omatisch], bei Polen besteht mil[itärische] Gefahr. (Ferner Osten leider zugespitzt. Rußl. soll Gesicht nach Osten drehen: Gefahr besteht augenblicklich!)

Der Konflikt Groener-Schleicher vom April/Mai 1932 war ein weiterer wichtiger Einschnitt in der Geschichte der Reichswehr. Die Vorgänge um das SA-Verbot zeigten für viele zum ersten Male die abweichenden und ganz seinem Naturell entsprechenden Absichten Schleichers¹⁰². Es ging dem General wahrscheinlich darum, die von ihm gewünschte Auseinandersetzung mit der NSDAP nicht aus der Distanz der Erlasse, sondern mit allen Listen und Kniffen eines psychischen Nahkampfes durchzuhalten. Wir wissen, daß auch Groener von der Erfolglosigkeit etwa neu-aufgelegter „Sozialistengesetze“ überzeugt war¹⁰³, indes befürwortete Schleicher doch eine größere Intensität des Kampfes, ohne dabei gelegentliche Vorstöße zu geheimen Besprechungsorten zu scheuen. Es war eine Einstellung, die darauf ausging, unter gleichzeitiger Inanspruchnahme von Mittelsleuten in anderen Lagern, aus der Gesamtheit der nationalsozialistischen Ziele gerade diejenigen in den Bereich seiner Wehrpolitik hineinzuziehen, die bislang zu den populärsten Programmpunkten Hitlers gehört hatten.

Solches hatte mit den bisher anerkannten Aufgaben der Reichswehr nichts mehr gemein, entsprach aber, vom Blickpunkt Schleichers gesehen, einer realen Einschätzung der Lage von 1932. Ihm schien die Gefahr für die Reichswehr, eine „Partei-truppe“ zu werden, im Augenblick einer sog. „Machtübernahme“ geringer zu sein, wenn vorher die wehrpolitisch aktiven Kräfte der NSDAP, eben die Verbände (dazu der „Stahlhelm“) mit der großen Zahl ehemaliger aktiver Offiziere, in Auffangorganisationen wie Landesschutz und Reichskuratorium unter die Aufsicht seines Ministeriums gestellt waren. Allerdings verkannte er dabei die in fünf oder mehr Wahlkämpfen erhärtete Geschlossenheit der NSDAP und vor allem das

¹⁰¹ Schleicher, dem der Posten des Reichswehrministers von mehreren Seiten angetragen worden war, zeigte keine Neigung, sich in einem Kabinett zu exponieren, dem er keine Lebensfähigkeit mehr zutraute.

¹⁰² Groener glaubte bereits am 22. Mai 1932 von seinem „Wahlsohn“ sagen zu können: „... Es sind aber nicht die Nazis, denen er zur Macht verhelfen will, er selbst strebt zur Macht, und zwar durch Hindenburg... [Schleicher] will jetzt nicht Reichskanzler werden, vorläufig auch nicht Reichswehrminister... Für die Reichswehr ist eine neue Idee im Werden. Man will sie auch mit ihrem Etat vom Reichstag ganz abhängen. Schleicher schwebte längst vor mit Hilfe der Reichswehr auch ohne den Reichstag zu regieren...“ (Brief an Gleich, R. H. Phelps, a. a. O., S. 1021) (s. Anm. 38).

¹⁰³ R. H. Phelps, a. a. O., S. 1019 (s. Anm. 38).

persönliche Gewicht Hitlers, den als Gegner richtig einzuschätzen ihm wohl nie gelungen ist.

Es war also weniger eine Meinungsverschiedenheit in der Grundeinstellung, die den Konflikt zwischen Groener und Schleicher zur Folge hatte, als vielmehr eine solche über die Verfahren. Das Doppelamt Groeners hatte die Reichswehrführung gezwungen, sich zum ersten Male sichtbar und verantwortlich zugleich in den Bereich der Politik zu begeben. So kam das Zerwürfnis dadurch zustande, daß das Reichswehrministerium seinem Minister die Gefolgschaft auf sagte, als dieser in seiner Eigenschaft als Innenminister das tat, wozu er verpflichtet war: in notwendiger Zusammenarbeit mit den Ländern eine ebenso notwendige Verfügung zur Sicherheit des Reiches vorzubereiten und durchzusetzen. Mit dem Ausscheiden Groeners aber verlor die Wehrmacht der Republik ihre „zivile“ Spitze für immer¹⁰⁴.

Schleicher selbst wurde am 1. Juni 1932 in dem von ihm organisierten Kabinett von Papen Reichswehrminister und übte, nachdrücklicher und bewußter als seine Vorgänger, gemäß § 8 des Wehrgesetzes von 1921 unter dem Reichspräsidenten die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. Daß diese, geschlossen und überparteilich, allein genügen werde, die Autorität des Reiches im Innern vor jeder Erschütterung zu wahren, war, wie die Kundgebung an die Reichswehr vom 2. Juni besagte, seine Überzeugung¹⁰⁵. Welche Vorbehalte er hierbei ein halbes Jahr später anmelden zu müssen glaubte, zeigt der folgende Bericht.

Nr. 6.

1932 Dezember [15–15], Berlin. Ausführungen des Reichskanzlers von Schleicher und des Oberstlt. Ott vor den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann. München. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 32–35.

Schleicher als Reichskanzler (Dezember 32)

1. Warum R[eichs]k[anzlerschaft] angen[ommen]? R.Pr. wollte feststellen, ob arb[eits]f[ähige] Mehrheit (Ist NSDAP bereit?). Da nur so M[ehrheit] möglich. Sperrm[ehrheit]: N[azi]-K[ommunisten] [kam] nicht in Betracht. Pap[en] ist zurückgetreten, um Vorwurf auszuräumen: Spiegelfechterei.

Hitler hat im Gr[unde] s[eines] Herz[ens] gar nicht gewollt! Alles, was N[azi] behaupten, Vorwand. Oder nur als Diktator (Auflösung, § 48). Dies konnte R.P. nicht, nachdem er am 13. 8. nein gesagt hatte¹⁰⁶. R.P. in keinem Augenbl. bereit, von dieser These auch nur fingerbreit abzuweichen. Es sollte alt. Kab. Papen erneut betraut wer-

¹⁰⁴ Für die Zeitumstände vielleicht bezeichnend ist die Tatsache, daß bei Erörterungen um die Nachfolge zwischen dem 12. und 30. Mai 1932 lediglich Namen von aktiven Offizieren genannt wurden: außer Schleicher der Admiral Raeder und der Gen. d. Inf. Hasse. Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 89 und 92.

¹⁰⁵ Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 95.

¹⁰⁶ Anlässlich der nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 akut gewordenen Frage der Regierungsumbildung. Eine relativ brauchbare Darstellung der Unterredung lediglich bei W. Görlich, Hindenburg, Bonn 1953, S. 382.

den. Aber „Psychose“ gegen Papen war zu stark. Stimmung: N.S. völlig ablehnend, aber ihre Führer uneinig: Hoffnung, daß Papen blieb, weil dann N.S. geschlossen [der Meinung], mir nicht R.Wehr.Minist[erium]¹⁰⁷! Diese Lösung bei weitem d. schlechteste, weil SA nicht monatelang auf Schleicher eingestellt u. nun Ruder herumgeworfen werden mußte. Zu große Belastung der SA, Spaltung möglich. D[eutsch]-N[ationale]: Wenn Pap. wiederkommt, so große Belastung für Partei, daß m[an] sehr große Ford. stellen müßte, damit Kab. „krisenfest“. Starke Umbesetzung im Sinne der D.N. Im Sinne der D.N. verständlich. — Aber Parteidiktatur der D.N. hätte bei allen anderen explosiv gewirkt, weil man [sie] nicht H[itler] mit 196 Sitzen verweigern u. Hugenberg mit 50 S[itzen] zugestehen [kann]. — V[olks]p[artei]-Christl. (20 M[andate]) hatte Auffassung: zur Entspannung Kab. P[apen] vermeiden. Zentr. u. B[ayerische] V[olkspartei]: Absol. Gegner — scharf gegen P[apen], Beschwörung: Arb[eiter] u. Bauern gehen zu Kommun. — Gewerksch.: Papen bedeutet Affront, den Arbeiterschaft nicht hinnehmen kann. — Alles dies zusammen stimmte R.P. bedenklich. Wenn trotzdem Absicht, Papen wieder zu betrauen, kommt nicht zur Auswirkung, weil K[abinett] selbst P. bat, Amt nicht wieder zu übernehmen. Teil wollte Fahrt nicht mitmachen¹⁰⁸.

Kr[iegs]spiel Ott¹⁰⁹: Wie stehen wir im Moment des Gen.Streiks? Schlechtester Fall unterlegt. Resultat war: wir werden Unruhen hintanhalten, aber wie wollen wir gegen Sabotage u. pass. Res[istenz] ankommen? Diese Gedanken haben auf mich gewirkt. Papen hätte d. Wehrmacht in wenigen Tagen auf d. Straße gebracht. Aussichten für Wehrmacht dabei äußerst unglücklich: Sorge, daß man in wenigen Tagen gegen $\frac{9}{10}$ des Volkes mit M.G. auf d. Straße stand. Diese Sorge hat mich veranlaßt, Kanzlerschaft zu übernehmen¹¹⁰. Klar, daß dies Entspannung. (Über Kr.Spiel ist Merkblatt ausgearbeitet, das demnächst zugehen wird.)

2. Pol. Abs. der R[eichs-]Reg.

Fr[aktionen] des Reichstages: Nicht mit Unrecht Vorwurf an R.Reg., warum eigentlich d. Narrenspiel der Ausschußsitzungen¹¹¹ über sich ergehen lassen.

¹⁰⁷ Vgl. dazu jedoch aus dem Briefe Hitlers an Meißner vom 23. November 1932: „... Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher . . . vorschlagen“ (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

¹⁰⁸ In der Kabinettsitzung vom 2. Dezember 1932 hatte der Bericht Schleichers über das unter der Leitung des Oberstlt. Ott abgehaltene Kriegsspiel hierzu die Veranlassung gegeben. F. von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 247 ff.

¹⁰⁹ Über die Ergebnisse des Kriegsspiels vgl. eine Niederschrift des Botschafters a. D. Ott vom 15. Dezember 1947 bei F. von Papen, a. a. O., S. 247 ff.

¹¹⁰ Die vielfach verbreitete Meinung, das Kriegsspiel sei eine Finte zum Sturz der Regierung von Papen gewesen, wird kaum aufrechterhalten werden können. In einem Nachsatz seiner Darstellung (bei Papen nicht mehr abgedruckt) schreibt Ott: „Im Anschluß daran erklärten mir die Vertreter der sieben Divisionen die gleiche Auffassung und forderten mich auf, dem Minister nachdrücklichst vorzustellen, daß die Spannung im Reich ohne Einsatz der Wehrmacht gelöst werden müsse. General von Schleicher war stark beeindruckt und schloß sich unserer Auffassung an“ (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279). Dieselbe Begründung findet sich in Schleichers Rundfunkrede vom 15. Dezember 1932, Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd 3, Berlin 1953, S. 452.

¹¹¹ Nach der Vertagung des Reichstags auf unbestimmte Zeit (9. Dezember 1932) wurde die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen fortgesetzt. Die Forderungen, die im Sozialpolitischen Ausschuß zwecks Durchführung nachhaltiger Maßnahmen für die Winterhilfe

Grund: Absetzen, Neugruppieren und Angriff neu vortragen. R[eichs]t[ag] (N.S.) hat Bitte gerichtet, zunächst einmal auswirken, nicht gleich nach Hause schicken. Daher immer Anfrage, ob best. Beschlüsse Konfliktfall? Trotzdem liegt keine Gesinnungsänderung des R.T. vor: Stellvertr. Gesetz¹¹²: Taktlosigkeit, aber auch etwas sehr gutes: Räumt bei anderen Parteien Einwand gegen Beteilig. Hitlers aus¹¹³. Ges. ist gut u. vernünftig, da man nicht weiß, wer gerade R[eichs]k[anzler] ist. Also gut, daß neutrale Pers. auf Stuhl gesetzt. Amnestie im Grunde auch von d. Gruppen, die dagegen gestimmt, gar nicht unangenehm [empfunden]. Giftzähne sind ausgebrochen (keine Amnestie für Zersetzung[sarbeit] der Komm.). Hätte man Reichsamnestie sabotiert, so wären schlechtere Landesamnestien gekommen. Heikler Punkt ist „Landesverrat, der nicht aus Eigennutz begangen“ (nur 1 Fall, Ossietzki, Weltbühne, der herauskommt nach $\frac{3}{4}$ Verbüßung). Neue Verordnung stellt auch Wehrmacht unter bes. Schutz; Vorteile größer als Nachteile¹¹⁴. – Aufhebung einer Sozialverordnung, sollte bereits v. Papen aufgehoben werden. Zentrum drang darauf. Ausschuß-Auswüchse (Winterhilfe) machen auf Wähler k. Eindruck. Volk ist so politisiert, daß jeder Zusammenhänge sieht. (Auch Nazi sind Auffassung, daß man mehr Pol. d. Volk nicht zumuten kann.)

3. Wie soll es werden?

Im Laufe Januar muß [sich] Frage klären, ob feste Mehrheit da. Sobald R.T. einberufen, Frage an N.S.: „Spielst du mit?“ Wenn nicht, dann ist Kampf da. Auflösung d. R.T. u. dann auch in Preußen (legal möglich).

Chancen für Kampf? Moral. Recht muß auf S[eite] d. Reg. sein, deshalb nicht wundern, wenn immer wieder versucht [wird], Nazi mit heranzuholen u. vor Verantwort[ung] z. stellen.

Wenn Kampf, dann 2 Dinge klar: Front gegen Reg[ierung]. Nazi haben keine Aussicht; aber Zerschlagung liegt nicht im St[aats]interesse. Anzustreben bleibt: Mitarbeit der Nazi unter Strasser unter Messiassegn H[itler]s.

Kein Kampf mit Mückenstichen! (Verbote auf 3 Tage.) Sondern Best[immungen] u. Maßnahmen, wie Nazi sie auch exerzieren würden. Also keine Lockerung d. Zügel u. Nachsicht, sondern auf Hauen u. Stechen.

4. Sonst. Aufg. d. R.Reg.

a) Außenpol. Rüstungsfreiheit. Kritiker der Formel Neurath¹¹⁶ wissen nicht, wie es vorher war. Unser Vorschlag war für Franz. viel einfacher, als jetziger Beschluß. Wir haben völlig freie Hand für das, was wir als Gleichberecht[igung] fordern

erhoben wurden, standen jedoch im Gegensatz zur Auffassung der Reichsregierung, die nicht imstande war, die Deckung dieser außergewöhnlichen Ausgaben zu garantieren. Ähnliche Kontroversen zwischen Abgeordneten und Regierungsvertretern hatten sich im Haushaltsausschuß ergeben.

¹¹² Der Reichstag nahm am 9. Dezember 1932 einen nationalsozialistischen Gesetzentwurf an, der den Präsidenten des Reichsgerichts zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bzw. zum interimistischen Verwalter dieses Amtes bestimmte (R.G.Bl. 1932, Teil I, Nr. 80), nachdem gemäß Art. 51 der Reichsverf. diese Funktion bislang beim Reichskanzler gelegen hatte.

¹¹³ So auch die Meinung des Abg. Dr. Breitscheid (SPD) im Reichstag am 7. Dezember 1932. Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 217.

¹¹⁴ Der Gesetzentwurf über Straffreiheit wurde gleichfalls in der Reichstagsitzung vom 9. Dezember 1932 angenommen.

¹¹⁵ Die Einigungsformel der fünf Mächte vom 10. Dezember 1932 sah für Deutschland in Rüstungsfragen eine Gleichberechtigung der Art vor, daß allen Nationen Sicherheit zu gewährleisten war.

wollen. Theoretisch These „Gleiche Sicherheit für alle“ gültig. Eine Gefahr besteht, daß die Sache verschoben u. verschleppt wird. Dies würde uns zwingen, „Rüst. Freiheit“ zu nehmen.

Stellg. Amerikas (Roosevelt) merkwürdig: Er will „Globallösung“, d. h. Gesamtbereinigung aller Fragen in Europa (wie Mussolini); unter anderem auch Wirtschaftseinheit Europas (dies auch Kg. v. Belgien, der erstaunlichen Einfluß [hat]).

Linie: Fort mit Versailles.

b) Preußen. Wispern: „Dualismus kommt wieder“ geht von Nazi aus, die (Goebbels) mit Z[entrum] zus. v. Preußen aus Reich bekämpfen wollten, also Dualismus in schärfster Form. „Ich kann nicht hindern, daß Sie (Göring) mit Z[entrum] in Pr. Min.Präs. wählen, aber ich kann Ihnen versichern, daß – wenn dieser Min.Präs. Göring heißt – er auf das Stühlchen kommt, wo jetzt Braun sitzt¹¹⁶.“ Kein Schritt rückwärts in Pr.Frage! Nur wenn Pr. Min.Präs. ausreichende Garantien für Vernunft gibt, wird Reichskommissar beseitigt.

c) Sanierung der Wirtschaft will nicht recht vorwärts, weil $\frac{9}{10}$ d. Volkes dagegen, daher kein rechtes Vertrauen zur Stetigkeit. Ich habe Vertrauen, daß wir vorwärtskommen. Fehler nur, daß viel zu viel Probleme angefaßt, für die hungerner Mensch kein Verständnis.

Siedlung bringt immer Geschrei im Osten!

d) Jugendfragen. Minister haben wir noch nicht. Ott ist s. Ch[ef] d. Stabes. Wehrsport, Frw. Arb.Dienst, Notwerk d. Jugend, Studentenjahr, Bauernhilfe.

Ott¹¹⁷

Heranführung der Jugend an den Staat.

Arbeit – Ideal – Militärische Ertüchtigung.

Umstellg. der Schulpol. der Länder auf Heimat und Staat.

Gerade in Preußen Wegfallenlassen d. Jugend v. Staat, dies unglaublich. Zunächst „Gemeinschaftsbegriff“ (Kl[eine] Abzeichen). Dazu Prüfung des Personals des Schulkörpers (Lehrerseminare haben große Aufgeschlossenheit in Preußen. Dort Vorträge zur Einführung des soldat. Denkens). Materiell: Umgestaltung des Lehrmaterials. (In Pr. „Heroismus“ fehlt.)

Dann Hochschule.

Freiwilliges Werkhalbjahr als Übergang zu Werkjahr. – Teil geht in Wehrsport, Teil in Frw. Arb.Dienst.

Frw. Bauernhilfe: Solchen B[auern], die sich nicht bezahlte Arb.Kr. halten können, sollen frw. Arb. zur Verfüg[ung] gestellt werden. Etwa 1 Million solcher Bauernstellen besteht!

Notwerk der d[eutschen] Jugend: Es kann trotz aller Ansätze immer nur ein Teil Jugendlicher an Arb. herangebracht werden. Rest bleibt in trostloser Arb.Losigkeit. Staat soll hier durch Kameradschaften, gruppiert um warme Ver-

¹¹⁶ Hindenburg hatte in Gegenwart Schleichers am 12. Dezember 1932 Göring und den Präsidenten des Preußischen Landtags, Kerri, zu einer Besprechung über die Frage Reich-Preußen empfangen. Es ist möglich, daß bei dieser Gelegenheit auch eine Unterredung Schleicher-Göring stattgefunden hat, wobei obige Stellungnahme des Reichskanzlers zum Ausdruck gebracht wurde.

¹¹⁷ Zu den Ausführungen Otts vgl. die entsprechenden Stellen in der Rundfunkrede Schleichers vom 15. Dezember 1932, Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 228 f. Einen Aufruf für das Notwerk der deutschen Jugend erließen Hindenburg und die Reichsregierung am 24. Dezember, der Erlaß über das freiwillige Werkhalbjahr erschien am 28. Januar 1933.

pflegung (wozu Staat Beihilfe gibt) [Abhilfe] schaffen und [Jugend] dafür einige Stunden zur Weiterbildung, Sport usw. herangebracht werden. Wird in nächsten Tagen abgeschlossen. Mittel im Verhältnis zum Arb.Stätten-Einsatz sehr gering 10 : 1000.

Mil. Jugendertüchtigung. Sehr gute Fortschritte. Wettlauf der Verbände (einschließlich Nazi u. Reichsbanner). Dank des Ministers an die akt. Offz., die in Wehrsport tätig.

Nach dem Ergebnis des Kriegsspiels hatte Schleicher bei sich entschieden, daß ein Bürgerkriegseinsatz der Reichswehr nicht riskiert werden durfte, jedenfalls nicht unter einem Regierungschef, der nicht Schleicher hieß, und auch dann nur, wenn eine mit gewalttätigen Mitteln erstrebte Kanzlerschaft Hitlers unmittelbar drohte¹¹⁸.

Diese Haltung Schleichers schließt jedoch nicht aus, daß er die Militärdiktatur stets und grundsätzlich abgelehnt hat. Ein Ehrgeiz in dieser Richtung lag ihm fern. Was sich aber andererseits in Niederschrift und Rundfunkrede darbietet, ist nichts anderes als der letzte Versuch, die Not der Republik mit Mitteln zu bekämpfen, die man dem Fundus sozialer Erfahrungen vornehmlich des Soldatenalltags entnehmen wollte, zugespitzt auf die Hoffnung, alle aus dieser Richtung ansprechbaren Volksteile — einschließlich solcher, die in der NSDAP organisiert waren — zur Mitarbeit heranziehen zu können. Dazu gehörte, daß des Kanzlers frühere Mitarbeiter im RWM nun auch staatspolitische Aufgaben zu erfüllen hatten: Oberstlt. Marcks wurde Pressechef der Reichsregierung, Herr von Carlowitz solcher der Preußischen Regierung, Oberstlt. Ott hatte die Jugendfragen zu bearbeiten und Herr von Holtzendorff die Bauernhilfe¹¹⁹. Einige von ihnen standen in engem Kontakt mit der im Verlage Diederichs erscheinenden Zeitschrift „Die Tat“ und deren Herausgeberkreis unter Hans Zehrer.

¹¹⁸ Zu diesem Zeitpunkt waren die politischen Beziehungen zwischen Schleicher und Papen lediglich als „abgekühlt“ zu bezeichnen. Die Rede Papens im Herrenklub, die — wenn auch in versteckter Form — gegen Schleicher gerichtet war (vgl. „Ring“, Jg 1932, S. 894 ff.), wurde erst am 16. Dezember gehalten. Die endgültige Verärgerung Schleichers aber dürfte dann nach der von Papen arrangierten Kölner Besprechung vom 4. Januar 1933 erfolgt sein. In der ihm eigenen Diktion äußerte sich Schleicher im Winter 1933/34 zu einem Freunde: „... Im übrigen, was heißt böse? In der Politik bekämpft man sich eben manchmal und deswegen braucht man sich doch nicht böse zu sein, aber mit Herrn von Papen liegt die Sache doch anders, er hat nämlich ein Prinzip verraten. Als er Reichskanzler wurde, war alles für ihn vorbereitet, die Pferde standen gesattelt, und wir wollten in guter Kameradschaft zusammen in die Arena reiten, um ein anständiges aristokratisches Prinzip zur Geltung zu bringen. Na, nun ging das nicht gleich so schnell, wie wir das erhofft haben. Der Stier war nicht gleich tot und das deutsche Volk, das auf den Tribünen saß, schrie unter der Führung des Herrn Hitler: „Seht doch mal die Ritter, die können ja auch nichts!“ Und wie Fränzchen Papen das hörte, hat er mir schnell den Bügel weggezogen, so daß ich kopfüber ging und dann hat er mein Pferd genommen und hat es unter dem Beifall der johlenden Menge dem Volkstribunen vorgeführt und gesagt: ‚Bitte, Herr Hitler, steigen Sie doch in den Sattel.‘ Und damit hat er unser Prinzip verraten und das nehme ich ihm übel...“ (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 281).

¹¹⁹ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279.

So mag die Militärdiktatur ausgeblieben sein — mit dem 2. Dezember 1932 jedoch, mit den Vorfällen auf der letzten Sitzung des geschäftsführenden Kabinetts Papen, hatte Schleicher zum ersten Male das „ius interpellandi“ der Wehrmacht in ein „ius interveniendi“ gewandelt. Während seiner Kanzlerschaft erlangte die Reichswehr, nicht parteiabhängig, aber „der Gesinnung nach rechts stehend“, den Höchstgrad ihrer bisherigen politischen Bedeutung. Das Wort des Obersten von Reichenau, schwärmerisch bezogen auf die Verhältnisse nach dem 30. Januar 1933, „Nie war die Wehrmacht identischer mit den Aufgaben des Staates als heute“¹²⁰ hätte treffender auf die beiden vorangegangenen Monate gepaßt.

Nach seinem am 28. Januar 1933 vollzogenen Rücktritt als Reichskanzler bemühte sich Schleicher dennoch im politischen Spiel zu bleiben. Darauf bedacht, der Reichswehr einen Einsatz zu sparen, durch den diese innerlichen Schaden davontragen konnte, versuchte er jetzt Plänen der Wilhelmstraße, welche auf ein Kabinett Papen-Hugenberg abzielten, entgegenzuwirken. Statt dessen empfahl er die Betrauung Hitlers mit der Regierungsbildung, in der Hoffnung, selbst das Reichswehrministerium behalten zu können. Jedoch wurden auch andere Kandidaten für dieses Amt genannt. Papen, der als „homo regius“ neue Möglichkeiten einer Kabinettsbildung, zuletzt auch solche unter Hitler, zu prüfen hatte, schlug dem Reichspräsidenten den Gen.Lt. Frhr. von Fritsch vor. Auch dessen Vorvorgänger im Wehrkreis III, Gen. d. Inf. a. D. Joachim von Stülpnagel, wurde sowohl von Papen wie auch im Auftrage Hindenburgs von seinem früheren Chef des Stabes, dem Gen.Maj. von Kleist¹²¹ gefragt, ob er Reichswehrminister werden wolle¹²². Da der Reichspräsident jedoch den Gen. Lt. von Blomberg, Befehlshaber im Wehrkreis I, nicht zuletzt wegen dessen Auftreten auf der Genfer Abrüstungskonferenz am geeignetsten hielt, wurde dieser bereits am 29. Januar durch ein Telegramm nach Berlin gerufen. Es muß vorerst offen bleiben, ob hinter dieser Entscheidung bereits konkrete Wünsche Hitlers standen, doch darf man annehmen, daß das Vertrauen Hindenburgs auch gegenüber einem Wehrminister Schleicher, wohl nicht zuletzt auf Betreiben Papens, in diesen Tagen fast zum Erlöschen gebracht worden war. Blomberg traf am 30. Januar morgens in Berlin ein, wurde in großen Zügen über die Lage unterrichtet, sofort zum Minister ernannt und vereidigt, noch bevor das zukünftige Kabinett dem Reichspräsidenten vorgestellt worden war. Die Eile dieser Prozedur und das ungenügende Wissen um die politischen Vorgänge der letzten Wochen macht gewisse unsichere Urteile in den nachstehenden Ausführungen verständlich.

¹²⁰ Völkischer Beobachter, Süddeutsche Ausgabe, vom 6. Februar 1933.

¹²¹ Damals Kommandeur der 2. Kav. Div. in Breslau.

¹²² Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 306. General von Stülpnagel, ausgeschieden am 31. Dezember 1931, war als Geschäftsführer in den Verlag der „Berliner Börsenzeitung“ eingetreten. Später erfuhr er, daß er für den Ministerposten als „zu eigenwillig“ abgelehnt worden war.

Nr. 7.

1933 Februar 3, Berlin. Ausführungen des Reichswehrministers von Blomberg vor den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann als Grundlage für spätere Kommandeurbesprechungen. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 37–38.

Befehlshaber-Bespr. am 3. 2. 33 in Berlin.

R.W.Min. begann mit Würdigung der Tätigkeit des Gen. v. Schleicher als Kanzler. Dieser habe im Dezember d. Kanzlerschaft entgegen s. Wunsche aus 2 Gründen übernommen:

1. Wunsch, R.W. vor dem Einsatz gegen einen Generalstreik von rechts u. links zu bewahren.
2. Gedanke, daß es ihm vielleicht doch noch gelingen könnte, die National-Soz. mit d. Regierung zu versöhnen u. in d. Verantwortung hineinzubringen.

Im Punkt 1 voller Erfolg; im Punkt 2 ohne jede Schuld gescheitert. Die Frage, warum das, was Schleicher immer erstrebte, unter ihm nicht möglich war, nach s. Abgang aber auf einmal gelang, ist auch von Eingeweihten¹²³ nicht zu beantworten.

R.W.M. erklärte: Bedürfnis, sich vor d. Verdiensten Schl's in Dankbarkeit zu verneigen. 2 Hauptverdienste: Heraushalten der R.W. aus Politik, in 14-jähriger Arbeit voll erreicht. Als Minister: Hauptstoßkraft gegen Fesseln von Versailles, auch hier großer Erfolg. Die Gleichberecht. Formel von Genf¹²⁴ und alle sich daraus weiter ergebenden Möglichkeiten durchaus Verdienst Schleichers.

Jetzige Lage.

Kabinett ist Ausdruck breiten nationalen Willens u. Verwirklichung dessen, was viele der Besten seit Jahren angestrebt. Zwar vertritt es nur eine Volksminderheit, aber doch eine nach Millionen zählende festgefügte Minderheit, die entschlossen ist, für ihre Idee zu leben u. – wenn nötig – auch zu sterben. Daraus ergeben sich große Möglichkeiten, wenn die leitenden Männer festes Herz und glückliche Hand beweisen.

Jetzt, nachdem erster Begeisterungsrausch gelegt, melden sich – wie zu erwarten – draußen u. drinnen Zweifel u. Kritik. Vor allem Frage: Wie will das in sich gegensätzl. Kabinett Wirtschaftsfragen lösen? Eines sei in dieser Hinsicht klar: Lösung d. Wirtsch. Fragen sei nicht v. heute auf morgen möglich; daher hat R.K. in s. Aufruf (eigenstes Werk v. A bis Z!) keine Versprechungen gemacht, sondern s. Willen u. s. Abs. in die nach Ansicht d. Min. glückliche Formulierung eines „4-Jahresplans“ gebracht. (Wirtsch. Absichten auch in Ansprache Hitlers dunkel!)

Bildung d. Regierung ohne Zentrum, weil mit Zentrum sich sofort als unmöglich erwiesen. Zentrum habe Moment für Anschluß an d. nat. Welle versäumt. Leider sei Brüning im entscheid. Augenblick krank gewesen u. Entscheid. habe bei Kaas, der als „Mann d. kl. Mittel“ bekannt, gelegen. In seinem umfangreichen Fragebogen, an Stelle klarem „Ja“ oder „Nein“, habe man mit Recht Verschleppungsversuch gesehen, auf den Kab. sich nicht einlassen wollte. „Mit ge-

¹²³ Zu den „Eingeweihten“ zählte sich Blomberg offensichtlich nicht.

¹²⁴ Vgl. Anm. 115.

wissem erleichterten Aufatmen“ habe Kab. Entschluß gefaßt, Verhandl. abzubrechen u. Neuwahlen auszuschreiben¹²⁵.

Warum Neuwahlen? R.Pr. 85 Jahre alt und darauf gefaßt, bald abberufen zu werden. Er wolle nicht mit gebrochenem Wort vor s. höchsten Richter treten u. wirke daher immer wieder auf Einhaltung der Verfassung hin. Sei sich aber klar, daß auch hierfür Grenze. Jetzt solle der verfassungsmäßige Weg d. Neuwahlen noch einmal beschritten werden. Mit diesem Wunsch des R. Pr. sei Frage auch für Hitler entschieden gewesen¹²⁶, der überhaupt d. Persönl. des R.Pr. mit höchstem Takt würdige.

Bei Bildung des Kabinetts habe Frage des R.W.Min. Hauptrolle gespielt. Eintritt der Nazi in Reg. sei entschieden gewesen, als sich akt. General zur Mitarbeit unter Hitler bereit fand (Von Hitler für mögl. gehalt[ene] andere Lösung: Führender Nazi als R.W.Min. wohl für R.Präs. nicht annehmbar.) Nach Einigung Hitler-Blomberg – Montag 8 Uhr – sei Frage entschieden gewesen und um 11.30 bereits vereidigt.

Aufgaben des R.W.Ministers. Die 3, die in seinem Aufruf an d. Wehrmacht genannt:

1. Erhaltung der R.W. als überparteil. Machtmittel.
2. Untermauerung der Wehrmacht durch Wehrhaftmachung d. breiten Volkes.
3. Ausbau d. Wehrmacht zu einem brauchbaren Instrument zur Wahrung der nationalen Sicherheit.

Zu 1. Überparteil. in Politik – Unterstützung der Wehrhaftmachung.
2 Aufgaben. Keinesfalls erstere weniger wichtig als 2te! Herabsinken zur Parteitruppe hebt Grundlagen auf, auf denen wir stehen!

Zu 2. Hebung und Ausbreitung der Wehrbetätigung im ganzen Volke. Der Mann dazu im Kabinett ist Seldte (Min.Port[efeuilie] nur vorläufig). Hitlers u. Seldtes Denken u. Wollen münden in Wunsch auf Wehrhaftmachung des Volkes. Seldte bezeichn. Min. als geeign. Mann dafür, im Verein mit uns Soldaten diese Aufgabe durchzuführen.

Zu 3. Ausbau als brauchbares Instrument zur Wahrg. d. staatl. Sicherheit. Durch Dezember-Abkommen sei die Anerkennung der Gleichberechtigung theoretisch unumstößlich vollzogen. Deutschlands Lage sei daher nicht ungünstig, denn d. Forderung auf Abrüstung d. anderen habe solche Logik in sich, daß es zu irgendwelchen positiven Erfolgen für uns kommen muß.

„Qualitativ“ stände unsere Freiheit v. Versailles schon jetzt nicht mehr in Frage (Verbotene Waffen, Heeres-Org.), ob es zu einer Einigung d. Konferenz kommt oder nicht.

¹²⁵ Papen hatte sich von Hitler das Versprechen geben lassen, für eine möglichst breite Basis der Koalition nach der Vereidigung unverzüglich mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Besprechungen aufzunehmen, F. von Papen, a. a. O., S. 276. Daß es Hitler damit nicht sehr ernst meinte, bezeugt Goebbels' Tagebucheintragung vom 31. Januar, a. a. O., S. 254: „... Von Verhandlungen mit dem Zentrum kann gar keine Rede mehr sein. Wir sprechen uns nach der Wahl wieder...“ Zum Verlauf der Besprechungen vgl. Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Bd. 4, Berlin 1953, S. 3–7.

¹²⁶ Der Gedanke der Neuwahlen ging von Hitler aus, der am 30. Januar noch vor der Vereidigung im Büro Meißners mit allen Überredungskünsten, zuletzt mit Unterstützung Papens, das Einverständnis des sich sträubenden Hugenberg dazu eingeholt hatte, Th. Düsterberg, a. a. O., S. 40f., F. von Papen, a. a. O., S. 275f. Am 31. Januar, bei seinem ersten Vortrag, erlangte Hitler die Zustimmung Hindenburgs.

„Quantitativ“ (Heeresstärke) hinge das, was wir machen werden, ganz von dem ab, was die anderen machen. Sei es nun, daß sie sich über Verhältniszahl einigen oder nicht.

Wahrscheinlich sei, daß Konferenz dramatisch oder in d. Stille zerplatzen werde.

In jedem Falle Warnung vor übersteigerten Hoffnungen u. Erwartungen für das, was bei uns geschehen kann: Maß dessen, was wir zunächst aufbauen wollen u. können, ist bescheiden. Braucht Zeit u. Geld! D. jetzige Regierung, namentlich auch der hervorragende Finanzminister, werde loyalster Wegbereiter für den Aufbau d. Wehrmacht sein. Kämpfe um Geld würden zwar auch nötig sein; sie würden aber ohne Bitterkeit geführt werden.

Noch am selben Tage (3. Februar) hatte Hitler, der sich nach der am 1. Februar erfolgten Reichstagsauflösung bereits im Fieber des neuen Wahlkampfes befand, Gelegenheit, als Reichskanzler die höhere Generalität kennenzulernen, nachdem er von Hammerstein einige Tage vorher zum Abendessen anlässlich der Befehlshaber-Besprechung gebeten worden war¹²⁷. Nach Aufhebung der Tafel durch Frau von Hammerstein sprach Hitler zweieinhalb Stunden zu den Gästen. Anschließend brach er auf und flog noch in der Nacht nach München.

Nr. 8.

1933 Februar 3, Berlin. Ausführungen des Reichskanzlers Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine anlässlich eines Besuches bei Gen.d.Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord in dessen Wohnung.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 39.

H. am 3. 2. 33 (bei Hammerstein)

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!) Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Beweg. Sie wird wach-

¹²⁷ Über den äußeren Anlaß für diese Einladung bringt J. W. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 291 glaubhafte Einzelheiten. Am frühen Morgen des 31. Januar hatte sich Hitler in einige der Berliner Kasernen begeben und dort unangemeldet und ohne Wissen der Offiziere über den Geist des neuen Deutschland gesprochen. Beunruhigt über diese neue Methode („a proceeding which recalled all too vividly the ‚Stimmung‘ of 1918“) entschloß sich Hammerstein darauf, den Reichskanzler mit den Befehlshabern zusammenzubringen. — Über den Verlauf des Abends berichtet ein damaliger Adjutant Hammersteins: „... Hammerstein stellte damals noch etwas ‚wohlwollend‘ von oben herab den ‚Herrn Reichskanzler‘ vor, die Generalsphalanx quittierte höflich kühl, Hitler machte überall bescheidene linkische Verbeugungen und blieb verlegen, bis er nach dem Essen die Gelegenheit zu einer längeren Rede am Tisch bekam...“ (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105).

sen.) Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- u. Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.

3. Wirtschaft! Der Bauer muß gerettet werden! Siedlungspolitik! Künft. Steigerung d. Ausfuhr zwecklos. Aufnahmefähigkeit d. Welt ist begrenzt u. Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Mögl., Arbeitslosenheer z. T. wieder einzuspannen. Aber braucht Zeit u. radikale Änderung nicht zu erwarten, da Lebensraum für d[eutsches] Volk zu klein.

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesen Gifte verfallen.

Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können¹²⁸. Alles, was jetzt geschehen kann – Siedlung – Aushilfsmittel.

Wehrmacht wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d. Staates. Sie soll unpol. u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen. Anders wie in Italien keine Verquickung v. Heer u. SA beabsichtigt. – Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Fr[ankreich] Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).

Die versammelten Befehlshaber hatten an einem Tage Gelegenheit, vom Ende der Weimarer Republik und von den neuen Zielen zu hören, zum Ausdruck gebracht in Blombergs Abschiedsworten auf Schleicher und in Hitlers erträumter „rücksichtsloser Germanisierung neuen Lebensraums im Osten“. Hitler hatte zweifellos beabsichtigt, vor den Generalen Eindruck zu machen; vielleicht veranlaßte ihn dieses, geheimste Gedanken in einem noch nicht vertrauten Kreise zu erkennen zu geben. Die Versammlung konnte jedoch kaum eine Vorstellung von der Methode haben, die der auf legalem Wege berufene neue Regierungschef zur Durchführung seiner Pläne anwenden würde. Einige der Teilnehmer wurden

¹²⁸ Daß in dieser knappen Niederschrift Gedanken Hitlers enthalten sind, von denen er Zeit seiner Wirksamkeit geradezu beherrscht wurde, zeigt der Vergleich mit einigen Sätzen, die er am 23. November 1939 vor den Oberbefehlshabern sprach: „... Als ich 1933 zur Macht kam, lag eine Periode des schwersten Kampfes hinter mir. Alles was vorher da war, hatte abgewirtschaftet. Ich mußte alles neu reorganisieren, angefangen vom Volkskörper bis zur Wehrmacht. Erst innere Reorganisation, Beseitigung der Erscheinungen des Zerfalls und des defätistischen Geistes. Erziehung zum Heroismus... Ich sehe im Kampf das Schicksal aller Wesen. Niemand kann dem Kampf entgehen, falls er nicht unterliegen will. Die steigende Volkszahl erforderte neuen Lebensraum. Mein Ziel war, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Volkszahl und Volksraum herbeizuführen. Hier muß der Kampf einsetzen. Um die Lösung dieser Aufgabe kommt kein Volk herum oder es muß verzichten und allmählich untergehen...“ (Dokument 789-PS, IMT, Bd 26, Nürnberg 1947, S. 328 f.).

alarmiert. So beschwichtigte z. B. der Oberstlt. Fromm¹²⁹ den Befehlshaber im Wehrkreis III, Gen.Lt. Frhr. von Fritsch, „daß die maßlosen Vorhaben an der Härte der Tatsachen scheitern und auf ein nüchternes Maß zurückgeführt“ werden würden¹³⁰. Im allgemeinen aber hat man diesen Ausflug in eine, wie die Entwicklung zeigen sollte, gar nicht so ferne Zukunft nicht übermäßig ernst genommen. Ein anderer Teilnehmer entsinnt sich, daß nach dem Weggang Hitlers in der allgemeinen Unterhaltung das Schiller-Wort fiel „Stets war die Rede kecker als die Tat“¹³¹.

Für die Reichswehr begann unter Blomberg abermals ein kritischer Abschnitt ihrer Geschichte. Der nächste Mitarbeiter Schleichers und Nachfolger im Ministeramt, Oberst von Bredow, war schon zum 1. Februar 1933 seiner Stellung mit der merkwürdig anmutenden Begründung enthoben worden, „daß die Entpolitisierung der Reichswehr von Grund auf geschehen müsse“¹³². An dessen Stelle berief Blomberg seinen bereits seit Tagen in Berlin weilenden bisherigen Chef des Stabes, den Obersten von Reichenau. Dieser erklärte, durchaus in der Sprache jener Tage, er trete sein neues Amt mit der gleichen Begeisterung an, von der der Aufruf der neuen Regierung an das deutsche Volk getragen sei¹³³. Die Wehrmacht, die in der Weimarer Zeit „ihrer Gesinnung nach rechts gestanden“ hatte, spürte nur zu bald, daß gerade auf dieser Seite des politischen Lebens die nun anhebende „nationalsozialistische Revolution“ für sie neue, bisher nicht gekannte Probleme aufwarf.

Thilo Vogelsang

¹²⁹ Oberstlt. Fromm, zuletzt 1939–1944 Befehlshaber des Ersatzheeres, gehörte damals dem Wehramt in der Heeresleitung an.

¹³⁰ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279.

¹³¹ Zuschrift des Gen. d. Inf. a. D. Liebmann vom 29. Mai 1953.

¹³² Börsen-Courier vom 31. Januar 1933.

¹³³ Völkischer Beobachter, Süddeutsche Ausgabe, vom 6. Februar 1933.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Henri Brunschwig, Professor für Geschichte und Kultur an der École nationale de la France d'outre mer und am Institut des sciences politiques in Paris; Paris V^e, 22 Rue des Fossés St. Bernhard.

Dr. Erwin Faul, Mitarbeiter am Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Universität Heidelberg; Mannheim-Waldhof, Staudenweg 1.

Hermann Lutz, Historiker, The Hoover Institute and Library, Stanford, Calif.

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an den Universitäten Chicago und Tübingen; Tübingen, Wildermuthstraße 10.

Dr. Thilo Vogelsang, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München; München 23, Ohmstraße 13.